



7. Heft | 11. April 1917

## MAX SCHIPPEL · RUSSLAND UND WIR

**S**CHON im ersten Jahr des Krieges wurde an dieser Stelle davor gewarnt, in einer Art fatalistischen Glaubens an die Unversöhnlichkeit und das Gegeneinanderlaufen der grundlegenden deutschen und russischen Entwicklungsinteressen zu erstarren und den allgemeinen Widerwillen gegen das herrschende russische Regierungssystem zu einem »hochmütigen und verletzenden Absprechen selbst über alle unbestreitbaren russischen Gesamtinteressen« entarten zu lassen:

»Nachgerade läßt der alte unauslöschliche Haß gegen den Zarismus und das russische Regierungssystem mehr und mehr ganz übersehen, daß es in Rußland durchaus nicht nur »einen Zaren und seine Henkersknechte« gibt sondern daneben gewissermaßen auch noch ein russisches Volk, eine russische Volkswirtschaft, eine russische Gesamtentwicklung, die sogar das Grundlegende und Bleibende in der russischen Geschichterscheinungen Flucht darstellen, während der Zarismus sich nur als eine vergängliche äußerliche Umkleidung darüber legt. Man verschließt bei uns allmählich vollständig die Augen und jede vernünftige Überlegung dagegen, daß gerade in der auswärtigen Politik Rußlands die meisten und einschneidendsten Streitfragen die gleichen bleiben würden, einerlei ob einem zarisch-absolutistischen oder einem bürgerlich-liberalen oder sonst welchem Regiment die Fortführung und schließliche Lösung dieser Probleme zufällt. Wen trifft man also mit der unbedingten Gegnerschaft gegen jedes außenpolitische Zugeständnis und Entgegenkommen: das russische Volk, die russische Gesamtentwicklung und Volkswirtschaft, oder lediglich einen, abgesondert für sich lebenden asiatisch-despotischen Regierungsapparat? . . . Zu welcher Verfeindung und zu welcher Eigenschädigung müßten wir gelangen, wenn wir ein großes, reichbegabtes und reichsten Aufschwungs fähiges Volk von 130 Millionen Köpfen (130 Millionen innerhalb der europäischen Grenzen!), ein Nachbarland, mit dem uns die längste Landesgrenze und der ausgedehnteste Nachbarhandel gemeinsam sind, nach einem solchen Verfahren glauben behandeln zu können?«<sup>1)</sup>

Es wäre mehr als eine bloße unverantwortliche Unterlassungssünde, wenn wir heute, angesichts des gewaltigen innern Umschwungs in unserm großen Nachbarreich, nicht von neuem diese Anschauung geltend machen wollten. Vor 2 Jahren war sie noch wenig verbreitet und festgewurzelt. Seitdem hat sie innerhalb der deutschen Arbeiterwelt zusehends rasch an Anhängerschaft gewonnen. Der Sturz des Zarismus hat insoweit nur von einer unaufhaltsam anschwellenden Meinungsströmung die letzten unklaren Gefühls-hemmungen hinweggenommen, so daß auch der Vorwärts als Zentralorgan nunmehr unwidersprochen schreiben kann:

<sup>1)</sup> Siehe Schippel Deutschland, England und Rußland, in den Sozialistischen Monatsheften, 1915 I, Seite 380 ff. (jetzt wiederabgedruckt in England und wir /Berlin 1917/, Seite 145 ff.).

»Das Rußland, gegen das wir jetzt noch zu kämpfen haben, ist ein anderes als jenes, mit dem der Krieg begann. Jetzt steht uns im Osten nicht mehr der Zaris-mus, jetzt steht uns (heute noch als Gegner, später vielleicht als Freund und Bundesgenosse einer friedlichen Zukunft) ein großes Volk gegenüber, das wir nie gehaßt haben. Kein Regiment war uns verhaßter als das des Zaren, kein Volk stand aber unserm Herzen näher als das russische, da es sich gegen den Zaren erhob. . . Heute aber, da das Ungeheure geschehen ist, und Rußland von der Last eines bestialischen Regiments befreit aufatmet, heute stehen sich Russen und Deutsche mit blinkender Waffe als Feinde gegenüber, als Feinde, aber ohne Haß. . . Sagen wir dem russischen Volk, daß es den Frieden haben kann, wenn es ihn haben will, und daß wir uns nicht gegenseitig zur Weiterführung des Krieges zwingen sollen durch Forderungen, die gegen Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit eines der beiden Völker verstoßen. Unsere gegenwärtige Haltung entscheidet über unser Verhältnis zu Rußland nicht nur für die Dauer dieses Krieges sondern für Jahrzehnte über sie hinaus! Wenn das 140 Millionen-Volk des Ostens nicht bald aufhört unser Feind zu sein, bleibt es unser Feind für Menschenalter. Sollen wir unsere Nachkommen mit dieser Erbschaft belasten, ohne zu wissen, was wir ihnen als sichere Gegenleistung dafür zu bieten haben? Nein, wir dürfen nicht für höchst zweifelhafte Werte, die in der Zukunft ruhen, die Möglichkeiten des Augenblicks versäumen. Jetzt muß gesprochen werden, und zwar in einer Sprache, die jede Zweideutigkeit ausschließt!«<sup>(2)</sup>

In den bürgerlichen Kreisen das gleiche Bild. Nur daß hier die ruhigere Stellungnahme zum Osten fast ausschließlich aus einer immer klareren Erkenntnis des viel tiefern und entscheidendern Interessengegensatzes gegen England hervowuchs, aus dem immer stärkern Empfinden für die eherne Folgerichtigkeit des englischen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Vormachtstrebens, das mit den notwendigen Ergebnissen und Zielen der deutschen Wirtschaftsentwicklung ohne schwere Konflikte niemals in Einklang zu bringen sei. So blieb zuletzt nur noch eine spärliche Schar von Parlamentariern und Publizisten übrig, die unter allen Umständen die größte gegenwärtige und künftige Bedrohung des friedlichen deutschen Aufschwungs in der Herrschaft des Moskowitertums erblickten.

Daß die deutsche und ebenso die in erster Linie in Betracht kommende öster-reichisch-ungarische Staatsleitung längst bereit war einen vermittelnden Ausgleich mit Rußland zu suchen, ist den Russen selber kein Geheimnis mehr seit den krampfhaften Bemühungen des englischen Botschafters in Petersburg; die unaufhörlichen deutschen *Friedensränke* zu entlarven und den kriegerischen Geist Rußlands aufrechtzuerhalten und von neuem anzustacheln. Daß etwa eine der mitteleuropäischen Regierungen im Ernst fähig sein sollte den Frieden nur mit einer zaristischen Staatsgewalt zu wollen, ihn jedoch einem freiern russischen Volk um jeden Preis zu verweigern, wird selbst die unverfrorenste englische Meinungsmache kaum zu behaupten wagen. Ein Bismarck, der manchem Ausländer nach wie vor als die abschreckende Zusammenfassung aller reaktionären Schattenseiten des Stockpreußentums erscheint, schloß dereinst mit dem republikanischen Frankreich nicht nur Frieden, sondern er sah, wie er oft genug hervorhob, an der Westgrenze in einer Republik, die sich mehr den inneren Reformen widmen müsse, weitaus die wünschenswerteste Staatsform, weil jede, ein mehr oder weniger künstliches Leben fristende Monarchie viel eher in die Lage geraten könne auswärtige Abenteuer als Beschwichtigung und Ablenkung der Volksabneigungen willkommen zu heißen. Warum sollten, wenn

<sup>2)</sup> Siehe den Leitartikel des Vorwärts vom 25. März 1917.

es sich um den Osten handelt, Bismarcks heutige Nachfolger borussischer und kleinlicher denken?

Zudem haben sie sich nach dieser Richtung bereits mit mehr als hinreichender Eindeutigkeit ausgesprochen. In seiner Reichstagsrede vom 29. März bestritt der deutsche Reichskanzler abermals für die nachbismarckische jüngste Vergangenheit die geflissentlich aufgebraachte und in weitesten Umlauf gesetzte Legende von einer internationalen Heiligen Allianz-Politik Deutschlands:

»Als Rußland im Jahre 1905 . . . in schwere Not geraten war, hat Seine Majestät der Kaiser dem Zaren Nikolaus auf Grund seines persönlichen Freundschaftsverhältnisses dringend geraten sich den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen. Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt wieder in anderer Form zu sehr durchsichtigem Zwecke verbreitet wird. Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen, Wege, die weder dem Interesse seines eigenen noch unseres Landes entsprachen. In einem mit seinem innern Ausbau beschäftigten Rußland wäre kaum Raum gewesen für die unruhigen Expansionsbestrebungen, die schließlich zu diesem Kriege geführt und das alte Regiment so stark belastet haben, daß es schwer fällt das natürliche menschliche Mitgefühl mit dem gestürzten Herrscherhause zu seinem Rechte gelangen zu lassen.«

Und für die Gegenwart und Zukunft betonte Herr von Bethmann Hollweg gleichzeitig die »Tatsache, daß keine vitalen Interessengegensätze beide Länder trennen«, daß »beide Völker auf gute Nachbarschaft angewiesen seien, gleichviel in welcher Weise Rußland sich im Innern auszugestalten gedenke:

»Von mißwollender Seite wird auch jetzt wieder mit allen erdenklichen Mitteln in der Welt verbreitet, Deutschland wolle die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten, Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Zaren über die geknechteten Untertanen wieder herstellen. Meine Herren, diese Ausstreungen sind eitel Lüge und Verleumdung, was ich hiermit ausdrücklich feststelle. Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen. . . Das russische Volk, das diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorgen vor irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.«

In der gleichen Rede teilte übrigens der Reichskanzler mit, daß an unserer Ostfront »größere Operationen zurzeit nicht in Frage« kämen, »schon die Jahreszeit und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verbieten«.

Den Tag darauf unterstrich der verantwortliche Träger der österreichisch-ungarischen Außenpolitik Graf Czernin die kaum mißverständliche Kundgebung des deutschen Reichskanzlers. Die Menschenschlächtereie, sagte er, mangels eines parlamentarischen Resonanzbodens in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Wiener Fremdenblatts, werde zweifellos »ihrem Ende entgegengehen, wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie . . . jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen können«. Der Pester Lloyd konnte an dem gleichen Tag über die Auffassung der zunächst maßgebenden Persönlichkeiten sogar noch bestimmter schreiben:

»In Wiener maßgebenden Kreisen werden die Meldungen aufs entschiedenste zurückgewiesen, daß die Regierungen der Mittelmächte gegenüber der russischen Revolution die Absicht hegten oder es im Zusammenhang mit der Friedensfrage für wünschenswert hielten dem Zarismus zur Wiedergewinnung seiner frühern Macht

zu verhelfen. In Wahrheit kann die Politik der Mittelmächte nur dahin gehen und geht nur dahin jede durch die Revolution bewirkte Veränderung und jede aus ihr schließlich hervorgehende Ordnung zu begrüßen, die sich der Sache des Friedens als förderlich erweisen würde. Die Mittelmächte sind weder für den Zaren noch für die Revolutionäre. Sie sind für einen ehrenvollen und dauernden Frieden. Der Stellungnahme der Entente, die einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands gleichkommt, setzen sie die prinzipielle Geneigtheit entgegen mit jeder Partei, die Bereitwilligkeit dazu bekundet, über die Beendigung des im Wesen schon lange entschiedenen Krieges zu verhandeln.«

Gegen eine außenpolitische Neuorientierung, deren nächstes Endziel eine Verständigung mit dem Osten wäre, würde sich nach alledem bei keiner der zentraluropäischen Mächte ein unüberwindlicher Widerstand mehr erheben.



IN Rußland scheinen ähnliche Aussichten sonderbarerweise zunächst weniger sich eröffnen zu wollen. Man kann hier mit Recht darauf hinweisen, wie die bürgerliche Linke, deren namhaftester Vertreter Miljukow augenblicklich die Zügel der auswärtigen Politik in Händen hält, vor allem die Feindseligkeit gegen Deutschland verkörperte und deshalb am hingebendsten zum Anschluß an England und zur energischsten Kriegsfortsetzung trieb.

Viele Selbsttäuschungen sind hier jedoch bereits verfliegen, seitdem die russisch-englische Verbrüderung immer sichtbarer zu einer Unterordnung unter die rücksichtslosesten englischen Machtzwecke, zu einer einseitig opfervollen niederdrückenden Besorgung englischer Geschäfte führte. Mancher russische Liberale dürfte heute den Rückhalt an England nur noch deshalb nicht entbehren wollen, weil er eines besondern Schutzes gegen die vermeintlich von Deutschland unterstützte Reaktion zu bedürfen meint. Sinkt die antideutsche Legende in sich zusammen, so wird dem Fortbestand des englischen Einflusses manche Stütze entrissen. Ferner hofften am Anfang, nicht ohne Übereinstimmung mit Buchanan und Milner, der liberale russische Großkapitalismus und die ihm verbündeten Intellektuellen mit der überlieferten, nur durch die Gestaltung des Ministeriums und der parlamentarischen Rechte ihren Bestrebungen gefügiger gemachten Monarchie auszukommen. Dieser Weg verschloß sich, dank dem Radikalismus der Arbeiter und eines großen Teils der Petersburger Truppen, sehr bald: die alte Zentralregierung, der Zarismus und sein weitverzweigter militärischer und ziviler Apparat, ist vorläufig vollständig zusammengebrochen und beiseitegeschoben. Um so mehr jedoch muß der Liberalismus auf Rückschläge aus diesen ehemaligen Höhen und Mittelpunkten einer dereinst allmächtigen Verwaltung und seitens deren Anhängerschaft gefaßt sein. Um so mehr hat er Anlaß sich auf seine starke Seite, die Schaffung und Pflege innerer Reformen, zu verlassen; um so weniger werden ihn die bedenklichen Wagnisse äußerer Verwickelungen locken. Um so mehr endlich unterliegt er dem Zwang: für das nationalitätengemischte Reich, um gefährvollen Abspaltungsversuchen in einer gefährlichen Übergangszeit vorzubeugen, eine weitschauende föderalistische Selbstverwaltungspolitik einzuleiten und sich die doppelt notwendige Bundesgenossenschaft nach links nicht auch noch zu verscherzen. Die Arbeiterlinke aber, und dazu ein radikalerer Flügel des Bürgertums und der Bauernschaft, war schon lange der Rufer zum Frieden, der Gegner der Eroberungs- und Zertrümmerungspolitik

des von England beherrschten Staatenbundes, kehre sich diese nun gegen die Türkei und Österreich-Ungarn oder gegen das Deutsche Reich. Die nach oben wie unten noch lange nicht abgeschlossene innere Gärung muß demnach bei den Vertretern des fortschrittlichen Bürgertums ganz von selber zugunsten der Friedensströmung wirken.

Daß umgekehrt die Spitzen der Arbeiterbewegung durch ihre engere Verbindung mit den Miljukow und Rodsjanko vom deutschfeindlichen Chauvinismus und der entsprechenden Kriegsbegeisterung angesteckt werden sollten, ist kaum zu glauben (obwohl die überraschenden Erfahrungen dieses Krieges dringend zur äußersten Vorsicht in Erwartungen und Voraussagungen mahnen). Die ganze demokratische und sozialdemokratische Angst vor Deutschland als dem verderbenschwangersten Hort der europäischen Reaktion ist wohl gerade in Rußland zu einem guten Teil mehr künstliches Erzeugnis der unermüdlichen langjährigen englischen *Aufklärungstätigkeit* als ein natürliches Wachstumsgebilde. Hauptwortführer wie Plechanow huldigten deshalb früher nicht selten der genau entgegengesetzten Anschauung: in den Deutschen, sogar in der deutschen Armee erblickten sie die dereinstigen Befreier. Mancher ältere Parteigenosse wird sich noch der stürmischen Zwischenfälle erinnern, die Plechanow 1893 auf dem Züricher internationalen Kongreß entfesselte, als er sich leidenschaftlich gegen jede Untergrabung des deutschen militärischen Gefüges durch Generalstreik und Dienstverweigerung wandte, weil sonst der Zarismus ohne Gegengewicht bleibe und Deutschland die ihm von Plechanow zuerkannte erlösende Mission einbüße.) Dabei spielten natürlich jugendlich unfertige, mit den Jahren von selber sich korrigierende Vorstellungen über das ineinandergreifen von auswärtigen Niederlagen und innenpolitischem Aufschwung mit. Aber wenn Deutschland (im Gegensatz zu »Frankreich, das vor 100 Jahren die Menschenrechte proklamiert hat und heute vor dem russischen Zaren auf den Knien rutscht.«) schon im Jahr 1893 kein finsternes Land des Rückschritts mehr war, warum sollte es heute, nach so vielen unterdes vollzogenen Fortschritten, nur ein Gegenstand des Abscheus sein müssen?

Die letztjährige Unterstützung der russischen Reformbewegung durch England war ja unbestreitbar. Aber sie ging immer nur genau so weit, wie sich die englischen weltpolitischen Interessen davon eine Förderung versprochen. Heute ist das erste, was die zunächst siegreiche Reformpolitik zu ihrer vollen Durchsetzung und Ausreifung braucht, der Frieden. Doch die englischen Interessen verlangen heute in erster Linie die Steigerung des Krieges. So stehen die russischen Arbeiter und alle russischen Reformer vor der Wahl, ob sie wirtschaftlich und politisch sich selber opfern und zu Heloten Englands herabwürdigen, ob sie die alte innenpolitische mit einer neuen

<sup>3)</sup> In dem dürtigen, an der fraglichen Stelle auch zurechtgestutzten Protokoll kommt der wahre Sachverhalt nicht entfernt zur Geltung. Immerhin heißt es auch hier (Protokoll des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses in der Tonhalle Zürich vom 6. bis zum 12. August 1893, herausgegeben vom Organisationskomitee /Zürich 1894/, Seite 30): »Man spricht davon, daß die russische Gefahr durchaus nicht so drohend ist. Aber haben Sie denn vergessen, daß der russische Zar sich mit Thre [zu den Franzo- sen gewandt] Bourgeoisie alliiert hat, daß er der Mörder Polens ist! Wie kann Frankreich seine alte revolutionäre Vergangenheit so sehr vergessen, daß es sich durch Annahme der holländischen Resolution zum Helfershelfer des Zarismus machen will? [Lärm bei den Franzosen] . . . Wenn die deutsche Armee über unsere Grenzen einziehen würde, so käme sie als Befreier, wie die Franzosen des Nationalkonvents vor 100 Jahren nach Deutschland kamen, um als Steger über die Fürsten dem Volke die Freiheit zu bringen.« Vor dem »andauernden Lärm seitens der Franzosen, einiger Holländer und anderer Delegierter« mußte Plechanow sein Schlußwort abbrechen.

außenpolitischen Sklaverei vertauschen wollen. Sollte da die Entscheidung für England noch immer so einfach sein?

**W**AS Deutschland selber anlangt, so ist ihm eine versöhnliche Haltung um so leichter möglich, als es von russischem Besitz oder Einflußgebiet kaum irgendetwas um jeden Preis erstreben muß, während wirtschaftlich und weltpolitisch sich nicht wenige Anlässe und Ansätze zu gemeinsamem Zukunftswirken darbieten. Der Krieg, nachdem er infolge der langjährigen englischen Einkreisungspolitik irgendwann und irgendwo einmal ins Rollen kommen mußte, hat natürlich manche deutschen Wünsche nach Hinausschiebung der deutschen Ostgrenze, nach stärkeren strategischen Sicherungen im Osten, nach dem Erwerb erweiterter Bodengrundlagen für eine stark wachsende Bevölkerung laut werden lassen. Aber wie wenig diese Eintagspläne entscheidend und unumgänglich im dauernden Zug der Zeit liegen, ist am besten schon daraus zu schließen, daß sie früher kaum jemals nachdrücklich vertreten, geschweige denn mit allgemeinerem Beifall begrüßt wurden.

Daß wir ohne Kurland und Livland in Ernährungsschwierigkeiten untergehen müßten, blieb früher ein stillgehütetes Geheimnis einiger weniger Alldeutscher, dazu vielleicht noch einiger übergewanderter Balten und einer Handvoll ostelbischer Granden, die durch Bande der Verwandtschaft oder des Eigenbesitzes an den russischen Ostseeprovinzen ihren besondern Interessenteil nahmen. Daß den Polen eine größere Selbstregierung zu gönnen und unter Umständen zu schaffen sei, war eher eine weitverbreitete Überzeugung (nebenbei bemerkt: gerade in Rußland selber). Aber daß Kongreßpolen zu diesem Zweck unbedingt aus dem Körper des russischen Reiches herauszuschneiden sei, hätte man früher im Hinblick auf die preußischen und österreichischen polnischen Landesteile für einen gefährlichen Versuch und im übrigen für eine überflüssige Anhäufung von Konfliktsursachen gehalten; nicht nur zwischen Rußland und den Zentralmächten sondern zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn selber. Im großen und ganzen stimmte man in Deutschland der Auffassung zu, der Fürst Bülow im Jahr 1900 im Reichstag Ausdruck gab: »daß zwischen einer gutgeleiteten deutschen Politik und einer gutgeleiteten russischen Politik kein tiefergehender und keinesfalls ein unüberbrückbarer Gegensatz bestehen kann«. Selbst Delbrück eröffnete seinen bekannten Briefwechsel mit Professor von Mitrofanow, also noch im Sommer 1914, mit den Worten:

»Über unser Verhältnis zu Rußland dürfte die vorwaltende Meinung in Deutschland dahin gehen, daß Gründe, die zu einem schweren Konflikt mit diesem Nachbarn treiben könnten, nicht vorhanden sind. Weder begehren wir russisches Gebiet, noch die Russen deutsches. . . Namentlich Fürst Bismarck selbst huldigte dieser Auffassung, und wenn trotzdem es noch unter ihm zu den stärksten Spannungen mit Rußland, zu russischen Kriegsdrohungen gegen uns und daraufhin zum deutsch-österreichischen Bündnis gekommen ist, so erblickte der Reichskanzler die Ursachen nicht in einem sachlichen Gegensatz sondern in persönlichen Eitelkeiten und Zettelungen russischer Staatsmänner.«<sup>1)</sup>

Für Deutschland steht überhaupt nur ein höchstes Kriegsziel im Vordergrund: die von England gelenkte Koalition zur Auflösung zu bringen, für die Zukunft neuen ähnlichen Koalitionsbildungen vorzubeugen und womög-

<sup>1)</sup> Siehe Delbrücks Vorbemerkung zu von Mitrofanows Offenem Brief über das Verhältnis von Rußland und Deutschland, in den Preußischen Jahrbüchern, 1914, CLVI, Seite 385.

lich eine internationale Neugruppierung unter Zurückdrängung des englischen Einflusses vorzubereiten. Gerade in letzter Richtung sehen wir in Rußland keinen uninteressierten Außenseiter sondern, entsprechend dem ganzen vergangenen und trotz allen zeitweisen Abirrungen immer wieder hervorbrechenden Grundzug seiner Gesamtentwicklung, einen wertvollen, unentbehrlichen Teilnehmer. Wir verstehen das Streben Rußlands nach einer Öffnung der Pforten zum Schwarzen Meer durchaus. Aber vermag ihm der Erwerb der Eingänge selber mit vorgelagertem englischen Inselbesitz mehr zu geben als eine von Deutschland unterstützte Verständigung mit der Türkei über die freie Benutzung der Meerengen, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften beständig empfohlen wurde? »Es ist . . . nicht einzusehen, was Deutschland dagegen haben soll, daß Rußland unter Zustimmung der Türkei die Sicherheit der Durchfahrt . . . garantiert werde, warum nicht auch die Türkei eine Brücke für den Handelsverkehr Rußlands werden sollte«, schrieb im Vorjahr auch der Rundschauer der Kreuzzeitung Professor Hoetzsch. Die englische Fußfassung in Sinai und Palästina und somit die allseitige Beherrschung der Suezkanalstraße, gerade für Rußland des wichtigsten Seewegs nach dem Osten, dazu die englische Besetzung Mesopotamiens und damit die nordwestliche Schließung des Ringes um den Persischen Golf wäre für Rußland mit seinen ostasiatischen Interessen und seinem Entgegenwachsen gegen den Persischen Golf kaum minder bitter als für Deutschland mit seiner Bagdadbahnbeteiligung. In Fernasien hat Rußland bereits in Japan einen Bundesgenossen gegen das einseitige Übergewicht der englischen Politik gesucht und gewonnen. Die Erringung allgemein größerer internationaler Gleichstellung und Gleichberechtigung auf den Meeren hat für Rußland, schon in der Gegenwart und erst recht für eine nicht fernliegende Zukunft, keine geringere Bedeutung als für jeden machtvoll aufstrebenden Großstaat. Sollte eine zu Einfluß und Herrschaft emporgehobene Industriebourgeoisie und Industriearbeiterschaft lieber im Joch Englands verkümmern als mit Deutschland vereint eine größere weltwirtschaftliche und weltpolitische Unabhängigkeit erstreben wollen? Ist zwischen zwei so großen Nachbarvölkern überhaupt an einen endlosen Wirtschaftskrieg zu denken, wie er aus dem englischen Plan der Zollbevorzugung zweifellos emporwachsen muß? Konnten zwei Länder auf gegenseitige wirtschaftliche Ergänzung in Warenaustausch, Handelsvermittlung und Kapitalsübertragung und deshalb auch auf wirtschaftspolitische Verständigung jemals mehr angewiesen sein als Rußland und Deutschland? Wäre von einem versöhnten, demokratisch fortschreitenden Rußland aus nicht auch, wie es eben der Kopenhagener Socialdemokraten befürwortete, die Brücke hinüber zu finden nach einem mit Deutschland ausgesöhnten Frankreich, das sich weltpolitisch nicht mehr hilflos an die Rockschöße Englands zu klammern brauchte?

Alle diese Betrachtungen, die hier in den Sozialistischen Monatsheften wahrlich nicht zum erstenmal angestellt werden, gelten natürlich für j e d e s Rußland, gleichviel welche Gestalt sein Verfassungsleben schließlich nach den Gärungen und Zuckungen der Gegenwart annehmen mag. Denn festere, haltbarere Grundzüge der Außenpolitik lassen sich nur aus den großen Grundzügen der wirtschaftlich-sozialen Gesamtentwicklung entnehmen, die unter mehr oder weniger liberalem Verfassungszuschnitt gewöhnlich nicht allzu-

5) Siehe Hoetzsch Der Krieg und die große Politik, in der Kreuzzeitung vom 25. Oktober 1916.

»Das Rußland, gegen das wir jetzt noch zu kämpfen haben, ist ein anderes als jenes, mit dem der Krieg begann. Jetzt steht uns im Osten nicht mehr der Zarisismus, jetzt steht uns (heute noch als Gegner, später vielleicht als Freund und Bundesgenosse einer friedlichen Zukunft) ein großes Volk gegenüber, das wir nie gehaßt haben. Kein Regiment war uns verhaßter als das des Zaren, kein Volk stand aber unserm Herzen näher als das russische, da es sich gegen den Zaren erhob. . . Heute aber, da das Ungeheure geschehen ist, und Rußland von der Last eines bestialisches Regiments befreit aufatmet, heute stehen sich Russen und Deutsche mit blinkender Waffe als Feinde gegenüber, als Feinde, aber ohne Haß. . . Sagen wir dem russischen Volk, daß es den Frieden haben kann, wenn es ihn haben will, und daß wir uns nicht gegenseitig zur Weiterführung des Krieges zwingen sollen durch Forderungen, die gegen Ehre, Dasein und Entwicklungsfreiheit eines der beiden Völker verstoßen. Unsere gegenwärtige Haltung entscheidet über unser Verhältnis zu Rußland nicht nur für die Dauer dieses Krieges sondern für Jahrzehnte über sie hinaus! Wenn das 140 Millionen-Volk des Ostens nicht bald aufhört unser Feind zu sein, bleibt es unser Feind für Menschengalter. Sollen wir unsere Nachkommen mit dieser Erbschaft belasten, ohne zu wissen, was wir ihnen als sichere Gegenleistung dafür zu bieten haben? Nein, wir dürfen nicht für höchst zweifelhafte Werte, die in der Zukunft ruhen, die Möglichkeiten des Augenblicks versäumen. Jetzt muß gesprochen werden, und zwar in einer Sprache, die jede Zweideutigkeit ausschließt!«<sup>2)</sup>

In den bürgerlichen Kreisen das gleiche Bild. Nur daß hier die ruhigere Stellungnahme zum Osten fast ausschließlich aus einer immer klarern Erkenntnis des viel tiefern und entscheidendern Interessengegensatzes gegen England hervowuchs, aus dem immer stärkern Empfinden für die eherne Folgerichtigkeit des englischen weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Vornachtstrebens, das mit den notwendigen Ergebnissen und Zielen der deutschen Wirtschaftsentwicklung ohne schwere Konflikte niemals in Einklang zu bringen sei. So blieb zuletzt nur noch eine spärliche Schar von Parlamentariern und Publizisten übrig, die unter allen Umständen die größte gegenwärtige und künftige Bedrohung des friedlichen deutschen Aufschwungs in der Herrschaft des Moskowitertums erblicken.

Daß die deutsche und ebenso die in erster Linie in Betracht kommende österreichisch-ungarische Staatsleitung längst bereit war einen vermittelnden Ausgleich mit Rußland zu suchen, ist den Russen selber kein Geheimnis mehr seit den krampfhaften Bemühungen des englischen Botschafters in Petersburg: die unaufhörlichen deutschen Friedensränke zu entlarven und den kriegerischen Geist Rußlands aufrechtzuerhalten und von neuem anzustacheln. Daß etwa eine der mitteleuropäischen Regierungen im Ernst fähig sein sollte den Frieden nur mit einer zaristischen Staatsgewalt zu wollen, ihn jedoch einem freiern russischen Volk um jeden Preis zu verweigern, wird selbst die unverfrorenste englische Meinungsmache kaum zu behaupten wagen. Ein Bismarck, der manchem Ausländer nach wie vor als die abschreckende Zusammenfassung aller reaktionären Schattenseiten des Stockpreußentums erscheint, schloß dereinst mit dem republikanischen Frankreich nicht nur Frieden, sondern er sah, wie er oft genug hervorhob, an der Westgrenze in einer Republik, die sich mehr den inneren Reformen widmen müsse, weitaus die wünschenswerteste Staatsform, weil jede, ein mehr oder weniger künstliches Leben fristende Monarchie viel eher in die Lage geraten könne auswärtige Abenteuer als Beschwichtigung und Ablenkung der Volksabneigungen willkommen zu heißen. Warum sollten, wenn

<sup>2)</sup> Siehe den Leitartikel des Vorwärts vom 25. März 1917.



es sich um den Osten handelt, Bismarcks heutige Nachfolger borussischer und kleinlicher denken?

Zudem haben sie sich nach dieser Richtung bereits mit mehr als hinreichender Eindeutigkeit ausgesprochen. In seiner Reichstagsrede vom 29. März bestritt der deutsche Reichskanzler abermals für die nachbismarckische jüngste Vergangenheit die geflissentlich aufgebrachte und in weitesten Umlauf gesetzte Legende von einer internationalen Heiligen Allianz-Politik Deutschlands:

»Als Rußland im Jahre 1905 . . . in schwere Not geraten war, hat Seine Majestät der Kaiser dem Zaren Nikolaus auf Grund seines persönlichen Freundschaftsverhältnisses dringend geraten sich den berechtigten Reformwünschen seines Volkes nicht länger zu widersetzen. Also das genaue Gegenteil von dem, was auch jetzt wieder in anderer Form zu sehr durchsichtigem Zwecke verbreitet wird. Zar Nikolaus ist andere Wege gegangen, Wege, die weder dem Interesse seines eigenen noch unseres Landes entsprachen. In einem mit seinem innern Ausbau beschäftigten Rußland wäre kaum Raum gewesen für die unruhigen Expansionsbestrebungen, die schließlich zu diesem Kriege geführt und das alte Regiment so stark belastet haben, daß es schwer fällt das natürliche menschliche Mitgefühl mit dem gestürzten Herrscherhause zu seinem Rechte gelangen zu lassen.«

Und für die Gegenwart und Zukunft betonte Herr von Bethmann Hollweg gleichzeitig die »Tatsache, daß keine vitalen Interessengegensätze beide Länder trennen«, daß »beide Völker auf gute Nachbarschaft angewiesen seien, gleichviel in welcher Weise Rußland sich im Innern auszugestalten gedenke:

»Von mißwillender Seite wird auch jetzt wieder mit allen erdenklichen Mitteln in der Welt verbreitet, Deutschland wolle die kaum errungene Freiheit des russischen Volkes vernichten, Seine Majestät der Kaiser wolle die Herrschaft des Zaren über die geknechteten Untertanen wieder herstellen. Meine Herren, diese Ausstreunungen sind eitel Lüge und Verleumdung, was ich hiermit ausdrücklich feststelle. Wie sich das russische Volk sein Haus einrichtet, ist ausschließlich seine eigene Angelegenheit, in die wir uns nicht einmengen. . . Das russische Volk, das diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat, kann ohne Sorgen vor irgendwelcher Einmischung von unserer Seite sein. Wir begehren nichts anderes als möglichst bald wieder in Frieden mit ihm zu leben, in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist.«

In der gleichen Rede teilte übrigens der Reichskanzler mit, daß an unserer Ostfront »größere Operationen zurzeit nicht in Frage« kämen, »schon die Jahreszeit und die grundlosen Wege würden eine größere Offensive verbieten«.

Den Tag darauf unterstrich der verantwortliche Träger der österreichisch-ungarischen Außenpolitik Graf Czernin die kaum mißverständliche Kundgebung des deutschen Reichskanzlers. Die Menschenschlächtere, sagte er, mangels eines parlamentarischen Resonanzbodens in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Wiener Fremdenblatts, werde zweifellos »ihrem Ende entgegengehen, wenn der Regimewechsel in Rußland dahin führt, daß die gequälten Völker des russischen Reiches einsehen, daß die Fortsetzung des Krieges ein Verbrechen ist, daß sie . . . jeden Tag einen ehrenvollen Frieden mit den Zentralmächten schließen können«. Der Pester Lloyd konnte an dem gleichen Tag über die Auffassung der zunächst maßgebenden Persönlichkeiten sogar noch bestimmter schreiben:

»In Wiener maßgebenden Kreisen werden die Meldungen aufs entschiedenste zurückgewiesen, daß die Regierungen der Mittelmächte gegenüber der russischen Revolution die Absicht hegten oder es im Zusammenhang mit der Friedensfrage für wünschenswert hielten dem Zarismus zur Wiedergewinnung seiner frühern Macht

Staatshaushalts, die man als das gepanzerte Budget bezeichnete, waren der Beschlußfassung der Duma gänzlich entzogen, und überdies stand dem Ministerpräsidenten noch die Berechtigung zu aus eigener Machtvollkommenheit jederzeit Staatsmittel zu öffentlichen Zwecken anzuweisen; er brauchte bloß der Duma davon Mitteilung zu machen. Es war daher keine Vorliebe für Äußerlichkeiten, sondern es entsprach den tatsächlichen Verhältnissen, wenn die Bureaukratie dem Zaren ostentativ den Titel Autokrat zulegte. Allerdings ist hier eine Einschränkung notwendig. Das gemilderte autokratische Regierungssystem, das aus der Gegenrevolution hervorging, unterschied sich darin von dem vorrevolutionären, daß Militär und Polizei für es keine ausreichenden Stützen mehr waren. Es mußte in der Gesellschaft selbst nach Stützpunkten suchen und sah diese zunächst in der Großindustrie und in dem Großgrundbesitz. Aber diese beiden Gesellschaftsschichten genügten ihm nicht. Sie waren der Zahl nach zu schwach, um in erregten Zeiten einen ausreichenden Rückhalt zu bieten. Darum richteten sich die Blicke der Bureaukratie auf die Bauern, die reichlich 80 % der ganzen Bevölkerung umfassen. Einen Teil der Bauernschaft für das bürokratische Regierungssystem zu gewinnen ward das politische Ziel der Stolypinschen Agrarreform. Durch Auflösung des russischen Agrarkommunismus sollte eine Schicht wohlhabender Bauern geschaffen werden, auf die sich die Regierung im Notfall verlassen konnte. Indem die Stolypinsche Agrarreform die Vermögenden unter den Bauern gegenüber den Ärmeren und dem kommunistischen Landbesitz der Dorfgemeinden stark begünstigte, wollte sie nicht nur dem wirtschaftlichen Fortschritt dienen sondern auch eine soziale Klasse schaffen, die gegenüber dem ländlichen Proletariat das konservative Prinzip vertreten sollte.<sup>1)</sup> Die Rechnung Stolypins war aber in politischer Hinsicht insoweit falsch, als das sozialkonservative Prinzip des bäuerlichen Privateigentums auch unter einem parlamentarischen Regierungssystem bestehen kann, weshalb die wohlhabende Bauernschaft sich keineswegs notwendigerweise gegen die Parlamentarisierung des staatlichen Lebens zu richten brauchte. Andererseits aber mußte die Stolypinsche Agrarreform die landarme Bauernschaft unvermeidlich unzufrieden und für eine Staatsumwälzung geneigt machen, die die vom Zaren bekämpfte Agrarreform der ersten Revolution, das heißt die Enteignung des Großgrundbesitzes, zur Geltung zu bringen versprach. Im Grunde brauchten sich aber gegen die Agrarreform der ersten Revolution auch die wohlhabenden Bauern nicht aufzulehnen, weil sie sich ja nicht auf Kosten des bäuerlichen sondern des kapitalistischen Grundbesitzes vollziehen sollte.

Solcher Art waren die politischen Zustände Rußlands, als der Krieg ausbrach. Das Kennzeichen der bürokratischen Regierungsgewalt war und blieb die Willkür und Korruption, so daß selbst die Oktobristen, die sich anfänglich mit dem durch den Staatsstreich von 1907 geschaffenen Zustand abfinden wollten, wieder in Opposition zur Regierung treten mußten. Der Kampf zwischen Duma und Regierung hörte mit Ausbruch des Krieges nicht nur nicht auf sondern steigerte sich mit jedem Monat. Seinen Höhepunkt erlangte er, als die russischen Heere im Sommer 1915 aus Galizien, Polen, Litauen und Kurland zurückfluteten. Ungeachtet des Widerspruchs der Bureaukratie bildeten sich jetzt zahlreiche Verbände, an deren Spitze der

<sup>1)</sup> Siehe Streltsov Drei Jahre russischer Verfassung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1908 III, Seite 1421 ff.

Senstwo- und Städtebund stand, um bei der Kriegführung durch Herbeischaffung von Kriegsmitteln tätig mitzuwirken. Auch in der Duma vollzog sich nun ein überraschender Wandel. Der Zustand chaotischer Parteiungen, der in der 1912 gewählten vierten Duma bisher vorgeherrschte hatte, nahm ein schnelles Ende. Was bisher dem russischen Parlamentarismus gefehlt hatte, um sich gegen die Bürokratie durchzusetzen, nämlich eine festgefügte parlamentarische Mehrheit, entstand nun in dem progressiven Block, der, soweit man deutsche Bezeichnungen auf russische Verhältnisse anwenden kann, sich aus Freikonservativen, Nationalliberalen, Volksparteilern und Sozialreformern verschiedener Art zusammensetzte. Als die einigende Kraft dieser Mehrheitsbildung kann man wohl den ernststen Willen bezeichnen das bürokratische durch das parlamentarische Regierungssystem zu ersetzen. An den Zaren erging nun die Forderung sich aus den Abgeordneten des progressiven Blocks ein Ministerium zu wählen, das der Duma verantwortlich sein sollte. Es spricht für den politischen Sinn der russischen Parteien, daß sie ihre Zeit nicht mit nutzlosen Verfassungsanträgen vertrödelten sondern die entscheidende Tat durch die Bildung einer festgefügten Mehrheit vollzogen. Ihr gegenüber erwies sich die Bürokratie alsbald als machtlos, und die Verwirrung, die in der Regierung infolgedessen Platz griff, gelangte äußerlich sichtbar in dem unaufhörlichen Wechsel der Ministerien zum Ausdruck, von denen sich jedes nur kurze Zeit zu halten vermochte.

Obwohl wir über die Vorgänge, die der Absetzung des Zaren und seiner Minister unmittelbar vorausgingen, noch ungenügend unterrichtet sind, steht immerhin doch so viel fest, daß es der Versuch war die Duma zu vertagen und zeitweilig aus dem politischen Leben auszuschalten, der das alte Regime zum Zusammenbruch führte. Die Dumamehrheit, ihrer Kraft und ihres Wertes sich bewußt, erklärte sich gegenüber der Regierung in Permanenz. Und als sich nun die Massen zugunsten der Rechte des Parlaments in Bewegung setzten und daraufhin die Bürokratie Truppen gegen das Volk aufmarschieren ließ, da zeigte sich, daß die Volksvertretung in 12 Jahren ihres Bestehens sich eine größere Autorität erworben hatte, als die Monarchie der Romanows in 3 Jahrhunderten. Nicht den Zaren sondern ihre Duma sahen die Petersburger Truppen als oberste Autorität im Staat an, und sie zögerten nicht den Monarchen auf Befehl des Ausschusses der Duma hin gefangenzunehmen. Das ist der Sinn der Vorgänge vom 12. bis zum 16. März, wenn man von allem Nebensächlichen und Zufälligen absieht. Wie die erste Revolution in Rußland das Prinzip der Volksvertretung zur Geltung brachte, das die Reaktion in der Folge zwar abzuschwächen, aber nicht mehr zu beseitigen vermochte, so hat die zweite Revolution das Prinzip des Parlamentarismus zur Anerkennung gebracht, wonach die Regierung eines Landes nur von einem Ministerium ausgeübt werden darf, das sich der Volksvertretung gegenüber verantwortlich fühlt und von ihr jederzeit zum Rücktritt genötigt werden kann. Ob das Prinzip des Parlamentarismus, das am 15. März 1917 in Rußland durch Bildung des Ministeriums Lwow-Miljukow, in dem neben 7 Abgeordneten 3 Vertreter sozialer Verbände sitzen, zur Geltung gekommen ist, zur Republik oder zur parlamentarischen Monarchie führen wird, ist gegenüber der Tatsache, daß nun auch das große Reich des Ostens in die Reihe der parlamentarisch regierten Staaten eingetreten ist, von nur untergeordneter Bedeutung. Wie überall, so hat sich auch

in Rußland gezeigt, daß da, wo einer sich autokratisch gebärdenden Bureaukratie sich eine festgefügte Parlamentsmehrheit entgegenstellt, deren Sieg nur eine Frage der Zeit ist, auch wenn die Rechte des Parlaments noch so sehr durch die Verfassung beschränkt erscheinen. Es kommt eben für den Sieg des demokratischen Gedankens der Volkssouveränität gar nicht in erster Linie auf die Verfassung an sondern vor allem auf den ersten Willen der Parteien sich zu einer Mehrheit zusammenzuschließen. Sobald sich unter den heftigen Geburtswehen der deutschen Invasion eine solche Mehrheit in der Duma gebildet hatte, war damit das Schicksal des russischen Obrigkeitsstaats besiegelt.

Es mag in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß noch vor kurzem viele Genossen im Osten nur schwärzeste Reaktion sehen konnten und vollständig blind den demokratischen Kräften der russischen Gesellschaft gegenüberstanden, die stürmisch an die Oberfläche drängten. Eine historische Entwicklung auch für den Osten anzuerkennen wollte ihnen nicht recht in den Sinn. Dieser Auffassung entgegnetend, schrieb ich hier im Oktober vorigen Jahres:

Bernstein zum Beispiel erscheint es geradezu als »eine gedanken- und gesinnungslose Behandlung der auswärtigen Politik« noch irgendwo anders als in England, dem Staat des Lichts, einen Aufstieg zur Demokratie zu entdecken. Nur so ist es zu verstehen, daß für ihn eine Annäherung an die Ostmächte faktisch das selbe bedeutet wie eine Verständigung mit der Reaktion. Denn was könnte aus dem Osten wohl Gutes kommen? Der »Weitblick«, den Bernstein vermißt, besteht also im Grunde darin den Ostmächten jede demokratische Entwicklungsmöglichkeit abzusprechen. . . Genosse Bernstein sieht nämlich nicht die Völker des Ostens sondern nur deren Staat, und dieser erscheint ihm nicht als ein in der Entwicklung begriffener Organismus sondern als ein fester Krystall, der nach 100 Jahren noch sein wird, was er heute ist. Bei einer solchen Anschauung kann man freilich nichts vom Aufstrebenden wahrnehmen, da bleiben die östlichen Völker ewiger Verdammnis verfallen, und das Heil für Mitteleuropa liegt einzig und allein im Anschluß an den Westen (oder vielmehr an England; denn jene Kollektivbezeichnung, die scheinbar Frankreich mit gleicher Liebe umfaßt, ist nur eine irreführende Selbsttäuschung).<sup>2)</sup> Die Parteigenossen, die nur von England das demokratische Heil der Menschheit erwarten, werden jetzt vielleicht sagen, daß ohne Englands Eingriff in die innere Politik Rußlands der Sturz des russischen Obrigkeitsstaates sich nicht so glatt und schmerzlos hätte vollziehen können. In dieser Auffassung liegt jedoch eine gewaltige Unterschätzung des demokratischen Sinnes des russischen Volkes und eine Überschätzung britischer Einflüsse auf die Dumamehrheit. Die Rolle, die die britischen Agenten bei der russischen Revolution gespielt haben, erklärt sich ausreichend dadurch, daß sie mit sachkundigem Blick schon vor langer Zeit erkannt hatten, daß in Rußland der Demokratie die Zukunft gehört. Diese Erkenntnis war aber keineswegs auf die in Rußland lebenden Engländer beschränkt. Der neutrale Politiker Hans Vorst, der vor etwa einem Jahr Rußland bereiste, gelangte gleichfalls zu dieser Auffassung, der er mit den Worten Ausdruck gab, das ließe »sich schon jetzt mit Bestimmtheit sagen, daß die Reaktion in Rußland abgewirtschaftet hat.«<sup>3)</sup> Als daher die britischen Agenten in Rußland die Sache der Dumamehrheit auch zu der ihrigen machten, zogen sie aus der gegebenen Sachlage nur die notwendigen Konsequenzen. Das war auch durchaus im Sinn der britischen Politik gehandelt, die es im Ausland immer mit den aufstrebenden Mächten, denen die Zukunft gehört, ge-

<sup>2)</sup> Siehe Quessel Mitteleuropa und die Ostmächte, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 III, Seite 1029.

<sup>3)</sup> Siehe Vorst Was wird aus Rußland?, im Berliner Tageblatt vom 20. September 1916.

halten hat. Im übrigen wäre der englischen Regierung die Erhaltung des bisherigen Zustands, bei dem sie die Regierung mit der Duma und die Duma mit der Regierung einschüchtern konnte, gar nicht unlieb gewesen. Angesichts des Gegensatzes zwischen Regierung und Duma befand sich der entscheidende Einfluß eben bei den britischen Agenten. Man kann daher auch annehmen, daß der Schritt des englischen Botschafters Buchanan das alte Regime zu erhalten, indem er den Zaren zu Zugeständnissen zu bewegen suchte, durchaus ernst und aufrichtig gemeint war. Als ihm das nicht gelang, wandte er sich freilich ganz der Dumamehrheit zu, weil er Englands Schicksal nicht an das einer zum Untergang verurteilten Macht ketten wollte. Wie richtig die britischen Berechnungen waren, haben uns die Ereignisse gezeigt, die auf den Versuch der Entente bei dem Zaren die Entlassung der reaktionären Minister und deren Ersetzung durch liberale Abgeordnete durchzusetzen unmittelbar folgten. Daß ein großer Teil der deutschen Presse den Sturz der Romanows auf englische Einflüsse zurückführt, wird in London gewiß lebhaft Genugtuung hervorrufen, weil gerade diese Behauptung den englischen Einfluß in Rußland zu festigen geeignet ist. Man kann den Engländern in der Tat kaum etwas Angenehmeres nachsagen, als wenn man erklärt, daß das Haus Romanow das Opfer des Botschafters Buchanan geworden ist. Die ungeheuerliche Unterschätzung der Macht des demokratischen Gedankens in Rußland, die in dieser bizarren Auffassung zutage tritt, ist ihren Vertretern wohl kaum zum Bewußtsein gekommen. Die Duma brauchte, nachdem eine feste Mehrheit unter dem gewaltigen Eindruck des russischen Rückzugs im Sommer 1915 zustande gekommen war. Buchanan und seine Agenten wirklich nicht, um mit dem bürokratischen Regierungssystem fertig zu werden.

Wer den demokratischen Sinn des russischen Volkes, der tief im slawischen Volkscharakter verankert ist, richtig einzuschätzen versteht, kann in der Revolution von 1917 nichts Zufälliges sondern nur die notwendige Folge des Staatsstreichs von 1907 sehen. Der Krieg hat lediglich beschleunigt, was später auch ohne ihn gekommen wäre. Wie die erste so wird auch die zweite Revolution eine Grenzscheide ziehen, über die keine Reaktion mehr hinwegschreiten kann. Zunächst weisen alle Anzeichen darauf hin, daß das neue Rußland sich als Nationalitätenstaat konstituieren wird. Alle fremdstämmigen Völker, die sich nach der Revolution zum Wort gemeldet haben, brachten überwiegend den Wunsch zum Ausdruck dem sich revolutionär erneuernden Rußland als autonome Glieder anzugehören. Unsere Westler werden daher gut tun sich keinen trügerischen Hoffnungen auf den Zerfall des russischen Imperiums hinzugeben. Ebenso verfehlt wäre die Annahme, daß Rußland einem sozialen Chaos zusteuert. Es ist wahrscheinlich, daß die Agrarreform der ersten Revolution wieder auf der Tagesordnung erscheinen wird. Unwahrscheinlich ist es dagegen, daß sie die Bauernschaft in zwei feindliche Schichten teilen wird. Man kann das Bestreben den privaten Großgrundbesitz zu enteignen und aufzuteilen auch nicht als eine Utopie ansehen. Großgrundbesitz und Großbetrieb fallen in Rußland nicht zusammen. Der weitaus größte Teil des russischen Großgrundbesitzes wird von den Bauern zumeist mit ihren eigenen Betriebsmitteln in der Form der Geld- oder Teilpacht bewirtschaftet. Im eigentlichen Rußland sind wirkliche Landwirte eben nur die Bauern. Die Enteignung des Großgrund-

besitzes würde daher nichts weniger als einen Umsturz der Betriebsverhältnisse in der russischen Landwirtschaft bedeuten. Ob der linke Flügel der Kadetten noch heute zu der Agrarreform der ersten Revolution steht, ist freilich zweifelhaft. Aber man kann annehmen, daß die Bauernabgeordneten ihre Forderung den Großgrundbesitz zu enteignen jetzt mit aller Energie wieder vertreten werden. Bedenkt man, daß die Bauern den weitaus überwiegenden Teil des russischen Volkes umfassen, und daß diese Forderung nicht nur bei den großrussischen sondern auch bei den kleinrussischen, polnischen, lettischen und litauischen Bauern überaus populär ist, so kann man erwarten, daß gerade diejenigen Parteien, die sich zu der Agrarreform der ersten Revolution bekennen, große Erfolge bei den Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung erzielen werden.

Wie im übrigen der Gang der Revolution sein wird, muß man abwarten. Tragen die Männer, die jetzt für die Politik verantwortlich sind, der tiefen Friedenssehnsucht des Volkes nicht Rechnung, verlängern sie den Krieg, anstatt ihn abzukürzen, so dürfte die Folge wohl eine Militärdiktatur sein, da nur sie unter den jetzigen Verhältnissen stark genug sein könnte den Krieg längere Zeit fortzuführen. Manches spricht dafür, daß es das Ziel Englands ist die russische Friedensbewegung durch eine Militärdiktatur niederzuhalten. Denn je mehr sich Rußland in diesem Krieg schwächt, um so größer werden die englischen Aussichten für ein ökonomisches Protektorat über das Russenreich nach dem Krieg, dem man in London in den unverfänglichsten Formen konsequent zustrebt. Um den Kriegswillen des russischen Volkes anzustacheln, wird von englischer Seite in Rußland fieberhaft und mit allen Mitteln gearbeitet. Es wird dem russischen Volk der angebliche Eroberungswille der Deutschen in den grellsten Farben dargestellt, einzelne Äußerungen gewisser Publizisten oder geringfügiger Gruppen werden als Ausdruck der wahren deutschen Gesinnung hingestellt. Der Reichskanzler hat am 29. März allen solchen Ausstreungen den Boden entzogen. Man muß aber damit rechnen, daß die zielbewußte Ausnutzung des vorhandenen Mißtrauens einstweilen vielleicht doch die Oberhand gewinnt, so daß das Volk in die Überzeugung hineingetrieben wird, es müsse gegen einen erobersüchtigen und autokratischen Feind einen Verteidigungskrieg führen. Dann würde das Volk sich zeitweilig wohl einer Militärdiktatur nach Englands Wunsch beugen.

Und doch wären das alles nur vorübergehende Erscheinungen des russischen Lebens. Sie würden dem demokratischen Willen des russischen Volkes überlang oder kurz doch wieder weichen müssen. Der über 100 Jahre währende Kampf zwischen Volksfreiheit und Selbstherrschertum ist endgültig zugunsten des Volkes entschieden. Eine Militärdiktatur westlicher Orientierung könnte in jedem Fall nur eine Unterbrechung der Entwicklung Rußlands zu einer wahrhaft sozialen Demokratie sein. Ein entscheidender Sieg des alten Systems über die Revolution ist nicht mehr möglich. Das neue Rußland, das jetzt entstanden ist, kann mit seinen Nachbarn, den Mittelmächten, sich leicht verständigen. Und diese Verständigung ermöglicht dann die Bildung eines von angelsächsischer Oberherrschaft und von Vormundschaft jeglicher Art befreiten Kontinentaleuropas.



# MAX COHEN · RUSSISCHE REVOLUTION UND DEUTSCHE POLITIK

**M**ITTEN im Toben des Weltkriegs hat sich in Rußland eine Umwälzung von weltgeschichtlicher Tragweite vollzogen. Es ist zweifelhaft, ob die ganze Größe und Bedeutung der russischen Ereignisse von uns miterlebenden Zeitgenossen in ihrem vollen Umfang erfaßt werden können: daß man aber ihre politischen Wirkungen kaum überschätzen kann, scheint unzweifelhaft zu sein. Der frische Hauch, der von der jungen starken Volkskraft ausgeht, die jetzt im heiligen Rußland die Macht erlangt hat, wirkt befruchtend und befreiend. Und daß die außenpolitischen Verhältnisse der meisten Länder zu einander von den Wirkungen der russischen Revolution nicht unberührt bleiben können, versteht sich von selbst. In allen diesen Dingen wird die politische Haltung des Deutschen Reiches von der größten Bedeutung sein.

Hier, in den Sozialistischen Monatsheften, ist stets, lange vor dem Ausbruch der russischen Revolution, die unbedingte Notwendigkeit einer östlichen Orientierung der deutschen Politik betont, ist immer wieder darauf hingewiesen worden, daß ein politisch gutes, dauerndes Verhältnis zum russischen Nachbarreich eines der Hauptergebnisse dieses Krieges sein müsse. Das geschah stets nur vom Standpunkt wohlverstandener deutscher Interessen aus, die es nicht erlauben, daß in außenpolitischen Fragen auf mehr oder minder sympathische Regierungsformen der anderen Länder Rücksicht genommen wird. Nichtsdestoweniger müssen wir uns als Sozialisten natürlich aufrichtig darüber freuen, daß es dem russischen Volk endlich gelungen ist das Joch eines unerträglichen Absolutismus abzuwerfen und die Kräfte frei zu machen, die eine Vorbedingung für eine freiheitliche Gestaltung des russischen Volkslebens wie für die Weiterentwicklung der russischen produktiven Kräfte sind. Denn gerade von dieser Entwicklung darf man mit großer Zuversicht die Beseitigung mancher Hindernisse erwarten, die einer wirklichen deutsch-russischen Verständigung bisher im Weg standen. Die außerordentlich geschickten Politiker, die in England das Reichsgeschäft leiten, haben sich beeilt den Kriegswillen des neuen Rußlands zu stärken, indem sie mit emsiger Geschäftigkeit die Mär verbreiteten, ein Sieg Deutschlands bedeute die Wiederherstellung der Zarenherrschaft und den Verlust der soeben erst mit vielen Opfern errungenen Freiheit. Einige, durchaus nicht bösgemeinte, aber recht ungeschickte Äußerungen, die natürlich sofort den Weg nach Petersburg fanden, haben dieser von englischer Seite gestützten Auffassung überflüssigerweise noch Nahrung gegeben. Eindringlich und überzeugend ist dieser Methode englischer Irreführung der Reichskanzler am 29. März in einer Reichstagsrede entgegengetreten, die, in ihrem außenpolitischen Teil, die wichtigste politische Kundgebung unserer Reichsleitung seit Kriegsausbruch darstellt. Unter der lebhaften Zustimmung des Reichstags drückte Herr von Bethmann Hollweg seine Überzeugung aus, daß das russische Volk »diesen Krieg gewiß nicht gewollt hat«, und er stellte unzweideutig fest, daß wir mit diesem Volk »möglichst bald wieder« in Frieden zu leben wünschen, »in einem Frieden, der auf einer für alle Teile ehrenvollen Grundlage aufgebaut ist«. Hinter dieser Erklärung des Reichskanzlers steht nahezu das ganze deutsche Volk, das nicht im entferntesten darau

denkt sich in die inneren Angelegenheiten Rußlands einzumengen, und erst recht nicht im Sinn einer Parteinahme für das gestürzte Zartum. Man wird hoffen dürfen, daß in Rußland selbst bald der ganze Spuk verschwindet, der den friedensverlangenden russischen Arbeitern weismachen will, daß sie ihr eben erkämpftes Selbstbestimmungsrecht nur dann erhalten könnten, wenn sie es in weiterm, monatelangem Blutvergießen gegen die deutschen Zarenfreunde verteidigen würden. Nein, das haben die russischen Volksmassen nicht nötig. Wenn sie sich weigern weiter für das Kriegsziel Englands zu kämpfen, so werden sie bald einen für alle Teile guten Frieden haben können.

Hier ist eine Aufgabe für die deutsche Sozialdemokratie. Nie zuvor hat diese eine gleich günstige Gelegenheit gehabt ihrem eigenen Land, ihrer Sache und allen nach Frieden lechzenden Völkern einen so großen Dienst zu leisten wie jetzt. Die Sozialisten sind in diesem Stadium des Krieges die natürlichen Mittler den Weg zu weisen, der aus diesem Kriegswirrsal führt. Die deutschen Sozialisten können und müssen nunmehr den russischen Sozialisten sagen, daß der Friede nahe ist, wenn sie ihn begehren. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat in seinem Telegramm an die russische Bruderpartei den ersten Schritt zu diesem Ziel bereits getan. Die deutschen Sozialisten müssen diesen Weg auch um deswillen beschreiten, weil die vom Osten her winkenden Friedensmöglichkeiten zugleich den Fingerzeig für die künftige außenpolitische Haltung unseres Landes geben, wie sie hier oftmals als stärkste Zukunftshoffnung für die Entwicklung Gesamteuropas dargelegt worden ist. Eine zielklare Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei auf diesem Gebiet ist aber um so nötiger, als sie, von der Basis außenpolitischer Arbeit aus, weitgehenden Einfluß auf die Gestaltung der deutschen innern Politik zu erlangen vermag. Diejenige Partei, die klar erkennt, was die zukünftigen Lebensinteressen der Nation verlangen, und entschlossen für ihre Durchführung eintritt, gewinnt die Führung des Volkes überhaupt. Nur muß sie selber klar und entschlossen sein und alle Kraft daran setzen sich für die erkannten Ziele eine Mehrheit im Volk und Parlament zu verschaffen. Die Zeit dafür ist günstig. Immer weitere Kreise des deutschen Volkes sind durch die deutlichen Tatsachen dieses Krieges darüber belehrt worden, daß nur durch eine politische Annäherung an Rußland die Gefahren des deutsch-englischen Gegensatzes zu bannen sind. Es ist an der Zeit mit aller Entschiedenheit im Parlament und draußen im Volk sich für dieses Ziel einzusetzen, ein Ziel, das obendrein und vor allem auch den Frieden für lange Zeit, wenn nicht dauernd, bedeutet.

Wenn die deutsche Sozialdemokratie alle ihre Kräfte in den Dienst dieser friedensverheißenden und friedensichernden Arbeit stellt, wird sie zugleich auch der innenpolitischen Weiterentwicklung unseres Volkslebens dienen. Die obenerwähnten Versuche die Deutschen dem russischen Volk als Wiedererwecker des russischen Zarismus vorzugaukeln werden durch die unbefriedigenden innenpolitischen Zustände im Deutschen Reich begünstigt, dessen Parlament den anderen Völkern besonders einflußlos erscheint, und in dessen größtem Bundesstaat nunmehr das rückständigste Wahlrecht der Welt besteht. Eine freiheitliche Gestaltung der deutschen innenpolitischen Zustände würde aller Welt zeigen, daß ein störendes Eingreifen in die freiheitliche Entwicklung Rußlands von vornherein und absolut aus-



geschlossen ist. Wir erstreben diese innere Freiheit freilich nicht, um anderen zu gefallen, sondern lediglich um der Zukunft des deutschen Volkes willen, dessen produktive Kräfte sich nur in der Demokratie voll entfalten können. Um moralische Eroberungen bei anderen Völkern brauchen wir uns da nicht zu sorgen. Denn nicht ein Schielen nach den Meinungen anderer schafft uns Achtung und Sympathieen, sondern ein entschlossenes Vorgehen auf dem Weg der Freiheit, wie es eines selbstbewußten Volkes einzig würdig ist.

Als das äußere Merkmal der innern Befreiung des deutschen Volkes gilt für alle Parteien, von den Konservativen abgesehen, die Beseitigung des preußischen Wahlsystems. Die Abschaffung der unerträglichen Dreiklassenwahl und die Einführung der gleichen, geheimen und direkten Wahl in Preußen ist jetzt die wichtigste Frage deutscher Innenpolitik. Der Kaiserliche Erlaß vom 7. April hat diese Wahlreform in bindender Weise angekündigt. In welcher Form und zu welchem Zeitpunkt sie nun erfolgt, das hängt von den politischen Parteien ab. Eine sichere Mehrheit ist im Reich für diese Reform vorhanden, und auch die Nationalliberalen haben ihre Durchführung noch während des Krieges verlangt. Was die Entwicklung als unbedingt geboten erwiesen hat, kann nicht ohne Schädigung der nationalen Interessen aufgeschoben werden. Der neugebildete Verfassungsausschuß des Reichstags hat hier seine erste Aufgabe bekommen. Nur soll man nicht meinen, daß mit der Umbildung des preußischen Landtags schon die innere Freiheit gewonnen wäre. Ein freies Wahlrecht tut es nicht allein. Auch die Freiheit will durch intensive und mühevoll eigene Arbeit auf allen Gebieten erworben sein. Man soll nicht verlangen, man muß selbst schaffen. Gewiß vermag das Entgegenkommen der Regierungenstellen mancherlei Hindernisse zu beseitigen und überflüssige Kämpfe zu ersparen. Im Grunde aber kann politische Freiheit nur von einem Volk erarbeitet werden, das die Selbstverantwortung kennt, und nur ein Parlament, daß sich in seinem eigenen Willen stark und entschlossen zeigt, kann ein Entgegenkommen von oben erwarten. Draußen im Volk rechnet man darauf, daß die Volksvertretung diese Klarheit und Entschlossenheit zeigen werde und alles daransetze eine feste arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, damit es vorwärts gehe. Einen andern Weg weiterzukommen gibt es nicht, und es ist in der Tat das Gebot der Stunde, daß alle Parteien des Parlaments sich endlich dazu aufraffen, unter Beiseitlassung trennender Fragen, einen geschlossenen Block für die nächsten Aufgaben zu bilden. Solange das nicht geschieht, kann von der Regierung nichts Wesentliches erwartet werden, und die Parteien haben nicht das Recht ihr Vorwürfe zu machen, wenn die freiheitliche Entwicklung sich nicht einstellen will. Einer wirklichen, nicht von Fall zu Fall sich bildenden sondern dauernd kooperierenden Parlamentsmehrheit kann und wird keine Regierung Widerstand entgegensetzen. Freilich vermag eine geschickte Regierung ohne Mehrheiten auszukommen, sie hat dann die Möglichkeit die Parteien wechselseitig gegen einander auszuspielen; aber gegen eine Mehrheit vermag sie die Staatsgeschäfte nicht zu führen. Alle formalen Verfassungsvorschriften, eigens erdacht zur Stärkung der Macht einer Volksvertretung, ersetzen nicht das eine, was zur wirklichen Ausübung der Macht das unentbehrlichste ist: den Willen. Das parlamentarische Regierungssystem wird nicht durch Paragraphen sondern durch Tatsachen eingeführt. Noch nicht die kleinste Bestimmung der Verfassung braucht darum geändert zu werden.

Entscheidend ist hierbei der konkrete Inhalt der Politik. Eine Parlamentsmehrheit, die die Erfüllung der Staatsnotwendigkeiten als ihre eigene Angelegenheit, nicht als eine Konzession an die Regierung, betrachtet, die in der Förderung der Produktionsinteressen ihre wichtigste Aufgabe sieht, und die von dem Bewußtsein durchdrungen ist für jede Unterlassung auf diesem Gebiet selbst verantwortlich zu sein, eine solche Mehrheit steht nicht der Regierung als einer fremden Macht gegenüber sondern bildet diese selbst. Mit der Frage der Staatsform hat alles das nichts zu schaffen. Die parlamentarische Regierungsweise wird vielmehr innerhalb der gegebenen Staatsform stabilisiert, und ihre Entstehung ist an keinen gesetzgeberischen Akt geknüpft.

Es ist Zeit, daß man in Deutschland die unfruchtbaren Erörterungen über den Burgfrieden, über seine Beibehaltung oder seine Verletzung, schließt. Nicht darauf kommt es jetzt an, wie die Parteien sich gegen einander verhalten. Wichtig ist vielmehr, daß die großen Parteien, die das neue Deutschland aufbauen wollen, mit einander sind. Die Mehrheit der Gesinnung ist ohne Zweifel in Deutschland längst vorhanden. Welch ein Hindernis könnte sich nun wohl noch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheit entgegenstellen? Die deutsche Sozialdemokratie, als die Partei, die die größten Volksmassen hinter sich weiß, hat die Pflicht an diese dringendste Aufgabe des Parlamentarismus heranzugehen. Es geht überall vorwärts, allerseiten regen sich, trotz dem Krieg, frische neue Kräfte die alten Staaten zu verjüngen. Fällt Deutschland in die innenpolitische Stagnation zurück, wie sie vor dem Krieg bestand, so werden die politischen Parteien, wird nicht zuletzt die Sozialdemokratie sich die Schuld daran geben müssen. Man kann wirklich nicht mehr sagen, daß wir in der Regierung eine verbissene Reaktion sich uns entgegenstellen sehen. Der verantwortliche Leiter der Reichspolitik hat in seinen letzten parlamentarischen Reden den ebenso ehrlichen wie entschiedenen Willen bekundet die Dinge nicht beim alten zu lassen. Wie diese Neuordnung nun aber ausfällt, das steht nicht bei ihm. Und es wäre unsererseits nicht ehrlich, wollten wir ihm eine Verantwortung da zuschieben, wo wir sie doch selber tragen. Ganz Deutschland erwartet von seiner Volksvertretung, daß seine innenpolitische Entwicklung nicht hinter der russischen zurückbleibt. Es darf in dieser Erwartung nicht getäuscht werden.

## PAULA THIEDE · ERWERBSARBEIT, ENTLOHNUNG UND ORGANISATION DER FRAUEN

**S**EIT altersgrauer Zeit arbeitet die Frau: als Hausfrau, außerdem als Spinnerin, Weberin, Strickerin, Näherin und anderes mehr. Diese ihre Arbeit braucht in Einzelheiten kaum noch geschildert zu werden. Wenn hier dennoch auf alte, vergangene Zeiten zurückgegriffen wird, so um zu zeigen, daß die Frauenarbeit zwar nichts Neues ist, sich aber in Form und Wirkung vollkommen verändert hat.

Früher konnte man die Frauenarbeit nicht als Erwerbsarbeit bezeichnen. Und doch war sie in ihrer Wirkung für die Erhaltung der Familie und des Hausstandes von der selben Bedeutung wie die Frauenerwerbsarbeit in den

modernen Industriestädten. Die Erfindung der Maschinen zur Erleichterung mühevoller Arbeit schuf neue Verhältnisse. Der Industriearbeiter wurde geboren, und es kam die Abwanderung früher nur an ländliche Arbeiten gewöhnter Männer und Frauen in die größeren Städte. Die Hand des Industriellen, der erst nur den Mann zur Hilfeleistung bei der Arbeit brauchte, streckte sich bald aus, um auch die willige, billige Frau zu erfassen. Der nimmer rastende Erfindungsdrang schaffte neue Hilfsmittel, neue Maschinen und den Zwang zur Teilarbeit. Diese Teilarbeit konnte nach kurzer Zeit von ungelerten Kräften verrichtet werden, und die Möglichkeit verdienen zu können bot den Anreiz zur Arbeit, zumal sich in den Städten Unterhalt und Wohnung teurer stellten als in den ländlichen Bezirken. In der Stadt aber waren viele Arbeiten in der Hauswirtschaft leichter und bequemer zu verrichten als auf dem Lande.

Diese neue Arbeitergruppe der Ungelernten wurde ungern von der gelernten Arbeiterschaft aufgenommen. Schon im ungelerten männlichen Arbeiter fürchtete der gelernte eine unliebsame Konkurrenz. Das Gefühl der Abwehr gegen eine weitere Verschlechterung der Erwerbsmöglichkeiten wurde noch bedeutend gesteigert, als durch die immer zunehmende Teilarbeit nun auch die Frauenerwerbstätigkeit in den Fabriken sich stetig erweiterte. Die Abwehr der Gelernten war zu verstehen, wenn wir bedenken, welche ungeheure Umwälzung vom Kleinhandwerk und der Landarbeit sich mit der Heranziehung von Ungelernten und Frauen in die Fabriken vollzogen hatte. Die Männer mußten hier erst selbst festen Boden gewinnen.

Heute wissen wir, daß in der Wahl der Abwehrmittel gegen jene Konkurrenz Fehler gemacht worden sind. Charakteristisch dafür ist der Beschluß des Erfurter Gewerkschaftskongresses von 1872. Er erklärte sich in folgender Form gegen die industrielle und gewerbliche Frauen- und Kinderarbeit: »Der Kongreß beschließt das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern, gegen alle die Einflüsse zu kämpfen, die dem Arbeiterstand schädlich sind, und mit Hochdruck dagegen in die Schranken zu treten. Ferner: gegen alle Frauenarbeit in den Fabriken und Werkstätten zu wirken und dieselbe abzuschaffen zu suchen. Ferner: Abschaffung aller Kinderarbeit in den Fabriken und Werkstätten.«

An dem Willen der Männer die Frauenarbeit in den Fabriken und Werkstätten unmöglich zu machen hat es also keinesfalls gefehlt. Aber einen Erfolg konnten diese Bestrebungen nicht haben, da es sich hier um eine Umwälzung der Produktionsform handelte, die im Lauf der Jahrzehnte in fast allen Gewerbszweigen ihren Einzug hielt. Die Frauenerwerbsarbeit wurde zur Notwendigkeit. Sie ist längst als eine Tatsache anerkannt. Die Arbeiterschaft rechnet mit ihr und sucht ihre lohndrückende Wirkung durch die Organisierung der Frauen abzuschwächen.

Am 14. März 1917 waren es 25 Jahre, daß die Gewerkschaften auf ihrem ersten Kongreß, in Halberstadt, sich enger zusammenschlossen und als Zentralverwaltungsstelle für alle gemeinsamen Fragen die Generalkommission einsetzten. Von dieser ersten Stunde eines gemeinsamen Wirkens an wurde auch die allgemeine Organisierung der Arbeiterinnen als notwendig gefordert und beschlossen. Dem Halberstädter Kongreß lag folgende, von Helma Steinbach eingebrachte und begründete Resolution vor:

»In Erwägung, daß bei der großen, täglich wachsenden Bedeutung der Frauenarbeit auf allen Arbeitsgebieten sich die energische Inangriffnahme der Organisierung...

zung derselben als ein Gebot der Selbsterhaltung erweist, beschließt der heutige Kongreß die Vorstände der bestehenden Organisationen aufzufordern dahin zu wirken, daß die Statuten derselben derart umgestaltet werden, daß auch den im Berufe beschäftigten Frauen der Beitritt zu denselben möglich ist. Die Agitation für Ausbreitung der Organisation hat sich bei allen Berufen, in welchen Frauen tätig sind, auch auf deren Heranziehung zu erstrecken, da nach § 152 der Gewerbeordnung hierin keinerlei Hindernisse bestehen.«

Die Resolution wurde gegen 1 Stimme angenommen. In einer Reihe von Organisationen waren auch 1892 schon Frauen organisiert, aber hier handelte es sich um Anfänge. So zählte unsere Berliner Organisation der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen (die später die Verbandsgründerin wurde) 1890 neben 350 Kollegen 450 Kolleginnen. Ebenso waren Frauen bei den Schneidern organisiert, und auch in anderen Gruppen bestanden schon Anfänge zur Organisation. Schon damals war also die Möglichkeit der Frauenorganisation vorhanden. Die Erkenntnis ihrer Notwendigkeit fehlt dagegen noch heute, bei den Männern wie bei den Frauen selbst.



**B**RACHTE die technische Entwicklung schon immer neue Arbeitsgelegenheiten für Frauen und Jugendliche, so schuf nun der Krieg einen Zustand, der alle wissenden und fühlenden Menschen mit hoher Sorge erfüllt. Die Not und das Pflichtbewußtsein gegenüber ihrer Familie führten die Frau zur Übernahme von Arbeiten, die ihre körperlichen Kräfte weit überschritten. Die Behauptung, daß die Frau zu allen Arbeiten fähig sei, ist unrichtig. Gewiß gibt es Frauen, die auch schwere Männerarbeit verrichten können; aber das sind Ausnahmen, sie können nicht als Beweise zur Beurteilung einer Tatsache herangezogen werden, die so ernste Konsequenzen für die Volksgesundheit hat.

Die Frau war stets und ist noch heute ein dreifach belastetes Geschöpf. In erster Linie ist sie Mutter, dann Hausfrau und endlich Erwerbende. Auch die ledige Arbeiterin ist schwerer belastet als der Mann, der nach getaner Arbeit frei über seine Zeit verfügen kann. Diese doppelten Pflichten der Frauen sind die Hauptursache dessen, daß sie allen Organisationsbestrebungen schwerer zugänglich sind und in vielen Fällen den Verbänden nur vorübergehend angehören. Haushalts- und Mutterpflichten zwingen sie oft zu einer längeren Arbeitsunterbrechung. Deshalb besteht in der Organisation, deren Vorsitzende ich bin (bei den Buch- und Steindruckereihilfsarbeitern und -arbeiterinnen) seit vielen Jahren folgende Bestimmung:

»Weibliche Mitglieder, die ihrer Verheiratung oder Familienverhältnisse halber gezwungen sind ihre Beschäftigung zeitweise aufzugeben, können bei ordnungsgemäßer vorläufiger Abmeldung bis zu 1 Jahr von der Beitragsleistung befreit werden. Die Übernahme von Geschäften oder die Ausübung anderer gewerblicher Arbeiten berechtigt jedoch nicht zur vorläufigen Abmeldung.«

Ist nun in absehbarer Zeit eine merkliche Entlastung der erwerbenden Frau von der Hausarbeit möglich? Genosse Max Quarck sagt darüber:

»In Arbeiterinnen- und Frauenheimen, die sich allmählich zu kulturellen Mittelpunkten des Wohnens und Wirtschaftens für ledige Frauen umformen und die alten Pensionen wohlätig beeinflussen, entstehen technisch und ästhetisch höhere Formen des Hauses, die unter der Herrschaft des Einzelhaushalts undenkbar waren.«<sup>1)</sup>

Arbeiterinnenheime und auch eine ausgebaute Mutterschaftsversicherung werden indes kaum eine durchgreifende Entlastung bewirken. Besonders

<sup>1)</sup> Siehe Quarck Der sogenannte wahre Beruf der Frau, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte. Seite 144.

kann die Mutterschaftsversicherung, der im Interesse von Mutter und Kind gewiß die schnellste und weitestgehende Verbesserung zu wünschen ist, eine Hilfe nur für kurze Zeit darstellen. Kehrt die Frau aus der Entbindungsanstalt zurück, so bleibt ihr neben der Hausarbeit die Sorge für das kleine, noch vollständig hilfsbedürftige Kind. Nach den Ausführungen Quarcks sollen Kinderhorte und -heime für diese Kleinen sorgen. Ich füge hinzu: oder Angehörige der Familie. Sind diese vorhanden, so ist für Mutter und Kind die beste Lösung gefunden. Ein Kinderheim für so kleine Kinder wird die Frau nur dann aufsuchen, wenn wirklich ganz zwingende Gründe sie veranlassen Arbeit außerhalb des Hauses anzunehmen. Für jeden denkenden Menschen ist es selbstverständlich, daß eine durch die Tagesarbeit in der Fabrik abgespannte und ermüdete Frau nach Erledigung ihrer Hausarbeit und bei nicht einmal ungestörter Nachtruhe nicht mit frischen Kräften an ihre Erwerbsarbeit gehen kann. Wie schwer aber wird ihr erst der Entschluß fallen den festen Schlaf des kleinen Kindes in den frühen Morgenstunden zu stören, es anzukleiden und in ein Kinderheim zu bringen! Deshalb sucht die Frau, wenn sie hinzuverdienen muß, dies lieber durch Heimarbeit zu tun, bis sie das Kind in den Tagesstunden leichter anderen Händen anvertrauen kann. Das ist die Ursache, daß sich der Heimarbeit immer wieder neue billige Hände zur Verfügung stellen.

Ob die starke Heranziehung der Frauen und Mütter zur Kriegsarbeit die Schaffung besserer Einrichtungen zur Pflege und Beaufsichtigung auch kleinerer Kinder bei Tag und Nacht mit sich bringen wird, muß abgewartet werden. Anfänge sind vorhanden. In dem von dem Kriegsamt zur Organisation der Frauenarbeit aufgestellten Arbeitsplan finden wir folgendes:

Neben der Fürsorge für die Erhöhung der persönlichen Arbeitsfähigkeit der Frauen muß die Frauenarbeitszentrale Einrichtungen treffen, die dem Wohle der zu den Frauen gehörenden Familienmitglieder dienen und dazu beitragen die Arbeitswilligkeit zu erhöhen; Ausgestaltung von Pflegestellen, Krippen, Bewahranstalten, Kindergärten, Horten, Stillstuben, Mütter-, Säuglings-, Kleinkinderberatungsstellen usw., Einstellung von Haus-, Gemeinde-, Landpflegerinnen, Kreisfürsorgerinnen.

Was ich von dieser Arbeit erhoffe, habe ich bei der Besprechung dieses Arbeitsplans in unserm Verbandsorgan, der Solidarität, zusammengefaßt:

In dem Arbeitsplan des Kriegsammtes finden wir viele Fragen, die seit Jahrzehnten von den Gewerkschaften für die weiblichen Arbeitskräfte und für arbeitende Mütter gefordert wurden. Wir forderten es im Interesse der Gesundheit für die Arbeiterinnen und aus Rücksicht für Mutter und Kind, damit die erstere bald wieder gekräftigt und der Kindersterblichkeit ein Ziel gesetzt würde. Ganz langsam kamen wir in vieljähriger Arbeit, kaum schrittweise, vorwärts, wenn auch anerkannt werden soll, daß der Schutz der Wöchnerinnen und der Neugeborenen durch die Schaffung von Gesetzbestimmungen den Krankenkassen zur Pflicht gemacht wurde. In langsamem Aufstieg vollzieht sich hier der Schutz für die arbeitende Mutter und ihr Kind. Heute aber, wo die unter Ziffer 1 bis 5 gesteckten Aufgaben zu dem Hauptzweck in Angriff genommen werden die größtmögliche Erzeugung von Kriegsbedarf aller Art zu fördern, weil wir uns gegen eine Unzahl von Feinden wehren müssen, da strecken sich viele hilfsbereite und hilfsgewohnte Hände aus, die zur Erreichung dieser Mittel, die den obengenannten Zweck erfüllen sollen, helfen wollen und helfen werdep. Ob alles erreicht und geschaffen werden kann, ist fraglich. Aber an ernster fleißiger Arbeit wird es nicht fehlen, und wir als Frauen der arbeitenden Stände müssen an diesem Werke tätigen Anteil nehmen. Wir müssen bedenken, daß einmal Geschaffenes, das sich bewährt hat, nicht schnell wieder verschwindet, wenn wir mit daran arbeiten. Manche gute Erfahrung, die mit einzelnen zu schaffenden Einrichtungen sicherlich gemacht werden wird, kann dann auch für die Friedenszeit hinübergenommen werden. Darum ist dringend zu raten hierbei größte Mitarbeit zu leisten, denn dann erfüllen wir für die Gegenwart unsere Pflicht

und arbeiten gleichzeitig auch für die Zukunft. Die Gewerkschaftskartelle werden mitarbeiten, und von unseren Kolleginnen aller Orte erwarten wir rege Mitarbeit, wo sie dazu nur irgendwie in der Lage sind. Viele unserer Kolleginnen kennen aus Erfahrung die ewige Unruhe und Sorge um die zu Hause ohne genügende Aufsicht gelassenen Kinder. Die dreifache Last als Hausfrau, Mutter und Arbeitende hat unendlich viele Frauen schnell aufgebraucht und hat sie viel zu früh körperlich siech und zur Arbeit unbrauchbar gemacht. Jeder Ausweg, der sich zeigt, um den überlasteten arbeitenden Frauen Erleichterung zu schaffen, muß freudig benutzt werden, denn wir dienen damit der gesamten Arbeiterklasse.«<sup>2)</sup>

Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau, die auch Mutter ist, wird daher fast immer unter dem Eindruck der häuslichen Verhältnisse stehen, die ihr wenig Zeit lassen sich um Lohnregelung und andere Organisationsfragen zu kümmern, wie es in ihrem Interesse und dem ihrer Mitarbeiterinnen liegt. In unendlich vielen Fällen hat die verheiratete Frau in normalen Zeiten das Bestreben nur immer für eine bestimmte Zeit Arbeit anzunehmen. Sei es, um Anschaffungen für den Haushalt machen zu können, sei es, um den Mann zu entlasten. Sie hofft fast stets bei geregelter Arbeit und besserem Verdienst des Mannes wieder eine Ruhepause in der Erwerbsarbeit eintreten lassen zu können. Aber auch die ledige Arbeiterin der Gegenwart faßt selten ihre Arbeit als Lebensarbeit auf. Ihr Sehnen ist auf einen eigenen Hausstand gerichtet, und die Beispiele ihrer Umgebung sind ihr keine Lehren; denn jede erhofft für sich ein besseres Los. Ihre tätige Mitarbeit in der Organisation ist daher im allgemeinen selten oder von kurzer Dauer. Nur den Bestrebungen nach Lohnregelung bringt sie lebhaftes Interesse entgegen. Und das allein ist neben den Unterstützungseinrichtungen der Organisation ein Hauptmoment, um den im Erwerbsleben beständigern Teil der Frauen als Mitglieder zu gewinnen, zu belehren und festzuhalten.

Vom Schlafstellenunwesen bis zum Arbeiterinnenheim ist noch ein langer, fast unabsehbarer Weg. Auch hier spricht die geringe Entlohnung mit. Mit eine Ursache für diese geringe Entlohnung selbst für Arbeiten, die sonst in ganz gleicher Weise von Männern verrichtet werden, ist das Unstete der Frauenerwerbsarbeit, das durch die wechselnden wirtschaftlichen Verhältnisse ihres Familienkreises erzeugt wird, ebenso die Mutterschaft, die fast immer längere Arbeitsunterbrechungen bedingt. Ungleiche Entlohnung für Männer und Frauen findet sich selbst bei gleicher Arbeit Ungelernter. Der Mann gilt als Hauptnährer der Familie. Damit begründet der Unternehmer die Ungleichheit in der Lohnzahlung. Der Mann allein ist es, der in Staat und Gemeinde Stimmrecht und Wählbarkeit besitzt. Die Frau ist durch den stark entwickelten Industrialismus zur Mitarbeit im Erwerbsleben gedrängt worden, aber in Staat und Gemeinde ist sie rechtlos geblieben.

Die Gewerkschaften haben die Notwendigkeit einer Wandlung auch in diesem Punkt erkannt; das beweisen die Beschlüsse verschiedener Gewerkschaftskongresse, die das Frauenwahlrecht zu den Arbeiterversicherungskörperschaften verlangten. So beschloß der Dresdener Gewerkschaftskongreß /1911/ auf Antrag des Buchdruckereihilfsarbeiterverbands und des Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees:

»Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen, die die Frauen vom Schöffenamte und dadurch Arbeiterinnen und weibliche Angestellte von der Mitwirkung in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausschalten, sind Veranlassung auch in der Arbeiterversicherung (außer in der Krankenversicherung) den weiblichen Versicherten das

<sup>2)</sup> Siehe Organisation der Frauenarbeit durch das Kriegsamt, in der Solidarität vom 10. März 1917.

aktive und passive Wahlrecht zu versagen. Auch die Reichsversicherungsordnung, deren Begründung ausdrücklich die Ausdehnung des Frauenwahlrechts auf alle Versicherungsträger in Aussicht stellte und mit dem starken Vordringen der weiblichen Erwerbstätigkeit und mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung rechtfertigte, schaltet diese Möglichkeit wieder aus. Bei der großen Zahl der der Arbeiterversicherung gesetzlich unterstellten Arbeiterinnen, die durch die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Ausdehnung der Versicherungspflicht noch erhebliche Steigerung erfahren wird, ist die Beibehaltung der bisher geübten Praxis, die die Frauen von der Mitwirkung in den Ehrenämtern der Arbeiterversicherung ausschließt, eine krasse Ungerechtigkeit. Sie ist nicht zu verstehen nach der dem Entwurf beigegebenen Begründung, um so weniger, als die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse schon beim Reichsvereinsgesetz dazu geführt haben den Frauen größere politische Rechte zu gewähren. Die starke Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Erwerbsleben und die besonderen Bestimmungen für Frauen in den Arbeiterversicherungsgesetzen erfordern unbedingt die Mitwirkung der weiblichen Versicherten in der Rechtsprechung. Der Kongreß erneuert deshalb den schon 1908 gefaßten Beschluß bei allen Gesetzen auf die Gewährung gleicher Rechte für beide Geschlechter hinzuwirken und erwartet, daß die Regierung den Wünschen der Arbeiterschaft aus den von ihr selbst als notwendig erkannten Gründen in Zukunft Rechnung trägt.«

Es kann nicht meine Aufgabe sein die allgemeinen Vorwürfe gegen einzelne Gewerkschaften zurückzuweisen, die Quarck, der meines Erachtens von unrichtigen Voraussetzungen ausgeht, hier vorgebracht hat.) Das ist Sache der Beteiligten selbst. Ich möchte nur dazu bemerken, daß solche Anklagen um so mehr in Erstaunen setzen müssen, als Quarck ja an sich das Verständnis und die Leistungen der Gewerkschaften voll anerkennt. Erklärlich wäre seine Auffassung höchstens, wenn man annimmt, daß er nur von den Verhältnissen im Krieg ausgeht, ohne die mehr als 20jährige Arbeit der Gewerkschaften für die Frauenbewegung vor dem Krieg in Rechnung zu ziehen. Von diesem Standpunkt aber darf diese wichtige Frage nicht betrachtet werden, soll der Leser nicht zu falschen Schlüssen kommen. Wie schwierig die Beurteilung der so verschiedenartig gelagerten Verhältnisse ist, will ich am Beispiel unseres engern Berufs zeigen.

**D**AS Gewerbe der Buchdruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen gehört zu den ungelerten Berufen. Die Eigenart des Gewerbes erfordert eine Spezialisierung verschiedener, nach Arbeitsart und Leistungen zu unterscheidenden Gruppen. Für Deutschland besteht die folgende Gruppeneinteilung:

»A. MÄNNLICHES PERSONAL

Anleger an Schnellpressen;

Linksanleger erhalten . . . Mark mehr pro Woche;

Punktierer;

Anleger an Tiegeldruckpressen;

Bogenfänger;

Saalarbeiter;

Arbeiter im Alter von über 16 bis 18 Jahren;

" " " " 18 " 20 " ;

Abzieher;

Aufräumer;

Papierschneider und -zähler;

Formwäscher;

Gießler für Rundstereotypie;

Falzer beziehungsweise Einstecker im Zeitungsbetriebe;

Rotationsarbeiter, die an der Maschine beschäftigt sind.

<sup>2)</sup> Siehe Quarck *Gesundheitliche Wirkungen der Frauenberufsarbeit und Organisation und Lohnpolitik der Frauenberufsarbeit*, in den Sozialistischen Monatshefte, 1916 III, Seite 1308 ff., und in diesem Band. Seite 24 ff.

**B. WEIBLICHES PERSONAL**

Anlegerinnen an Schnellpressen;  
 Linksanlegerinnen erhalten ... Mark mehr pro Woche;

Punktiererinnen;  
 Anlegerinnen an Tiegeldruckpressen;  
 Bogenfängerinnen;

Falzerinnen beziehungsweise Einsteckerinnen im Zeitungsbetriebe;

ANMERKUNG: Die hier gegebenen Bezeichnungen für die einzelnen Arbeitergruppen gelten nur für geübte Arbeiter. Als geübte Arbeiter werden solche verstanden, die mindestens 1 Jahr in ihrem Berufe tätig waren; für diejenigen, die 6 Monate bis zu 1 Jahr tätig sind, gelten die um 10 % ermäßigten Sätze.«

Über die Lehrzeit einer bestimmten Gruppe sagt der § 9 der Allgemeinen Bestimmungen:

Die Lehrzeit für Anleger und Anlegerinnen beträgt 1 Jahr. Mit Hilfsarbeitern unter 16 Jahren können Lehrverträge bis zur Dauer von 2 Jahren abgeschlossen werden, die aber spätestens mit dem 17. Lebensjahre ablaufen müssen.«

Aus dieser Vereinbarung geht hervor, daß die Lehrzeit der Anleger und Anlegerinnen 1 Jahr beträgt. Beide, ob Männer oder Frauen, leisten die selbe Arbeit an den selben Maschinen. Nur sind die Anleger auch verpflichtet im Bedarfsfall die Druckwalzen herauszunehmen, zu reinigen und wieder einzusetzen, ebenso beim Tragen von Formen behilflich zu sein. Diese Arbeit braucht in Berlin von Anlegerinnen nicht verrichtet zu werden, wird aber in anderen Städten von Frauen, die nur als Hilfsarbeiterinnen für Saalarbeiten Verwendung finden, unterschiedslos gemacht.

Die noch zurzeit in Berlin bestehenden tariflichen Minimallöhne für die obenstehenden Gruppen sind folgende:

Männliches Hilfspersonal	Mindestlohn Mark
Anleger am Tage bis 19 Jahre	21,50
19 bis 20    "	23,75
über 20     "	28,00
nachts	36,00
Linksanleger 1 Mark pro Woche mehr	
Anlegerlehrlinge über 16 Jahre	18,25
Diese Lehrlinge erhalten je nach dem 1., 2. und 3. Lehrvierteljahre 75 Pfennig Zulage und nach Ablauf des Lehrjahres den vollen Normallohn.	
Punktierer nach Vereinbarung.	
Anleger am Tiegel	24,75
Bogenfänger bei Tage 16 bis 17 Jahre	16,50
über 17     "	17,75
nachts     unter 18   "	22,75
über 18    "	26,00
Saalarbeiter bei Tage bis 19	21,50
19 bis 20    "	23,75
über 20     "	28,00
nachts	34,00
Abzieher bei Tage	28,00
"     nachts	32,00
Gießer bei Tage	29,00
"     nachts	34,00
Falzer bei Tage	26,00
"     nachts	30,00
"     Schnürer 2 Mark pro Woche mehr.	
Rotationsarbeiter bei Tage	28,00
"     nachts	32,00



Weibliches Hilfspersonal	Mindestlohn Mark
Punktiererinnen	21,00
Anlegerinnen	20,00
Linksanlegerinnen 1 Mark pro Woche mehr.	
Tiegelanlegerinnen	19,25
Bogenfängerinnen	13,00
Stehend 0,50 Mark pro Woche mehr.	

Trotz vermehrter Arbeit im Betrieb während der Kriegszeit, und obwohl die Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände für Männer und Frauen die gleiche ist, war es doch nicht möglich wenigstens die Kriegsteuerungszulage in gleicher Höhe für Männer und Frauen festzusetzen. Die in diesem Punkt erzielten Vereinbarungen sind folgende:

Für das seit dem 1. Januar 1915 bei der selben Druckerei tätige Hilfspersonal wird die Gewährung nachstehender Teuerungszulagen von der Prinzipalität warm empfohlen:

Monatliche Zulage für

a) männliche Hilfsarbeiter:

Hilfsarbeiter mit Minimum	Hilfsarbeiter bis 2 Mark über Minimum	Hilfsarbeiter über 2 Mark über Minimum
verheiratet 17,50	13,50	13,00
ledig 12,50	10,00	8,00

b) weibliche Hilfsarbeiter:  
13,50 Mark.

Die Kinderzulage beträgt für jedes Kind unter 14 Jahren, wie bisher, 2 Mark.

Die Kriegsverhältnisse haben es dann ferner mit sich gebracht, daß für Arbeiten, die bis dahin nur von Männern verrichtet wurden, wegen des Mangels an männlichen Ersatzkräften, Frauen für Tag- und Nachtarbeit eingestellt wurden. Diesem Beschluß gingen eingehende Verhandlungen voraus, in denen auch die Lohnsätze für diese Kriegsarbeit vereinbart wurden. In unserm Verbandsorgan habe ich darüber wie folgt berichtet:

Die Kriegsverhältnisse sind die Ursache, daß am 20. Dezember 1916 in Berlin in gemeinsamer Verhandlung zwischen Prinzipalen und unseren Vertretern beschlossen wurde im Bedarfsfalle auch weibliche Hilfskräfte als Saalarbeiterinnen und Rotationsarbeiterinnen zu vermitteln. Ungern haben wir uns dieser Notwendigkeit gefügt, aber immer häufiger ist zu verzeichnen, daß die verlangten Arbeitskräfte dieser Gruppen durch Kollegen nicht gestellt werden können. Soweit der Arbeitsnachweis nicht in der Lage ist männliche Hilfskräfte zu vermitteln, sollen nunmehr Kolleginnen zu diesen Arbeiten herangezogen werden. Ehe aber eine so einschneidende Kriegsmaßnahme in Wirkung treten kann, mußten die Lohn- und Lehrzeitfragen geregelt werden, die mit unserer Gruppeneinteilung im engsten Zusammenhang stehen und für diese Ausnahmezeit auch von Bedeutung sind. . . Der Lohn beträgt:

a) für Berufskundige

Anfangslohn	20,00 Mark
nach 1 Monat	21,00 ..
nach 2 Monaten	22,00 ..
nach 3 Monaten	25,00 ..

b) für Berufsfremde erhöht sich der Anfangslohn von 20 Mark monatlich um je 1 Mark bis zum Endlohn von 25 Mark.

Bei Nachtarbeit erhöhen sich die betreffenden Lohnsätze für Saalarbeiterinnen um 6 Mark, für Arbeiterinnen an Rotationsmaschinen um 4 Mark.

In Anbetracht der geringern Entlohnung des weiblichen lernenden Personals sollen die Teuerungszulagen bereits nach 1 Monat gezahlt werden.

Wir bitten unsere Kolleginnen, die sich für diese Arbeit kräftig genug und geeignet halten, dem Arbeitsnachweiser davon Kenntnis zu geben, damit dieser im Bedarfsfalle in der Lage ist die angeforderten Kräfte zu vermitteln. Anlegerinnen werden

kaum in größerer Zahl in Frage kommen, denn unser Bestand an geübten tüchtigen Anlegerinnen ist nicht zu groß. Dagegen ist es erwünscht, wenn kräftige Bogenfängerinnen sich melden.«<sup>1)</sup>

Wie schon in normalen Zeiten die Löhne der Frauen für die gleiche Arbeit und Arbeitszeit niedriger sind als die der Männer, so wurden auch in unserm Gewerbe die Frauen bei ihrem Eintreten in die Männerarbeit während der Kriegszeit nicht ebenso wie die Männer bezahlt. Und doch gibt es im Buchdruckgewerbe Frauen, die für Männerarbeit tariflich garantierte Löhne erhalten. Die Buchdruckergehilfen haben in tariflichen Vereinbarungen festgelegt, daß, wenn Frauen unter Innehaltung der Lehrzeit das Gewerbe erlernen, sie die für die Gehilfen vereinbarten Löhne erhalten müssen. Diese Bestimmung war die Ursache, daß in Friedenszeiten nur solche Prinzipale Setzerinnen einstellten (von Einzelfällen abgesehen), die der Tarifgemeinschaft nicht angehörten. Der Krieg hat hier Wandel geschaffen. Das Tarifamt berichtet für das Jahr 1916, daß in 134 Orten 747 Handsetzerinnen ausgebildet werden. In 62 Orten erlernen 246 Frauen Maschinensatz, und in 24 Orten werden 238 weibliche Druckerinnen respektive Maschinenmeisterinnen ausgebildet. Eine Bekanntmachung des Tarifamts vom 4. November 1916 setzt die folgenden »Bedingungen für Einstellung und Beschäftigung weiblicher oder anderer ungelernter Personen« fest:

a) Bei Ausbildung und Beschäftigung im Handsatz oder bei anderen technischen Gehilfendienstleistungen: Während 13 Wochen ist dem Lernenden eine Mindestentschädigung von 15 Mark zu zahlen; dazu kommt der Lokalzuschlag nach § 12 des Tarifs; während weiteren 6 Wochen 20 Mark und der Lokalzuschlag; alsdann der Tariflohn des Gehilfen (§ 4) oder Berechnen nach dem Tausendpreis (§ 16 des Tarifs).

b) Im Maschinensatz: Während 13 Wochen 18,75 Mark und Lokalzuschlag; auf weitere 6 Wochen 25 Mark und Lokalzuschlag; alsdann der Tariflohn eines Maschinensetzers (§ 51) oder Berechnen nach Zehntausendpreis (§ 57 des Tarifs).« Hier ist also der Tariflohn den Frauen und den Ungelernten nach bestimmter Zeit garantiert, ohne daß diese etwas dazu zu tun brauchten. Es wäre voreilig über diesen Beschluß und seine Wirkung jetzt schon ein Urteil abgeben zu wollen; denn erst nach dem Krieg wird sich zeigen, ob die Prinzipale bei gleicher Lohnzahlung auch dann die Setzerinnen behalten, wenn genügend Gehilfen zur Arbeitsleistung zur Verfügung stehen. Weitergehende Schlüsse wären erst dann zu ziehen, wenn eine größere Anzahl von Frauen im Gewerbe verbleibt und die Erfahrungen der Kriegszeit veranlassen, daß fernerhin weibliche Lehrlinge mit 4jähriger Lehrzeit eingestellt werden. Wir, aber als die Hilfsarbeiter des selben Gewerbes können durch eine Gegenüberstellung der Kriegs- und der Friedenslöhne für Männer- und Frauenarbeit zeigen, daß nicht einmal von einem Ausgleich geredet werden kann, geschweige denn von einer Gleichstellung. Die Mindestlöhne in Friedenszeiten betragen für Anleger, je nach ihrem Alter 21,50 bis 28 Mark, für Anlegerinnen ohne Unterschied des Alters 20 Mark. Die Friedensmindestlöhne für Saalarbeiter betragen 21,25 bis 28 Mark (nachts 34 Mark), die Kriegslöhne für Saalarbeiterinnen 20 bis 25 Mark (nachts 31 Mark). Bei periodischen Arbeiten, die in einzelnen Städten im Frühjahr und Herbst einsetzen, ebenso in Zeitungsbetrieben ist die Wechselschicht zwischen Tag- und Nachtarbeit notwendig, und das bedingt die Beibehaltung der Männerarbeit, da für Frauen die Nachtarbeit in normalen Zeiten gesetzlich verboten ist. Der bei jeder Verhandlung von den Prinzipalen unseres Gewerbes aufgestellte

<sup>1)</sup> Siehe Erweiterung der Frauenerwerbsarbeit in Buchdruckereien, in der Solidarität vom 13. Januar 1917.

Grundsatz, daß der Mann als Hauptverdiener höher entlohnt werden müsse. konnte noch nicht erschüttert werden, so eifrig und unausgesetzt auch bisher an einem Ausgleich gearbeitet worden ist.

Wir haben eine gute Organisation, und die Frauen in unserm Verband betätigen sich zum Teil schon seit mehr als 20 Jahren in größerer Zahl an den verschiedenen Organisationsarbeiten und stehen auch an verantwortlichen Stellen. Die Tatsache, daß bei der Gründung unseres Verbandes im Juli 1898 die größte Zahlstelle nur aus Frauen bestand und von diesen selbst schon mehr als 6 Jahre vorher erfolgreich geleitet worden war, ist mit als Ursache anzusehen, daß eine Frau als Leiterin des Verbandes gewählt wurde, der sich aus Männern und Frauen zusammensetzt. In fast 20jähriger gemeinsamer Arbeit ist auch bis heute an dieser Leitung nichts geändert worden. Könnte also wirklich vor allem ändern eine von den männlichen Kollegen unterstützte Mitarbeit der Frauen in der Organisation eine Änderung des bisherigen Lohnsystems herbeiführen, so wäre bei uns für die Gruppe der Anleger und Anlegerinnen sicher schon der gleiche Lohn für gleiche Arbeit errungen worden. Aber die Hinderungsgründe liegen eben, wie ich schon erwähnte, in anderen Tatsachen; ihre Aufhebung kann nur schrittweise erfolgen, und die Gewerkschaften, die mit Frauenarbeit zu rechnen haben, arbeiten ununterbrochen daran.



QUARCK hat über den Mitgliederrückgang bei den Gewerkschaften während der Kriegszeit Vergleiche angestellt und hervorgehoben, daß 11 % der organisierten Frauen fahnenflüchtig wurden, dagegen 53 % der Männer als Ausgeschiedene gemeldet sind. Er zieht aber aus dieser Tatsache falsche Schlüsse. Er glaubt nämlich, daß die weiblichen Mitglieder damit eine größere Treue gegenüber dem Verband bewiesen haben als die männlichen. Das ist meiner Ansicht nach eine völlig irriige Auffassung. Von den 53 % der ausgeschiedenen Männer ist die übergroße Mehrzahl zum Kriegsdienst einberufen. Während der Kriegszeit aber ruhen die Rechte und Pflichten dieser Mitglieder, wie dies auch die meisten Verbände schon für die militärischen Übungen in Friedenszeiten in ihrem Statut festlegen. Alle Einberufenen haben sich durch Abgabe ihres Mitgliedsbuchs abgemeldet oder sonst durch eine schriftliche Mitteilung die Organisation benachrichtigt, daß sie eingezogen sind und demzufolge nicht weiter zahlen können. Diese eingezogenen Mitglieder werden nicht gestrichen, können aber auch aus kassentechnischen Gründen nicht als Mitglieder geführt werden, denn als solche gelten nur die, die Beiträge zahlen. Dennoch ist der Zusammenhang zwischen Einberufenen und Organisation aufrechterhalten worden. Verschiedene Verbände zahlten für längere Zeit Familienunterstützung, ebenso Weihnachtsunterstützung an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer. Anders bei den Frauen. Sie hatten keine Veranlassung, wenn sie in Arbeit standen, ihre Mitgliedschaft aufzugeben.

In einem Agitationsheftchen, das jetzt veröffentlicht wird, habe ich zu dieser, auch für uns nicht unwichtigen Frage folgendes ausgeführt:

»Unter den Zweiflern befanden sich in der überwiegenden Mehrzahl Kolleginnen. Sie glaubten ihr Geld in den folgenden Kriegsmonaten *sparen* zu müssen, weil viele von ihnen, die bisher Mätverdienerinnen waren, durch die plötzliche Einberufung des Mannes zur Hauptverdienerin wurden. Neue Pflichten traten zu den bisher er-

füllen, und es wurde und mußte gerechnet werden, wo gespart werden könne, damit die Gesundheit der Kinder, Wohnung und Haushalt aufrechterhalten werden konnten. Auch der Mann sollte vom geringern Einkommen der Frau noch öfter einen Beweis des Gedenkens, sei es durch Gebrauchsgegenstände oder durch Eßbares erhalten. Wir wollen auch gerecht sein und anerkennen, daß die Frauen, die gleich zu Kriegsbeginn den Mann hergeben mußten, die in vieler Beziehung schwerste und traurigste Zeit durchzumachen hatten. Viele der Kollegenfrauen, die auch unsere Kolleginnen sind, konnten das für des Mannes Ausrüstung Notwendigste (Decke, Unterzeug, Stiefel usw.) nicht vom ersparten Gelde kaufen, sie mußten den letzten Wochenlohn nehmen, um wenigstens das Notwendigste besorgen zu können, und blieben dann mit kummervollem Herzen und fast leeren Händen zurück. Schnell zwar, aber doch recht langsam für die plötzlich anschwellende große Zahl Hilfsbedürftiger, traten allorts die Hilfsvereine (Nationaler Frauendienst) in Tätigkeit. Aber ihre materielle Grundlage und noch mehr die rechtliche gestattete nur erst eine kleine Hilfe, denn mehr noch als Geld- oder Lebensmittelbeihilfen wurde Arbeit erbeten, und diese konnte damals nicht beschafft werden. Diese gerechte Würdigung der sehr verwickelten Verhältnisse, vor die eine Anzahl Frauen gestellt wurde, soll hier hervorgehoben werden. Denn unsere Kolleginnen sollen daran erkennen, daß wir nicht einfach über ihre damalige Fahnenflucht den Stab brechen und die Gründe, die dazu führten, in keiner Weise bedacht hätten. Wir haben ja alles miterlebt und nichts davon vergessen. Aber über alle Schmerzen und Sorgen, die uns dieser Krieg schon gleich in seinen Anfängen brachte, mußten wir doch an die Zukunft denken.«

Was hier gesagt ist, hat sich nach eingehender Prüfung der Verhältnisse als zutreffend erwiesen. Mehr und mehr erscheint es uns als eine unserer Hauptaufgaben die arbeitende Frau dahin zu führen, daß sie lerne über ihren engen Kreis hinauszusehen, Ursachen und Zusammenhänge der Erscheinungen richtig zu erfassen, über den Augenblick hinüber an die Zukunft zu denken und an der Besserstellung der Verhältnisse auch dann mitzuarbeiten, wenn diese Arbeit nicht bald rasche und sichtbare Erfolge bringt.

Wir wollen hoffen, daß die Kriegsarbeit dazu beitragen wird aus den Reihen der Frauen eine größere Zahl von Fechterinnen für ihre eigenen Rechte erstehen zu lassen. Die Gleichstellung der Frau in Beruf und Entlohnung wird nur dann erreicht werden, wenn es in gemeinsamer Arbeit gelungen sein wird ihre drückenden häuslichen Lasten zu erleichtern und ihre politische Rechtlosigkeit zu beseitigen.

## AUGUST ELLINGER · DIE EINWANDERUNG AUSLÄNDISCHER ARBEITER UND DIE GEWERKSCHAFTEN



FTER bereits hat die Einwanderung ausländischer Arbeiter die internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresse beschäftigt<sup>1)</sup>, ohne daß es zu einer die Arbeiter aller Länder restlos befriedigenden Entscheidung dieser Frage gekommen wäre. Anläufe zur Lösung dieses schwierigen Problems wurden zwar gemacht; sie blieben aber stets im Sand stecken.

<sup>1)</sup> Die Fragen und Tatsachen der Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind in den Sozialistischen Monatsheften in einer Reihe von Studien behandelt worden; genannt seien namentlich Schippel Die Konkurrenz der fremden Arbeitskräfte, 1906 II, Seite 736 ff., Ein- und Auswanderung und fremde Arbeiter, 1907 II, Seite 631 ff., Die Einwanderung farbiger Arbeiter, 1910 II, Seite 1006 ff., Japanische Einwanderung, Californien und die Vereinigten Staaten, 1913 II, Seite 648 ff., ferner Laukötter Das Verhältnis zwischen dem einheimischen und den fremden Arbeitern, 1904 II, Seite 801 ff., Untermann Praktisches zur Frage der Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte, 1911 I, Seite 60 ff., und Kleis Die ausländischen Arbeiter in Deutschland, 1916 I, Seite 325 ff.

Auf dem Kongreß zu Amsterdam /1904/ gingen die Meinungen der Delegierten der einzelnen Länder darüber noch so weit auseinander, daß man den Punkt schließlich von der Tagesordnung absetzte und sich vornahm die Frage auf dem nächsten Kongreß eingehend zu behandeln. Schon auf diesem Kongreß waren deutlich zwei Richtungen zu unterscheiden. Die eine forderte die unbedingte Solidarität der Arbeiter aller Länder und war deshalb für die unbeschränkte Zulassung der Einwanderung fremder Arbeiter, während die andere von dieser unbedingten Solidarität eine Schädigung der Arbeiter in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern fürchtete und darum die unbeschränkte Zuwanderung nicht dulden wollte. Beide Richtungen hatten dem Kongreß Resolutionen vorgelegt. Die Resolution der Kommissionsmehrheit erklärte den auswandernden Arbeiter als Opfer der kapitalistischen Herrschaft, die ihn zwingt das Vaterland zu verlassen, um mühsam sein Leben zu fristen oder seine Freiheit zu sichern. Von dieser Tatsache ausgehend verurteilte sie jede Gesetzesmaßregel, die die Auswanderung hindern oder fremde Auswanderer im Einwanderungsland ausschließen oder schlechter behandeln wollte als die Inländer. Dabei leugnete diese Resolution keineswegs die Gefahr, die der Zuzug schlechtbezahlter, gefügiger und arbeitswilliger Elemente für das Einwanderungsland bedeutet. Als Mittel gegen diese Gefahr empfahl sie die Aufklärung der einwandernden Arbeiter, und sie kritisierte »die kurzsichtige Politik zurückgebliebener Arbeiterorganisationen, die den Eingewanderten den Zutritt zu ihren Reihen versagen«. Die Resolution der Minderheit wollte zwar auch kein Einwanderungsverbot, aber sie wollte doch den Import von Kulis, Negern usw., der zu dem Zweck geschehe die eingeborenen Arbeiter niederzuhalten, mit allen Kräften bekämpfen.

Auf dem Kongreß zu Stuttgart /1907/ machten sich diese beiden Richtungen wieder bemerkbar, allerdings mehr in der Kommission als im Plenum. Schließlich einigte man sich aber auf eine Resolution, die ökonomische oder politische Ausnahmemäßigungen gegen die durch die Einwanderung entstehenden Gefahren für »fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär« erklärt, und die sich insbesondere gegen eine Beschränkung der Freizügigkeit und den Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen wendet. Dagegen verpflichtet die Resolution die organisierte Arbeiterschaft »sich gegen die im Gefolge des Massenimports unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren« und die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Zu diesem Zweck wurde das Verbot der Aus- und Einfuhr derjenigen Arbeiter empfohlen, »die einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie über ihre Löhne nimmt«. Ferner forderte man gesetzlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeitstages, Einführung von Minimallöhnen, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse, Abschaffung aller Beschränkungen, die bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Land und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitestgehende Erleichterung der Naturalisation. Den Gewerkschaften aller Länder machte man die Stabilisierung des uneingeschränkten Zutritts der einwandernden Arbeiter in die Gewerkschaften, die Erleichterung des Eintritts durch angemessene Eintrittsgelder, die Gewährung des unentgeltlichen Übertritts von einer Landesorganisation

in die andere und die Erstrebung internationaler Kartelle zur Durchführung dieser Grundsätze zur Pflicht. Die Gewerkschaften der Auswandererländer sollten außerdem die regste gewerkschaftliche Agitation treiben und die Arbeiter und die Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwandererländern belehren.

Die Resolution des Stuttgarter Kongresses ist eine Kompromißresolution und als solche nichts weniger als konsequent. Es ist deshalb nur natürlich, daß sie in keinem Land voll befriedigt hat, und daß keineswegs überall in ihrem Sinn gehandelt wurde. So hat die Zentralverwaltung des amerikanischen Maurerverbands in dessen Verbandsblatt *The Bricklayer and Mason* noch im vorigen Jahr erklärt, daß nach Artikel 11 der Verbandsverfassung niemand in diese Organisation aufgenommen werden dürfe, von dem nicht zuvor verbürgt sei, daß er Bürger der Vereinigten Staaten sei oder erklärt habe es zu werden. Wer als Ausländer die Mitgliedschaft trotzdem auf betrügerische Weise erlangt habe, der werde aus den Listen gestrichen und aller Rechte für verlustig erklärt. Daß auch englische Gewerkschaften den ausländischen Arbeitern die Erlangung der Mitgliedschaft immer stark erschwert haben, ist bekannt. Die deutschen Gewerkschaften haben sich umgekehrt ständig aufs äußerste bemüht die ausländischen Arbeiter in ihre Reihen zu bekommen. Leider hatten alle diese Bemühungen nur geringen Erfolg.

Seit Ausbruch des Krieges wird die Aus- und Einwandererfrage in fast allen europäischen Ländern eifrig diskutiert, und zwar sowohl von den Gewerkschaften wie von der weiteren Öffentlichkeit. Das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß man in einzelnen Ländern für die Zeit nach dem Krieg mit einer starken Arbeitslosigkeit rechnet und von einer schrankenlosen Zuwanderung ausländischer Arbeiter eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft, zum mindesten aber die Verhinderung des weitern Aufstiegs befürchtet. In einzelnen Ländern fühlen sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auch schon während des Krieges durch die Zuwanderung fremder Arbeiter beschwert; so die Franzosen durch die Zuwanderung aus Belgien, Spanien und Italien, die Engländer durch die Zuwanderung von Belgiern.

In Österreich hat sich die Öffentlichkeit in den letzten beiden Jahren sehr stark mit der Aus- und Einwanderung beschäftigt. Österreich-Ungarn ist bekanntlich das Land, das bis zum Krieg eine außerordentlich starke Auswanderung sowohl nach europäischen Ländern (besonders nach Deutschland) als auch nach Amerika hatte, während es selbst alljährlich von italienischen Maurern, Bau- und Ziegeleiarbeitern in großer Zahl überschwemmt wurde. Die Bemühungen der österreichischen Arbeiterorganisationen den Zustrom dieser meistens organisationsfeindlichen und auf einer niedrigeren Bildungsstufe stehenden Arbeiter zu hemmen und für die eigenen Landeskinder Arbeit und Brot zu schaffen blieben ohne Erfolg. Vom österreichischen Staat wurde die Einwanderung nicht nur nicht gehemmt sondern durch die Gewährung von Sonderzügen und Reisevergünstigungen sogar noch gefördert. So wurden die einheimischen Arbeitskräfte, besonders die Bauarbeiter in den Grenzgebieten, immer mehr von den Arbeitsplätzen verdrängt und vielfach selbst zur Auswanderung gezwungen. Nach Ausbruch

des Krieges sah man in Österreich ein, welche Gefahr durch diese Politik dem Staat erwachsen ist. Und nun begannen auf einmal Unternehmer und Behörden eifrig zu erwägen, wie man nach dem Krieg die fremden Arbeiter durch einheimische ersetzen könnte. Denn daß diese ersetzt werden müßten, darüber wurden sich immer weitere Kreise klar. Man fand, daß die ausländischen Arbeiter die Volkswirtschaft schwer geschädigt hätten, indem sie den größten Teil ihres verdienten Lohnes über die Grenzen schlepten, man sprach von den Spionen, die sich unter den italienischen Arbeitern und Bauunternehmern in Österreich befunden und die sich vor Ausbruch des Krieges rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben sollten, und man dachte natürlich auch an die Hunderttausende von Arbeitskräften, die man durch Ausländer hatte aus dem Vaterland vertreiben lassen, und die jetzt dem Land zu seiner Verteidigung fehlten. In dieser Not sah ein Teil der Unternehmer plötzlich ein, daß es in Zukunft notwendig sei durch Gewährung höherer Löhne und sogar von Stipendien aus dem Überfluß der vorhandenen einheimischen Arbeitskräfte den nötigen gewerblichen Nachwuchs heranzubilden. Das Blatt der österreichischen Bauarbeiter, die an der Einwanderung ganz besonders interessiert sind, erklärte bei dieser Gelegenheit, die österreichischen Bauarbeiter hätten nicht das geringste gegen die italienischen Bauarbeiter, aber sie wendeten sich dagegen, daß Italiener ohne jede sachliche Notwendigkeit dazu benutzt würden die heimische Arbeiterschaft zu verdrängen und um den notwendigen Lebensunterhalt zu bringen; das müsse in Zukunft ausgeschlossen sein. Seit einiger Zeit beschäftigt die Aus- und Einwandererfrage auch die österreichische Regierung. Was dabei herauskommt, ist allerdings noch nicht abzusehen.

Die französischen Gewerkschaften haben im Frühjahr 1916 auf einer Konferenz in Paris zur Einwandererfrage Stellung genommen. An der Konferenz nahmen auch Vertreter der Gewerkschaften Englands, Belgiens und Italiens teil. Welcher Art die Beschlüsse waren, die von der Konferenz gefaßt worden sind, ergibt sich aus den Leitsätzen, die der französische Gewerkschaftsbund als Wünsche der französischen Gewerkschaften an die französische Abgeordnetenkammer veröffentlicht hat. In diesen Leitsätzen werden zunächst einige ganz selbstverständliche Forderungen erhoben, so die, daß auch den ausländischen Arbeitern die tariflichen oder sonst ortsüblichen Löhne zu zahlen seien, daß Ausländer wegen ihrer gewerkschaftlichen Betätigung nicht ausgewiesen werden dürften sondern die volle Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung genießen sollten usw. Den Hauptpunkt der Leitsätze bildet aber das Verlangen nach einer gesetzlichen Regelung der Einwanderung. Arbeiter, so wird verlangt, sollen vom Ausland nur dann eingeführt werden dürfen, wenn dafür ein wirkliches Bedürfnis nachgewiesen ist. Zur Prüfung dieses Bedürfnisses wird die Einsetzung einer besondern staatlichen Kommission verlangt, die aus 6 Regierungsvertretern, den Vertretern der zentralen Arbeiter- und Unternehmerorganisationen und einem Vertreter des Zentralarbeitsnachweises bestehen soll. Die Kommission soll unter anderm das Recht haben die Höchstzahl der Einwanderer festzusetzen und die Anwerbsverträge nachzukontrollieren.

Diese Leitsätze sind von den Gewerkschaftsvertretern Englands, Belgiens und Italiens, die auf der Konferenz anwesend waren, gebilligt worden, und später hat die Gewerkschaftskonferenz der Entente-Länder in

Leeds ähnliche Beschlüsse gefaßt. »Die Arbeiterwanderungen«, so heißt es in dem Beschluß dieser Konferenz, »sind auf Grund der Arbeitsnachweise zu kontrollieren. Jedes Land soll einen besondern Ausschuß für Ein- und Auswanderung organisieren, in dem Vertreter der Regierung, der Unternehmer und der Arbeiter sitzen sollen. Die Werbung von Arbeitern in einem fremden Land ist nur gestattet, wenn die Ausschüsse der betreffenden Länder sich hiermit einverstanden erklären, und nachdem sie untersucht haben, ob und in welchem Umfang die Anwerbung den wirklichen Bedürfnissen einer Industrie oder einer Gegend entsprechen.«

So sehen wir, daß die Arbeiter der verschiedensten Länder Forderungen erheben, die über die Beschlüsse des Stuttgarter Sozialistenkongresses erheblich hinausgehen. Überall laufen diese Forderungen mehr oder weniger bestimmt auf eine gesetzliche Regelung der Einwanderung auf Grund der vorhandenen Bedürfnisse hinaus.

**F**ÜR Deutschland war die Heranziehung ausländischer Arbeiter in den letzten 1½ oder 2 Jahrzehnten vor dem Krieg eine wirtschaftliche Notwendigkeit. In stürmischer Entwicklung war das Reich in kurzer Zeit zu einem der gewaltigsten Industriestaaten geworden. Sein Bedarf an Arbeitskräften war damit enorm gestiegen. Während vor 3 Jahrzehnten noch Hunderttausende deutscher Arbeiter auswandern mußten, um sich in Amerika und anderen Ländern ihr Brot zu suchen, reichten schon vor der Jahrhundertwende die einheimischen Arbeiter zur Deckung des vorhandenen Bedarfs nicht mehr aus. Ein großer Teil der ländlichen Arbeiter strömte in die Städte und Industriezentren ab. Die Landwirtschaft mußte unter diesen Umständen die einheimischen Arbeiter immer mehr durch ausländische ersetzen. Aber auch Industrie, Handel und Gewerbe kamen mit dem vom Land kommenden Zuwachs an Arbeitskräften nicht aus und griffen immer stärker auf die Ausländer zurück. Es schien zeitweise, als ob der Arbeiterhunger der Industrie und der Landwirtschaft gar nicht zu stillen wäre. Schon im Jahr 1907 gab es in Deutschland unter den 19½ Millionen Erwerbstätigen rund 800 000 Ausländer, von denen 440 000 in Industrie und Gewerbe beschäftigt waren, während der verbleibende kleinere Teil auf die Landwirtschaft, auf Handel und Verkehr und auf andere Arbeiten und Dienste entfiel.

War somit die Heranziehung von ausländischen Arbeitern eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, so kann man doch nicht sagen, daß der Mangel an einheimischen Arbeitskräften die einzige Ursache ihrer Heranziehung gewesen sei. Denn es wurden ja auch in Zeiten, wo massenhaft einheimische Arbeiter arbeitslos auf der Straße lagen, große Scharen von Ausländern ins Land gezogen. Tatsächlich wurden die ausländischen Arbeiter in zahlreichen Fällen als Lohndrücker und in nicht wenigen Fällen auch als Kampfmittel gegen streikende Arbeiter benutzt. Die Unternehmer in Industrie und Gewerbe hatten sich in Zeiten des Arbeitermangels an die Beschäftigung von Ausländern gewöhnt und dabei gefunden, daß die ausländischen Arbeiter wesentlich bedürfnisloser und deshalb in ihren Ansprüchen erheblich bescheidener waren als die deutschen. Dazu kam noch, daß die Ausländer in ihrer großen Mehrheit dem Organisationsgedanken nicht zugänglich waren, daß man deshalb viel ungenierter mit ihnen umgehen konnte als mit



deutschen Arbeitern, zumal die Ausländer in Deutschland politisch völlig rechtlos waren und bei jeder Aufsässigkeit über die Grenze gejagt werden konnten.

So kam es, daß in Deutschland auch in Krisenzeiten große Massen von Ausländern beschäftigt wurden. Besonders war dies in schlechtbezahlten, schweren und schmutzigen Berufen der Fall, um die sich in guten Zeiten die anspruchsvolleren deutschen Arbeiter nicht drängten, und in denen deshalb auch die Gewerkschaften nur mühsam festen Fuß fassen konnten. An erster Stelle steht hier das Tiefbaugewerbe, das in den letzten Jahrzehnten immer mehr eine Domäne der Ausländer wurde. Gab es doch umfangreiche Bauarbeiten, selbst solche, die von Reich, Staat oder Gemeinden ausgeführt wurden, an denen deutsche Arbeiter überhaupt nicht beschäftigt wurden oder nicht arbeiten konnten, weil die Löhne so niedrig waren, daß sie für Deutsche nicht ausreichten. Aber auch im Hochbau, im Bergbau und im Ziegeleigewerbe war ein großer Prozentsatz Ausländer beschäftigt. Wo diese, die zumeist in größeren Kolonnen arbeiteten, einmal festen Fuß gefaßt hatten und das Arbeitsfeld beherrschten, da konnten sich die deutschen Arbeiter unter Umständen darauf gefaßt machen im eigenen Land von Ausländern planmäßig von der Arbeit ausgesperrt zu werden. So mußten beim Bau des Nordostseekanals Hunderte und Aberhunderte deutscher Arbeiter wochenlang das Straßenpflaster treten, weil man sie nicht in den ausländischen Arbeiterkolonnen dulden wollte, einesteils aus Konkurrenzneid und um möglichst viele Landsleute unterbringen zu können, andererseits aus Furcht, daß mit den deutschen Arbeitern der Organisationsgedanke auf den Arbeitsstellen Einzug halten, und daß man dann zum Beitragzahlen an die Gewerkschaften angehalten werden könnte. Ganz besonders schlimm waren die Verhältnisse für die Bauarbeiter im bayrischen Oberland und in anderen süddeutschen Grenzgebieten. In Extrazügen kamen die Italiener im Frühjahr jeden Jahres unter der Führung von Unternehmern und Akkordanten über die Grenze. Sie überfluteten das ganze Grenzgebiet und verdrängten die einheimischen Arbeitskräfte, die entweder fern von der Heimat und ihren Familien Arbeit suchen, auswandern oder den Unterstützungskassen der Gewerkschaften zur Last fallen mußten. Und diejenigen, die daheim blieben, hatten unter der Verständnislosigkeit und unter dem organisationsfeindlichen Treiben der Ausländer oft nicht minder schwer zu leiden. Die vorher von den Gewerkschaften hochgebrachten Löhne wurden herabgedrückt, die mühsam und unter großen Opfern verkürzte Arbeitszeit wieder verlängert, die eingeführten Arbeiterschutzbestimmungen wie die Tarifverträge völlig außer acht gelassen, und so die einheimische Arbeiterschaft aufs schwerste geschädigt.

Es versteht sich, daß all das die deutschen Arbeiter nicht gleichgültig ließ. Große Liebe für die Theorie der schrankenlosen Einwanderung ausländischer Arbeiter hat bei den deutschen Arbeitern niemals bestanden, wenigstens nicht bei denen, die unter der Einwanderung unmittelbar selbst zu leiden hatten. Trotzdem haben sich, als die internationalen Kongresse gesprochen hatten, die deutschen Gewerkschaften lebhaft bemüht den gefaßten Beschlüssen-Rechnung zu tragen und sie in die Tat umzusetzen. Wohl in keinem andern Land ist von den Gewerkschaften so viel geschehen, um die Einwanderer aufzuklären, sie mit sozialistischem Geist zu erfüllen und

den Gewerkschaften zuzuführen, wie in Deutschland. Die deutschen Gewerkschaften gaben eine besondere italienische Zeitung heraus und lieferten ihren polnischen, holländischen und tschechischen Mitgliedern Blätter in deren Landessprachen. Der Deutsche Bauarbeiterverband gründete 2 Sekretariate mit italienischsprechenden Angestellten; er schickte auf seine Kosten mehrere sprachbegabte Mitglieder nach Italien, um sie die Landessprache erlernen zu lassen und sie zur Agitation unter den Italienern verwenden zu können; er unterstützte verschiedene ausländische Organisationen jahrelang mit Geldmitteln, um ihnen die Agitation und die Werbearbeit zu ermöglichen und sie selber zu Macht und Einfluß zu bringen; er organisierte (zuletzt gemeinsam mit einigen ausländischen Organisationen) alljährlich in den Auswanderergebieten Italiens eine umfangreiche Winteragitation; kurz, es geschah alles, was geschehen konnte, um die nach Deutschland kommenden ausländischen Arbeiter zu organisieren. Der Verband tat das ebensowohl im Interesse der Einwanderer wie der deutschen Arbeiter und in seinem eigenen Interesse. Das Ergebnis war geradezu kläglich, wenigstens soweit die italienischen Einwanderer in Frage kamen. Von den 125- bis 150 000 italienischen Arbeitern, die in den einzelnen Jahren in Deutschland waren, sind niemals mehr als 10 000 organisiert gewesen. Bei den anderen Einwanderern, abgesehen von den Skandinaven (die nur einzeln und fast ausnahmslos organisiert zu uns kommen und über die sich die deutschen Arbeiter niemals zu beklagen hatten) und den Ungarn, Deutschen und Tschechen aus Österreich, war das Verhältnis nicht viel besser.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sich in den Arbeitergruppen, die von der Einwanderung am meisten betroffen wurden, eine immer stärker werdende Unzufriedenheit mit der bisherigen Methode der Ausländerbehandlung durch die Gewerkschaften bemerkbar machte. Die Opposition ging von den Bauarbeitern aus, und zwar nicht erst während des Krieges sondern schon Jahre zuvor. Sie richtete sich ganz besonders gegen die rücksichtsvolle Behandlung der Italiener und trat nach außen nur deshalb nicht stark in die Erscheinung, weil die leitenden Verbandsinstanzen und die Verbandszeitung diesen Stimmen mit Rücksicht auf die ausländischen Verbandsmitglieder entgegenwirkten. Als dann nach Kriegsausbruch die Italiener, die vorher organisiert gewesen waren, bis auf einen geringen Rest ebenfalls noch fahnenflüchtig wurden und die italienischen Gewerkschaften die deutschen wegen ihrer Haltung im Krieg heftig angriffen, lag zu solcher Rücksicht kein Grund mehr vor. Und nun begann im Verbandsblatt der Bauarbeiter eine monatelang andauernde Diskussion, in der der lange zurückgehaltene Groll gegen die alte und unfruchtbare Methode der Ausländer-, insbesondere der Italienerbehandlung zum Ausdruck kam. Es wurde gefordert, daß man diese Methode endlich aufgeben und den unorganisierten Ausländern rücksichtslos entgegentrete. Im übrigen wurde den Gewerkschaften eine rein deutsche Arbeiterpolitik empfohlen. Vor allem ändern müßten die Interessen der deutschen Arbeiter gewahrt werden. Solange in Zukunft noch deutsche Arbeiter in größerer Zahl arbeitslos seien, dürften keine ausländischen Arbeiter eingestellt werden. Zur Erreichung dieses Zwecks wurden gesetzliche und tarifvertragliche Sicherungen verlangt, wobei die Kritiker im wesentlichen zu den gleichen Vorschlägen kamen wie sie etwa zur selben Zeit von den französischen

Gewerkschaften und später von der Konferenz in Leeds gemacht worden sind. Inzwischen hat sich auch eine Reihe anderer Gewerkschaftsblätter mit der Einwandererfrage beschäftigt, darunter das Korrespondenzblatt der Generalkommission, das ebenfalls für eine Regelung der Arbeitereinwanderung eingetreten ist.<sup>2)</sup>

Es ist im In- und Ausland, besonders in Italien, versucht worden die Diskussion über die Einwandererfrage in Deutschland aus einer angeblichen Kriegspsychose zu erklären und sie als die Folge nationalistischer Verrantheit hinzustellen. Das ist ganz irrig. Die Ursachen dieser Diskussion sind, wie schon betont, in der Schädigung der deutschen Arbeiter durch die unregelte Einwanderung und in dem mangelhaften Erfolg der alten Organisationsmethoden zu erblicken. Schon die Tatsache, daß die Einwandererfrage gleichzeitig von den Gewerkschaften der verschiedensten Länder diskutiert worden ist, und daß man im wesentlichen überall zu den gleichen Ergebnissen und Forderungen kam, zeigt zur Genüge, daß es sich hier um ein wirtschaftlich-soziales Problem handelt, das überall gebieterisch nach einer Lösung verlangt. In der Tat ist nicht einzusehen, warum sich die Arbeiter aller Länder nicht für eine Regelung der Arbeiteraus- und -einwanderung erklären sollten. Die Erhaltung der Planlosigkeit, wie sie heute in der kapitalistischen Wirtschaft besteht, kann ja nicht unsere Aufgabe sein. Wir erstreben vielmehr an Stelle des kapitalistischen Wirrwarrs und des ungezügelten freien Spiels der Kräfte eine gesellschaftliche Regelung auf Grund der vorhandenen Bedürfnisse. Als einen Teil dieser allgemeinen gesellschaftlichen Regelung darf man die Regelung der Arbeitsvermittlung ansehen, die ja von uns seit langem gefordert wird. Man kann aber nicht die Arbeitslosigkeit durch gesetzliche Einrichtungen im Land bekämpfen, die vorhandenen Arbeitslosen aus Mitteln der Allgemeinheit unterstützen und gleichzeitig durch schrankenlose Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte die Arbeitslosigkeit im Land vermehren wollen. Schon heute haben die Gewerkschaften, soweit sie Arbeitslosenunterstützung zahlen, an der Regelung der Arbeitsvermittlung und an der Verminderung der Arbeitslosenzahlen das größte Interesse. Das gleiche gilt für jene Gemeinden, die einen Zuschuß zu der gewerkschaftlichen Unterstützung zahlen oder die ihre Arbeitslosen auf andere Weise unterstützen. Und das gleiche wird für Staat und Reich gelten, sobald die Arbeitslosenversicherung allgemein durchgeführt ist.

Die deutschen Gewerkschaften müssen also meines Erachtens die Regelung der Arbeitereinwanderung auf Grund der vorhandenen Bedürfnisse verlangen. Das entspricht zwar nicht dem Wortlaut der Stuttgarter Resolution, aber es entspricht dem, was nach Lage der Verhältnisse notwendig ist. Und die praktische Notwendigkeit, nicht aber die papierene Resolution, muß für eine Bewegung wie die unsrige entscheidend sein. Dabei ist es selbstverständlich, daß die deutschen Gewerkschaften die Organisierung der fremden Arbeiter nach wie vor eifrig betreiben müssen; denn in dieser Beziehung kann für sie die Praxis der amerikanischen und der englischen Gewerkschaften auch in Zukunft nicht vorbildlich sein.

2) Über die Diskussion der Ausländerfrage in der deutschen Gewerkschaftspresse siehe die Rundschau Gewerkschaftsbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften, 1916 II, Seite 858 f., 1916 III, Seite 1274 ff. und in diesem Band, Seite 96.

# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

**Handelstreibeit** Über die Stellung des Handels in der Volkswirtschaft haben während des Krieges die in öffentlichen Diskussionen geäußerten Anschauungen allzu jäh gewechselt. Zuerst gewann eine ausgesprochene handelsfeindliche Auffassung die Oberhand, ziemlich wahllos glaubte man den ganzen Handel als *wucherisch* und *wirtschaftlich überflüssig* abtun zu können, nachdem sich die ersten Erscheinungen der Preistreiberei gezeigt hatten, und die Periode der kriegswirtschaftlichen Tätigkeit durch Errichtung von Zentralstellen begann. Mit der wachsenden Enttäuschung darüber, daß unsere Kriegswirtschaft nicht Wunder vollbrachte, wuchs zwar nur verhältnismäßig wenig die Erkenntnis von der Unmöglichkeit durch den reinen Verordnungs willen lebenskräftige Organisationsgebilde erstehen zu lassen, die ihren Aufgaben gewachsen wären. Um so lauter aber verkündeten die selben Kreise, die den Handel verdammt hatten, durch seine Wiedereinsetzung in den alten Stand würde das Allheil mittel gewonnen sein, würde ausreichende und gut funktionierende Versorgung des Volkes mit den notwendigen Lebensmitteln und anderen Gebrauchsartikeln geschaffen. In den Sozialistischen Monatshäften ist, wie auf den anderen Gebieten, so auch auf diesem das Umlernen nicht nötig gewesen; hier hat man das Wesen und die Bedeutung des Handels schon zu Beginn des Krieges nicht verkannt, braucht also jetzt nicht in den Fehler zu verfallen ihm Wunderkräfte anzudichten. »So entschieden immer die Vorgänge an den Nahrungs- und Futtermittelmärkten zu bekämpfen sind«, schrieb ich am 13. Mai 1915 (in dem Artikel Forderungen nationaler Selbsterhaltung, in den Sozialistischen Monatshäften, 1915 I, Seite 433 f.), »so irrig und ungerecht wäre eine bedingungslose Verurteilung des Handels, der seinen besonderen Gesetzen folgt, und dessen Träger gerade so sittlich und unsittlich denken und handeln wie Landwirte, Industrielle und Angehörige anderer Erwerbsgruppen auch. Will man Exzessen des Handels vorbeugen, dann muß man eben die Einrichtungen schaffen, die ihn hindern un-

recht zu tun. Töricht, auch gefährlich ist die oft nur aus Unbedacht genährte Meinung, daß der Handel als solcher parasitär sei, und subaltern ist es wegwerfend von einem *Händlergeist* zu sprechen. Wer Weltwirtschaft treiben will, kann den Händlergeist am wenigsten entbehren; in ihm steckt der stärkste Antrieb auch zur Schifffahrt, zur Kolonisation; ihn unterdrücken, das wäre der Verzicht auf weltwirtschaftliche Entwicklung. Also eine Verken nung der Bedeutung des Handels liegt mir gewiß fern. Nichtsdestoweniger müssen wir die Ausschaltung des Handels oder zum mindesten eine weitgehende Eindämmung seiner Mitwirkung bei der Nahrungsmittelversorgung fordern, die zu sichern Grundbedingung der Selbsterhaltung eines Volkes ist, und die als öffentlicher Dienst von dem Getriebe der Spekulation fernzuhalten ist.« Aus der Spekulationstätigkeit des Handels, deren Ausschaltung allein in der Lebensmittelversorgung von mir gefordert wurde, mußten sich Mißstände ergeben, die unter allen Umständen Gegenmaßnahmen erforderten. Aber die mannigfachen Kriegsorganisationen litten unter den Mängeln, die allen Organisationen dieser Art mehr oder weniger anhaften müssen, eben weil sie Kunstprodukte sind. Leider ist der Weg der organischen Verbindung zwischen den Produzentenorganisationen und den Konsumentenverbänden nicht oder nur sehr spät und auch dann nur auf kleinen Gebieten beschritten worden; nur in der Durchführung dieses Systems hätte man zu einer wirklichen Organisation gelangen können. Organisation ist Ausbau vorhandener Kräfte, die in natürliche Verbindung zu einander gebracht werden müssen; Verfügungen können sie nicht ersetzen, sie kann nur das Werk lebendiger Arbeit sein, die leider in Friedenszeiten gerade hier schwer vernachlässigt worden ist. Alte Unterlassungssünden haben sich im Krieg bitter gerächt. Diese Einsicht wird jetzt wieder durch die nicht selten aus agitatorischen Gründen erhobene Forderung nach der unbeschränkten Tätigkeit des freien Handels verdunkelt und verdrängt. Herrschte denn wirklich vor dem Krieg in Deutschland auf den wichtigsten Märkten der freie Handel? Keineswegs. Wir brauchen nur an die Entwicklung zu denken, die die Kar-

telle, Syndikate und Konventionen auf dem entscheidenden Wirtschaftsgebieten genommen haben, um uns zu erinnern, daß die Handelsfreiheit vielfach längst der Vergangenheit angehörte. Durch das Kohlsyndikat, den Stahlwerksverband und zahlreiche Produzentenorganisationen ähnlicher Art ist der Handel völlig geordnet worden, seine Einkaufs- und Verkaufspreise wurden ihm ebenso vorgeschrieben wie seine Absatzgebiete und seine sonstigen Arbeitsbedingungen. Gewiß hat auch diese Gestaltung sich nicht ohne Widerstände herausgebildet, aber sie entwickelte sich zum Vorteil sowohl der Erzeuger wie der Verbraucher, und nicht zuletzt profitierten davon die Handelsfirmen, die sich denn zumeist auch recht bald mit den neuen Formen abfanden. Dabei wird man der Arbeit der Kartelle, Syndikate und Konventionen nicht gerecht werden, wenn man nur mechanisch die Preise vergleicht, die vor ihrer Existenz bestanden und sich während ihrer Herrschaft einstellten. Sie brachten Sicherung der Produktionsgrundlagen und Gleichmäßigkeit des Betriebs, Errungenschaften, die den Verbrauchern und dem Handel, kurz dem gesamten Wirtschaftsleben zugute kamen. Durch die korporative Tätigkeit ist zugleich die Solidität des Verkehrs in erfreulicher Weise gewachsen.

Ausschaltung der Spekulationstätigkeit des Handels in der Lebensmittelversorgung bedeutet deshalb nicht Ausschaltung der Handelstätigkeit sondern lediglich Einordnung der Handelstätigkeit in den Rahmen der der Produktion gestellten Aufgaben, die sich aus der Sicherung der Versorgung ergeben. Gern konstatiere ich, daß die Handelskammer in Aachen diese Zusammenhänge erkannt hat und die nötigen Konsequenzen daraus gezogen wissen will. Im November 1916 richtete sie eine Eingabe an den Handelsminister, in der sie unter anderem ausführte: »Hätten nicht die Regierungen durch die vorhandenen Organe der Handelskammern darauf dringen können, daß die Firmen des Großhandels, soweit sie vor Kriegsausbruch bestanden, zu Genossenschaften zusammengefaßt worden wären? Diesen Genossenschaften hätte man die vorhandenen beziehungsweise noch aus dem Ausland einzuführenden Lebensmittel zum Weiterverkauf übergeben müssen, unter Begrenzung des Gewinnaufschlags für den Großhandel auf eine mäßige, auskömmliche Höhe, wobei die

Genossenschaften durch Stellung von Sicherheiten dafür einzutreten hätten, daß keins ihrer Mitglieder unerlaubte Gewinne für sich einsteckte. Eine ähnliche Organisation hätte dann auch für den Kleinhandel eingerichtet werden müssen. Die Verbraucher ihrerseits wären durch die Kommunalbehörden in der Art, wie es auch jetzt geschehen ist, mit Anweisungen auf die ihnen zustehenden Mengen an Lebensmitteln zu versehen, sei es durch Karten, sei es durch Lebensmittelbücher. Jedem Verbraucher hätte es dann freigestellt werden können seinen Bedarf durch Abgabe der entsprechenden Abschnitte da zu decken, wo er wollte, ebenso wie es dann auch dem Kleinhändler freigestanden hätte seinen Bedarf bei demjenigen Großhändler zu decken, der ihm genehm war.«

Was für die Stellung des Handels auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung im Krieg gilt, behält seine Bedeutung auch in Friedenszeiten. Was der Handel aber erst durch Zusammenschluß erstreben soll, könnten die vorhandenen Genossenschaften der Produzenten und Verbraucher durch planmäßiges Zusammenarbeiten noch besser und schneller erreichen. Die organische Verbindung der Landwirtschaft mit den Verbrauchern gibt den starken Unterbau für eine geregelte Lebensmittelversorgung.

**Zusammenlegung** Entsprechend den Absichten des Hilfsdienstgesetzes ist durch eine Verordnung des Bundesrats vom 17. März 1917 die Zusammenlegung von Schuhfabriken in die Wege geleitet worden. Die Verordnung ermächtigt den Reichskanzler die Hersteller von Schuwaren jeder Art, soweit sie bereits vor dem 1. August 1914 Schuwaren hergestellt haben, auch ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Herstellung und der Absatz nach Maßgabe der verfügbaren Rohstoffe und der volkswirtschaftlichen Bedürfnisse obliegt. Ausgenommen sind Heeresbetriebe und Marinebetriebe sowie handwerksmäßige Betriebe. Von den dem Zwangssyndikat angehörenden Betrieben wird ein Teil stillgelegt, der Rest weiter beschäftigt. Damit die Konkurrenzverhältnisse nicht für später zugunsten der weiter arbeitenden Betriebe beeinflußt werden, sollen die Schuwaren keine Marke oder Bezeichnung der herstellenden Firma tragen dürfen und lediglich durch Syndikate

abgesetzt werden; ein Verkehr des einzelnen, weiter arbeitenden Betriebs mit Handel und Privatkunden findet nicht mehr statt. Der Gesamtgewinn wird auf die in dem Bezirk des Syndikats ansässigen Schuhwarenhersteller, ohne Rücksicht, ob sie weiter arbeiten oder nicht, proportional ihrer Produktion in der Zeit vom 1. Juli 1913 bis zum 30. Juni 1914 verteilt werden. Als Syndikatszentrale wird ein Überwachungsausschuß der Schuhindustrie gebildet. Er besteht aus einem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und mindestens 25 Mitgliedern, die sämtlich vom Reichskanzler ernannt werden. Ein besonderer Vertreter des Reichskanzlers besitzt das Recht des Einspruchs gegen Beschlüsse des Ausschusses. Die Interessen des Schuhhandels und der Verbraucher werden durch einen, aus 7 vom Reichskanzler ernannten Mitgliedern zusammengesetzten Beirat vertreten. Für Streitigkeiten innerhalb der Syndikatsorganisation und zwischen Syndikaten und Abnehmern soll die gerichtliche Entscheidung stets durch eine schiedsgerichtliche ersetzt werden.

Bei der Knappheit an Leder für den Zivilbedarf wird sich die Zusammenlegung der Fabriken nicht nur volkswirtschaftlich und im Interesse der Landesverteidigung als zweckmäßig erweisen, die Zwangssyndizierung wird auch für die beteiligten Unternehmungen privatwirtschaftlich von Vorteil sein.

#### Banken

Die Mehrzahl der deutschen Großbanken ist für 1916 zu ihren Friedensdividenden zurückgekehrt, nachdem für 1914 aus den damals selbstverständlich gebotenen Gründen der Vorsicht allgemein Dividendenreduktionen erfolgt waren. Schon für 1915 sind Erhöhungen gegen das Vorjahr vorgenommen worden. Aus allen Abschlüssen tritt die starke Zunahme der fremden Gelder hervor, sie betragen bei der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, der Dresdner Bank, der Darmstädter Bank, der Berliner Handelsgesellschaft, der Kommerz- und Diskontobank, der Nationalbank für Deutschland und der Mitteldeutschen Kreditbank zusammen 9393 Millionen Mark, gegen 6854 und 5319 Millionen Mark in den beiden Vorjahren. Darin äußert sich die Mobilisierung der Industrie und des Handels in der Kriegszeit; Vorräte aller Art sind flüssig geworden.

Während die Großbanken in früheren

Jahren zur Aufnahme von Banken und Bankgeschäften schritten, die vornehmlich im Westen Deutschlands ihren Sitz hatten, steht neuerdings der Konzentrationsprozeß im Zeichen der Angliederung von Banken im östlichen Deutschland. Die Deutsche Bank nahm kürzlich den Schlesischen Bankverein, mit dem sie schon seit längerer Zeit in enger Verbindung stand, und die Norddeutsche Kreditanstalt auf. Diesem Zug nach dem Osten folgte die Berliner Handelsgesellschaft, die ihrem Interessenskreis die Danziger Privatbank eingliedert. Schließlich nimmt die Berliner Diskontogesellschaft die Königsberger Vereinsbank auf, deren Niederlassungen in Königsberg und Tilsit als Filialen der Diskontogesellschaft fortgeführt werden; außerdem werden neue Zweigniederlassungen in Danzig, Stettin und Posen errichtet. Den Anreiz zu einer verstärkten Tätigkeit in den östlichen Gebieten des Reichs gibt den Großbanken offenbar die Erwartung einer wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des nichtindustrialisierten Ostens in der deutschen Volkswirtschaft. Daß man dabei mit politischen Veränderungen, Grenzverschiebungen usw. rechnet, ist sicher nicht anzunehmen; dazu dürfte der Sinn für Realitäten und für politische Zweckmäßigkeit doch zu stark entwickelt sein. Nicht unwahrscheinlich ist, daß die schnelle Aufeinanderfolge der östlichen Orientierung der verschiedenen Bankgruppen, wenigstens zu einem Teil, auch auf Konkurrenzgründe zurückzuführen ist; jedes Institut strebt danach den Vorsprung eines andern auszugleichen.

Eine weitere Annäherung deutscher und österreichisch-ungarischer Banken vollzog sich durch das Abkommen der Österreichischen Kreditanstalt und der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank mit der Direktion der Diskontogesellschaft in Berlin. Man plant ein engeres Zusammengehen der österreichisch-ungarischen Banken mit der zum Konzern der Diskontogesellschaft gehörenden Brasilianischen Bank für Deutschland und der gleichfalls von der Diskontogesellschaft gegründeten Bank für Chile, aus der Erwägung heraus, daß die Rohstoffbeschaffung nach dem Krieg eine innigere Fühlungnahme zwischen Österreich-Ungarn und Südamerika als angebracht erscheinen läßt. Vor einem halben Jahr sind die selben österreichisch-ungarischen Banken in das Konsortium der Deutschen Orientbank ein-

getreten. Mit Recht wird dieses Vorgehen als ein Stück mitteleuropäischer Bankenpolitik angesehen. Es entspringt der Erkenntnis, daß für die Erfüllung weltwirtschaftlicher Aufgaben durch die Gemeinschaftsarbeit Deutschlands mit Österreich-Ungarn ein fruchtbarer Boden geschaffen wird.

**Binnenschifffahrt** Wie die Seeschifffahrt bekundet auch die Binnenschifffahrt schon seit langem starke Fusionstendenzen. Besonders in der Rheinschifffahrt hat die Verschmelzung sehr erhebliche Fortschritte gemacht; der Krieg hat diese Entwicklung nicht zu hemmen vermocht, vielleicht eher noch gefördert. Es wurden große Konzerne gebildet, die den Staatsverwaltungen von Preußen, Baden und Bayern nahestehen. Dann haben vor allem die Zechen ihre Rheinschifffahrtsinteressen kräftig erweitert. Auch die Schifffahrt auf den anderen Flußläufen zeigt sehr lebhafter Konzentrationsbestrebungen, die in verschiedenster Gestalt verwirklicht werden. Vor einigen Monaten kamen Vereinbarungen der in der Elbschifffahrt tätigen Firmen zustande; es wurden unter anderm Mindestfrachtsätze festgesetzt. Außerdem schweben Verhandlungen der so verbündeten Elbschifffahrtfirmen mit den Interessenten der Havel- und Spreeschifffahrt.

Auch in Form der völligen Vereinigung wird der Konzentrationsprozeß in der Binnenschifffahrt wieder eine Erweiterung erfahren: Die Schlesische Dampferkompanie nimmt die Aktiengesellschaft Berliner Lloyd auf. Das Berliner Unternehmen besaß Anfang 1916 neben anderen Dampfern und 61 eisernen Frachtkähnen 34 Eilfrachtdampfer, mit denen vor allem zwischen Hamburg und Berlin ein regelmäßiger Eildienst betrieben wurde. Die Schlesische Dampferkompanie verfügte über 55 Schleppdampfer und 190 eiserne Kähne, sie war trotz ihrem größeren Umfang aber im Eilfrachtdienst dem Berliner Lloyd unterlegen. Von der Vereinigung wird nicht nur eine Stärkung der Konkurrenzfähigkeit sondern auch eine Betriebsverbilligung durch Zusammenlegen der Ladeplätze usw. erwartet. Eine weitere Bedeutung kommt dieser Fusion dadurch zu, daß die Hamburg-Amerika-Linie ihre Direktoren Ballin und Huldermann in den Aufsichtsrat der Schlesischen Dampferkompanie entsenden wird (bisher war die

Hamburg-Amerika-Linie durch einen ihrer Prokuristen in dem Aufsichtsrat des Berliner Lloyds vertreten). Die Politik der Hamburg-Amerika-Linie Kontrolle über Binnenschifffahrtsunternehmen zu gewinnen erklärt sich schon aus dem Verlangen die von der Binnenschifffahrt beförderten und nach dem Ausland bestimmten Güter für ihre Seeschifffahrtslinien zu sichern.

**Kurze Chronik** Die Reichsbank hat im Jahr 1916 einen Gesamtgewinn von 325 609 600 Mark erzielt, gegen 273 144 929 Mark im Jahr 1915. An das Reich wurden insgesamt 190 291 181 Mark abgeführt. Die Aktionäre erhielten eine Gesamtdividende von 8,68 %. Der Gesamtumsatz stieg auf 1 257 331 402 500 Mark. Zum erstenmal wohl in der Bankgeschichte überhaupt hat der Jahresumsatz einer einzigen Bank die Höhe einer Billion erreicht und sogar wesentlich überschritten. ◊ Von den preussischen Staatsbahnen waren 1914 insgesamt 1500 Lokomotiven bestellt worden, von denen indessen nur 1260 geliefert werden konnten; 1915 kamen 1711 zur Ablieferung, 1916 insgesamt 1658, und für 1917 sind 1854 in Aussicht genommen, das heißt so viel wie die Anstalten überhaupt fertigzustellen vermögen; daneben sollen 31 000 Güterwagen gebaut werden. Die Preise sind gegen den Frieden bei Wagen um 80 %, bei Lokomotiven um 51 % gestiegen. ◊ Für die Kriegsgewinnsteuer hat die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik ausschließlich der diesjährigen Zuweisung von 10 Millionen Mark 20 Millionen Mark zurückgestellt. Sie glaubt, daß dieser Betrag ganz in Anspruch genommen werden wird. ◊ Eine österreichisch-deutsche Gründung wurde durch die Errichtung der Aktiengesellschaft Imperatormotorenwerke in Berlin vollzogen. Während die österreichischen Interessen durch die Skodawerke in Pilsen und die österreichische Daimlermotorengesellschaft vertreten sind, gehören der deutschen Gruppe unter anderen die Hamburg-Amerika-Linie, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Firma Hugo Stinnes an. ◊ Mit der Einführung des Seidenbaus in Deutschland befaßte sich die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft in ihrer letzten Tagung. Nach einem Vortrag Paul Schulzes (Krefeld) kam man überein, daß man diesen Bestrebungen mit größter Vorsicht gegen-

überstehen müsse, da die klimatischen wie die wirtschaftlichen Verhältnisse das Gedeihen der Seidenraupenzucht in Deutschland recht fraglich erscheinen lassen. ◊ Die Kosten für einen Wohnungszug in Berlin haben sich nach Aufstellungen der Zentralstelle des Deutschen Möbeltransports gegenüber denen im Frieden um 200 bis 250 % erhöht. Nach den gleichen Angaben sind die Arbeiterlöhne um 100 bis 150 % gestiegen. ◊ Die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten, die im Januar 1917 613 Millionen Dollar betragen hatte, ist im Februar auf 263 Millionen zurückgegangen, die Einfuhr fiel von 242 Millionen Dollar auf 152 Millionen Dollar. Im Februar 1916 betrug die Ausfuhr 410, die Einfuhr 194 Millionen Dollar. Berücksichtigt man, daß die Preissteigerung für Waren angehalten hat, so muß die Ausfuhrmenge noch erheblich zurückgegangen sein, als die Abnahme der Wertzahlen anzeigt. Diese Bewegung des amerikanischen Überseehandels läßt sich nur auf die mit dem 1. Februar begonnene Führung des ungehemmten Unterseebootkriegs zurückführen.

### Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

**Arbeitsnachweis** Mit dem Beschluß der Berliner städtischen Körperschaften den Arbeitsnachweis des Gemeinnützigen Zentralvereins für Arbeitsnachweis in die Verwaltung der Stadt überzuführen hat eine lange Entwicklung ihren Abschluß gefunden. Dieser Arbeitsnachweis wurde schon seit einer Reihe von Jahren ausschließlich durch die Geldmittel der Stadt Berlin unterhalten. Aus Mitgliedsbeiträgen sind dem Verein zuletzt nur noch 2500 Mark zugeflossen. Dementsprechend war auch der Einfluß der Stadt auf die Verwaltung des Arbeitsnachweises immer größer geworden. Wie aber die Vorlage des Magistrats, die die Kommunalisierung des Arbeitsnachweises vorschlug, zutreffend ausführte, fordern die wachsende Bedeutung des Arbeitsmarktes und seine Ausgestaltung für das gesamte soziale Leben gebieterisch, daß der Arbeitsnachweis auch in der Reichshauptstadt zu einer öffentlichen Einrichtung wird. Nur ein solcher hat die vollen Rechte, die das Stellenvermittlergesetz gewährt. Ein von der Gemeinde nur unterstützter Arbeitsnachweis findet nicht die volle Anerkennung der Behörden. Auch die Einführung der Zi-

vildienstplicht hat mit den Anstoß dazu gegeben, daß der Magistrat gerade in dieser Zeit die Übernahme des Arbeitsnachweises in die städtische Verwaltung beantragte. Bei Vorhandensein eines öffentlichen Arbeitsnachweises läßt sich ferner erwarten, daß sich die gesamte, völlig zersplitterte Arbeitsvermittlung Berlins und seiner Nachbargemeinden ihm in Zukunft angliedern wird.

Der Arbeitsnachweis des genannten Zentralvereins stellt eine Zusammenfassung verschiedener Arbeitsnachweise dar. Außer den allgemeinen Abteilungen, den Arbeitsnachweisen für städtische Arbeiter und Arbeiterinnen, für Dienstboten, für Klempner und Bohrer usw. ist eine Reihe von Facharbeitsnachweisen dem Zentralverein angeschlossen; dieser stellt die Vorsitzenden der Kuratoren und die Räume und trägt in der Hauptsache die Kosten. Ein wichtiger und großer Teil der Industrie und des Handels wird von der Vermittlung des Zentralvereins aber überhaupt nicht erfaßt. So die Metallverarbeitung, die Maschinenindustrie, die chemische Industrie, die Textilindustrie, das Baugewerbe, das Handelsgewerbe und anderes mehr. Daneben unterhält der Verband märkischer Arbeitsnachweise einen kaufmännischen Arbeitsnachweis sowie eine Lehrstellenvermittlung. Während des Krieges ist die Vermittlungstätigkeit des Zentralvereins für Arbeitsnachweis stark gewachsen, entsprechend stiegen auch die städtischen Zuschüsse, die zuletzt 217 300 Mark im Jahr betragen. Der Magistrat schlug nun die Übernahme des Arbeitsnachweises vor. Die allgemeinen Angelegenheiten, wie Oberleitung und Aufsicht, Anstellung des Personals, Aufstellung des Haushaltsplans, grundsätzliche Fragen aller Art, sollten der Gewerbe-Deputation, Abteilung für Arbeitsnachweis, wie bisher verbleiben. Der Arbeitsnachweis selber sollte die Stellung einer städtischen Betriebsverwaltung erhalten, die Beamten und Angestellten sollten in den Dienst der Stadt übernommen werden. Ferner sollte die Stadt die Rechte des Zentralvereins gegenüber den Facharbeitsnachweisen übernehmen. Dabei verkannte der Magistrat nicht, daß die Entwicklung sehr bald zur Einsetzung einer besondern Deputation für die Verwaltung des Arbeitsnachweises und zu einem Ausbau des Arbeitsnachweises zu einem Arbeitsamt führen müsse, dem zum Beispiel auch die Arbeitslosenfürsorge zu überweisen sein würde.



Die Verhandlungen der Stadtverordneten im Ausschuß und im Plenum drehten sich vor allem um die Übernahme der Stellenvermittlung des Verbandes märkischer Arbeitsnachweise für Handlungsgelhilfen und für Lehrlinge, die Bildung einer selbständigen Deputation sowie um die Ordnung des Verhältnisses der Facharbeitsnachweise, namentlich die Anstellung der Arbeitsvermittler. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte den Magistratsvorschlägen zu, ersuchte aber den Magistrat gleichzeitig die eben genannten Punkte zu gleicher Zeit zu regeln. Sie wünschte die Übernahme der beiden genannten Arbeitsnachweise, die Bildung einer selbständigen Deputation, die Erhaltung der Kuratorien der Facharbeitsnachweise in ihren Rechten und Pflichten, allerdings mit der Abänderung, daß die Anstellung der Vermittler auf deren Vorschlag durch den Magistrat oder die Deputation für den Arbeitsnachweis erfolgt.

In dem Ausschuß war noch der Grundsatz in die Resolution aufgenommen worden, daß auch Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, die sich nicht zur ausschließlichen Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises verpflichten, an seiner Verwaltung teilnehmen können. Darüber kam es in der Stadtverordnetenversammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen. Vertreter der Gewerkschaften und Gewerkevereine bekämpften diesen Antrag, der der Ausbildung der Tarifverträge und dem Ausbau von Facharbeitsnachweisen sehr hinderlich gewesen wäre. Da auch der Magistrat seine Zustimmung nicht in Aussicht stellen konnte, wurde dieser Zusatz schließlich in der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt.

Mit der Kommunalisierung des Arbeitsnachweises des Zentralvereins ist ein wichtiger Fortschritt vorwärts für eine planmäßige Organisation der Arbeitsvermittlung Groß Berlins getan.

#### Tierzucht

Die Zentralstelle des Deutschen Städtetags hat durch einige Rundfragen bei den

ihr angeschlossenen Städten festzustellen gesucht, in welchem Umfang diese die Groß- und Kleintierzucht gefördert hätten. Aus den Ergebnissen der Rundfragen, die in den Mitteilungen des Deutschen Städtetags veröffentlicht wurden, seien einige wichtige Punkte herausgegriffen.

Von besonderer Bedeutung ist schon seit längerer Zeit die Versorgung der

Gemeinden mit Milch geworden, so daß die Städte, die bisher um dieses schwierige Gebiet in großem Bogen herumgegangen sind, mehr und mehr sich gezwungen sahen die Milchversorgung selbst in die Hand zu nehmen und das Quantum der städtischen Milch durch die verschiedensten Maßregeln zu steigern. Eine Anzahl von Städten hat zu diesem Zweck Milchhöfe eingerichtet, in denen die Milchlieferung zentralisiert ist und von denen aus dann die Verteilung der gereinigten und gekühlten Milch erfolgt. Aachen. Dortmund. Hildesheim, Trier sind in dieser Weise vorgegangen. Die Zusammenstellung in den Mitteilungen ist nicht ganz vollständig. Es fehlen zum Beispiel Städte wie Straßburg, Stuttgart und andere. Durch die Einrichtung der Milchhöfe wird das zur Verfügung stehende Quantum der Milch nicht vermehrt. Das kann nur durch die Aufstellung von Milchkühen geschehen. So sind Aachen, Barmen, Breslau, Karlsruhe, Pforzheim und andere Städte vorgegangen. Breslau unterhält zum Beispiel seit dem 1. Oktober 1915 eine Milchviehherde von 1000 Kühen, 14 Bullen und 30 Zugochsen. Der durchschnittliche Milchertrag einer Kuh schwankt zwischen 6 und 8 Liter pro Tag. Gestehungskosten des Liters Milch betragen zuerst 25 Pfennig und sind allmählich bis auf 49 Pfennig gestiegen. Umfangreiche Kuhhaltungen haben ferner Karlsruhe mit 365, Pforzheim mit 168, Witten mit 110 Milchkühen und andere Gemeinden eingerichtet. Ein beliebter Weg ist auch die Einstellung sogenannter Miets- und Pensionskühe bei Landwirten in der Umgebung. Über die Ausnutzung der Kühe werden mit den Landwirten besondere Abmelkverträge abgeschlossen. In der Regel werden die Kühe auf Rechnung der Städte beschafft. Die Landwirte übernehmen die ordnungsmäßige Pflege und Fütterung der Kühe und verpflichten sich die Milch zu bestimmtem Preis in die Stadt zu liefern. Die abgemolkene Kühe werden an die Stadt zurückgegeben. Ein anderer Teil von Städten beschränkt sich darauf an private Milchviehhalter beim Milchvieheinkauf Zuschüsse zu gewähren. Auch hier ist die Voraussetzung, daß der Tierhalter die Milch der Kuh der Stadt gegen Entschädigung zur Verfügung stellt oder sie doch wenigstens in der Stadt selbst absetzt. Trifft durch die Einstellung der Kühe eine Vergrößerung der Viehhaltung ein, so wird der Ankaufszuschuß

in der Regel erhöht. Schließlich ist auch noch der Weg der Prämien-gewährung gewählt worden. So gibt die Milchversorgungsstelle Groß Berlin seit dem 1. Oktober 1916 den privaten Milchviehhältern eine Prämie von 60 Pfennig pro Tag für eine tägliche Durchschnittsleistung von 7 Liter pro Kuh. Naumburg zahlt für jedes in der Stadt umgesetzte Liter Vollmilch eine Milchprämie von 2 Pfennig, unter der Voraussetzung, daß die Viehhalter ihren Milchviehbestand auf der selben Höhe halten wie im Herbst 1916.

Recht umfangreich und verschiedenartig sind auch die Maßregeln, mit denen die Städte die Kleintierzucht zu fördern bestrebt sind. Hier handelt es sich zum Teil um die Einrichtung kommunaler Kleintierhaltungen, die teils nur der Zucht dienen oder aber auch des Produkts wegen eingerichtet sind (Ziegen und Milch, Hühner und Eier, Kaninchen und Fleisch). Zum andern Teil werden Barzuschüsse an private Kleintierhalter und Zuchtvereine gewährt. Schließlich suchen die Städte die Tierhaltung durch Gewährung von Futter zu fördern. Die Einrichtung von Ziegenställen zwecks Beschaffung von Milch scheint sich im allgemeinen recht gut bewährt zu haben. So besaß Aschersleben im November 1916 einen Ziegenstall von 70 Tieren, deren Milch den Milchbedarf der städtischen Säuglingsfürsorgestelle vollständig deckte. Ähnlich sind Baden-Baden, Bochum, Charlottenburg, Nordhausen und andere vorgegangen. Die Milch dient vor allem der Versorgung der vorzugsberechtigten Personen. Die Beschaffung und Abgabe der Kleintiere an die privaten Tierhalter erfolgt nach ähnlichen Grundsätzen wie bei der Kuhhaltung, mit dem Unterschied, daß die Tiere in der Regel in das Eigentum der Tierhalter übergehen. Die Gewährung von Beiträgen an Kleintierzuchtvereine und -verbände hat einen recht großen Umfang angenommen und scheint günstige Resultate zu zeigen. Je kleiner die Tiere, desto mehr empfiehlt es sich zwar kommunale Zuchtanstalten einzurichten, die Haltung und Mast der Tiere aber privaten Tierhaltern zu übertragen, bei denen die Haushaltsabfälle leichter ausgenutzt werden können. Doch haben auch einige Städte mit der Einrichtung größerer Mastanstalten Erfolge erzielt. So hat Kassel eine Kaninchenzucht und Mastanstalt mit einem Bestand von über 600 Stück eingerichtet. Als Wärter ist

ein kriegsgefangener Franzose zur Verfügung gestellt worden, der mit allen Einzelheiten der Kaninchenzüchterei vertraut ist. Die Abgabe schlachtreifer Kaninchen hat bereits begonnen. Im übrigen sei auf die Mitteilungen der Zentralstelle verwiesen, aus denen die Städte, die sich mit der Kleintierzucht befassen oder befassen wollen, reiche Anregungen schöpfen können.

**Kurze Chronik** Die Fürsorge für die kriegsinvaliden städtischen Arbeiter ist in Köln neu geregelt worden. Die Entlohnung der Kriegsinvaliden ist so geregelt, daß der alte Lohn weiter gezahlt wird, so daß die Lohnsteigerungen, Jahresurlaub usw. den invaliden Arbeitern verbleiben. Soweit Militärrente für eine Erwerbsbeschränkung bis zu 20 % gewährt wird, wird sie nicht auf den Lohn angerechnet, während das bisher in allen Fällen der Fall war. Kriegs- und Verstümmelungszulage dagegen bleiben außer Ansatz. Wichtig ist ferner die Bestimmung, daß Kriegsinvaliden einem Spezialarzt vorzustellen sind, der darüber entscheiden soll, ob der Invalide durch Anlernung oder Umlernung zu einer andern als seiner frühern Arbeit fähig gemacht werden kann. Die Anlernung geschieht für den Invaliden kostenlos.  $\diamond$  Die Stadt Straßburg im Elsaß hat die Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen einem besondern städtischen Kriegshinterbliebenenam übertragen. Die Aufgaben dieses Amts sind die Beratung der Kriegshinterbliebenen bei der Verfolgung ihrer Versorgungs- und anderen Ansprüche und bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse, die Unterstützung der Militärbehörden bei der Festsetzung der Kriegsversorgung und der einmaligen Zuwendungen, die dauernde Behandlung einzelner Fälle durch besondere Fürsorger, die Übernahme von Vormundschaften und Beistandschaften für Hinterbliebene, die Vorbereitung, Erkundung und Antragstellung bei Unterstützungsgesuchen sowie überhaupt die Ergänzung der vom Reich geübten Fürsorge.  $\diamond$  Die österreichische Regierung hat eine sehr beachtenswerte Verordnung über den Schutz der Mieter gegen nichtgerechtfertigte Erhöhung des Mietszinses erlassen.  $\diamond$  Der Beigeordnete Matthias (Düsseldorf) untersucht in einem Artikel des Bankarchivs die finanziellen Wirkungen eines staatlichen Elektrizitätsmonopols für die Großstädte des Reiches.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß bei seiner Einführung die Staatseinkommensteuer um 4 bis 7% unter Zugrundelegung der Zahlen des Jahres 1912 hätte gemindert werden können, während gleichzeitig der Gemeindesteuerzuschlag für den Einwohner der genannten Städte um 12% der Staatssteuer steigen würde.

### Genossenschaftsbewegung / Heinrich Peus

**Kapitalismus und Genossenschaft** Beseitigung der Energievergeudung auf allen Gebieten: das wird die Parole der nächsten Zukunft nach dem Krieg sein und sein müssen, damit die ungeheuren Verluste, die der Krieg herbeigeführt hat, so schnell wie möglich wiedergutmacht werden. Alles Parasitäre muß ausgeschaltet werden. Der Krieg muß die Veranlassung und treibende Ursache dafür werden, daß energieersparende Organisation in der Kulturgesellschaft der Menschen wie nie zuvor Platz greife. An dieser Aufgabe hat ganz besonders auch die Konsumgenossenschaft mit ihrer Eigenproduktion in hervorragendem Maß teilzunehmen. Dabei muß positives praktisches Schaffen ganz in den Vordergrund rücken. Die Produktion planmäßig auszubauen muß das Ziel sein. Und zwar mit aller Macht praktisch schon heute, nicht nur in bloßer Theorie. Ein bedeutungsvoller Vorgang, der sich in der Schweiz zu Anfang des Jahres 1914, also kurz vor dem Krieg, vollzogen und von seiten hervorragender Genossenschaftler eine ganz entgegen gesetzte Beurteilung erfahren hat, bietet Gelegenheit die Frage organisatorischer Eroberung profitkapitalistischer Wirtschaftsgebiete durch die Konsumgenossenschaft an der Hand eines praktischen Beispiels erfolgreich zu beleuchten. Der Verband schweizerischer Konsumvereine gab im Januar 1914 bekannt, daß er in ein enges Verhältnis zu der Großschlächtereier und Wurstfabrik Bell, Aktiengesellschaft in Basel, getreten sei, wonach beide sich zusammäten, um »eine geordnete Fleischversorgung durchzuführen«. Über diese Bellallianz, wie diese Vereinigung bald genannt wurde, ist in dieser Rundschau mehrfach und ausführlich berichtet worden (1914 I, Seite 369 f., 1915 II, Seite 558 f., 1916 II, Seite 587 f.). Die Bellaktiengesellschaft verpflichtete sich eine rationelle, im Interesse der Konsumenten liegende Fleischversorgung der Schweiz durchzuführen, und der

Verband schweizerischer Konsumvereine, der sich am Aktienkapital der Bellgesellschaft mit 1754 Aktien (im Nominalwert von 500 Franken) beteiligte, verpflichtete sich seinerseits von der Einrichtung von Anstalten für die Produktion der von den schweizerischen Konsumvereinen benötigten Fleischwaren abzusehen und überließ diese Aufgabe der Bellaktiengesellschaft, solange diese die Konsumenteninteressen gemäß der ersten Bestimmung wahre. Die Vermittlung der Fleischwaren an die Vereine wurde dem Verband schweizerischer Konsumvereine freigestellt. Alle Lieferungen der Bellgesellschaft an die dem Konsumverband angeschlossenen Konsumvereine sollen durch den Verband verrechnet werden. Indem der Verband schweizerischer Konsumvereine am 1. Juni 1914 weitere 900 Aktien der Bellgesellschaft erwarb, holte er sich die Majorität der Aktien. Der Übernahmepreis der Aktien, die einen Nominalwert von 500 Franken haben, ward auf 650 Franken angesetzt. In dem heftigen Streit, der über das Abkommen entstand, betätigte sich als sein stärkster Gegner der langjährige ehemalige Sekretär des Verbands schweizerischer Konsumvereine Hans Müller, der bekanntlich auch von 1907 bis 1913 Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbunds war, und der sich um die Entwicklung der Genossenschaftsidee große Verdienste erworben hat; zuerst in Artikeln des Grüliaren, dann aber in einem 431 Seiten starken Buch *Konsumgenossenschaftliche Entgleisungen* /Zürich, Rascher/. Das ganze Buch ist von Anfang bis zum Ende dem einen Gedanken gewidmet nachzuweisen, daß der oben mitgeteilte Vertrag zwischen der auf Ausschaltung des Profits abzielenden Genossenschaft und der kapitalistischen Profitgesellschaft eine »einzige große Torheit«, eine »Entartung«, ein »Verbrechen an der Genossenschaftsbewegung« sei. Der Verband schweizerischer Konsumvereine sei »eine kapitalistisch-bureaukratische Unternehmung geworden«. Müller nennt den Vertrag ein »verbärmliches Schachergeschäft«. Der Verbandsvorstand hat nach ihm aufgehört »ein ehrlicher Vertreter der Interessen der Konsumvereine« zu sein. Das Abkommen sei ein Prinzipienbruch, ein moralischer Bankrott. Es grenze hart an Volksbetrug, was man da mache; die Bellallianz führe, wenn man sie rechtfertigen wolle, zum »moralischen Selbstmord«.

„Um ein paar Silberlinge ist tatsächlich die stolze Unabhängigkeit unserer hoffnungsvollen und aussichtsreichen Genossenschaftsbewegung preisgegeben worden.“ Müller erklärt schließlich: »Raffen sich die Genossenschafter im Verband schweizerischer Konsumvereine jetzt nicht auf das Lügengewebe zu zerreißen, mit dem man sie schon vor Jahren zu umgarnen angefangen hat, kehren sie jetzt nicht mit eisernem Besen die Bellallianz samt dem Geist, aus dem sie geboren ist, zum Tempel hinaus, so haben sie das Recht sich Genossenschafter zu nennen und ihre Sache dem Schweizer Volk als eine gute, gerechte und seinem Wohl dienende hinzustellen, ein für allemal verwirkt, und ich, der ihr Wortführer mehr als ein Jahrzehnt hindurch gewesen ist, werde der erste sein, der sich öffentlich von ihr lossagt und den Versuch zu unternehmen sich gelobt auf gänzlich neuer Grundlage die Arbeit für die Verwirklichung des genossenschaftlichen Ideals in der Schweiz wieder aufzunehmen. Und ich bin überzeugt, mit mir werden noch viele Volksgenossen in allen Schichten und Parteien nicht aufhören wollen an dies Ideal in seiner Reinheit und Ehre zu glauben, dafür zu streiten und zu arbeiten, und, wenn es sein muß, zu leiden und sich zu opfern. «Wir wollen trauen auf den höchsten Gott und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.«

Man sieht, Hans Müller ist mit seinem ganzen Herzen bei der Sache. Es ist nötig auf diese Gefühlsseite der Angelegenheit hinzuweisen, weil wir dadurch die Lösung für den Gegensatz im Urteil über das Abkommen des Verbands schweizerischer Konsumvereine mit der Bellaktiengesellschaft finden werden. Wie sehr es dem ehemaligen Sekretär des Verbands mit seiner Meinung, die ihn in so scharfen Gegensatz zu diesem gebracht hat, ernst ist, geht unter anderem auch aus dem Teil der Vorrede zu seinem Buch hervor, in dem er an seinen bekannten Kampf gegen Bebel und die damalige Parteimehrheit im Jahr 1890 erinnert. Müller findet, auch heute sei er in seinem Charakter noch der selbe wie damals. Damals wie heute sei »unbedingte Treue gegenüber der eigenen Überzeugung« seine Tugend gewesen. »Bleibe dir treu, und du erlangst das Höchste, das Menschen erlangen können: die Wahrheit, die dich frei macht! Was bedeuten alle Vorteile, die Amt und Stellung gewähren

können, alles Ansehen vor den Menschen gegen dieses höchste Gut?« Die leidenschaftliche Empfindung Müllers, die sich in dieser Stellungnahme ausdrückt, berührt sicher außerordentlich sympathisch; sie stellt das Gegenteil jenes geschäftsmäßig, fast mechanisch sich abspielenden Sozialismus dar, wie er heute in den Organisationen der Arbeiterklasse mehr und mehr die Regel wird. Gleichwohl muß in aller Freundschaft gesagt werden, daß Hans Müller wahrscheinlich schon 1890 und sicher 1915 durch sein Gefühl sich die Überlegung und das konkrete Sehen der Dinge hat einengen lassen. Er kam so zu einer dogmatischen Auffassung, die ihm die Möglichkeit raubte sich jene Erkenntnis der nur relativen Richtigkeit aller grundsätzlichen Aufstellungen zu erhalten, die besonders gegenüber der heutigen Entwicklung und Umgestaltung aller Dinge vor allem erforderlich ist. Hans Müller, der ein sehr wertvoller Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte ist, dessen hier veröffentlichte Artikel zur Religionserörterung uns sein Erfassen des Wesentlichen im Gefühl zeigen, wird die sachliche Abweisung seiner Deduktionen in dieser Angelegenheit, die nur an der wirtschaftlichen Entwicklung geprüft werden kann, sicherlich nach ihrem sachlichen Gewicht nehmen und durch die weitere Gestaltung der Dinge sich davon überzeugen, daß seine Kritik hier den Tatsachen Gewalt angetan hat.

Es ist nämlich von größtem Interesse das Müllersche Urteil mit demjenigen zu vergleichen, das Rudolf Vogel (Freiburg in Baden) über die selbe Sache abgegeben hat. Vogel kommt in seinem Buch (Das Abkommen des Verbands schweizerischer Konsumvereine mit der Großmetzgerei Bell, Aktiengesellschaft in Basel /Jena, Gustav Fischer/) zum entgegengesetzten Ergebnis wie Müller. Und zwar führt er seinen Beweis in streng objektiver, wahrhaft wissenschaftlicher Art, während man solche leidenschaftslose Objektivität in dem (geistvoll, ja glänzend geschriebenen) Müllerschen Buch vermißt. Müllers Argumentation trägt einen stark persönlichen Charakter. Auf Schritt und Tritt stellt er Behauptungen auf, gibt er Auslegungen von Tatsachen, die richtig sein könnten, aber nicht richtig sein müssen, und die nur so viel beweisen, daß Müller von einem unbegrenzten Mißtrauen gegen die Leiter des Verbandes schweizerischer Konsumvereine erfüllt

ist. Demgegenüber stellt Vogel in seiner Kritik der Bellallianz fest, daß »hier ein neuer, gangbarer Weg eingeschlagen ist, der bei Beachtung gewisser Voraussetzungen nicht zu einem Verstoß gegen die Genossenschaftstheorie, wohl aber zu einer Annäherung an das genossenschaftliche Ideal führt«. Das Abkommen zwischen dem Verband schweizerischer Konsumvereine und der Bellaktiengesellschaft enthält im wesentlichen 3 Bestandteile: 1. Kapitalbeteiligung einer Genossenschaft bei einer profitkapitalistischen Unternehmung; 2. Verzicht auf die Errichtung eines genossenschaftlichen Betriebs zugunsten eines profitkapitalistischen; 3. Verpflichtung des profitkapitalistischen Betriebs die genossenschaftlichen Einrichtungen zu benutzen. Vogel findet nun mit Recht einen Hauptfehler bei der Beurteilung des Abkommens darin, daß man jede dieser 3 Beziehungen für sich, statt im Zusammenhang mit einander beurteile. Die bloße Kapitalbeteiligung einer Genossenschaft an einer profitkapitalistischen Unternehmung, ohne daß sonst irgendwelche Beziehungen zwischen beiden Unternehmungen hergestellt werden, sei unvereinbar mit der Genossenschaftstheorie, da dann der Genossenschaft kraft der Verfassung der profitkapitalistischen Unternehmung Profit zufällt, der auf Kosten der Benutzer dieser nun auch der Genossenschaft gehörenden Unternehmung erzielt worden sei. Es gebe andere wichtige, mit der Genossenschaftstheorie zu vereinbarende Gründe für Kapitalbeteiligungen, so daß dann der Profit nur eine Nebenerscheinung darstelle, die in Kauf genommen werden müsse. Man könne durch die Verbindung den Betrieb kennen lernen wollen. Man könne die Errichtung eines genossenschaftlichen Betriebs dadurch erst ermöglichen wollen. Man könne endlich auf die Geschäftspolitik und die profitkapitalistische Unternehmung überhaupt Einfluß gewinnen wollen. Die Genossenschaft könne mit ihrer Kapitalbeteiligung eine Anpassung der profitkapitalistischen Unternehmung an das genossenschaftliche, profitlose Wirtschaftssystem bezwecken, somit eine mehr oder weniger weitgehende »Vergenossenschaftlichung« des profitkapitalistischen Unternehmens erstreben. So sei die Dividende der Bellgesellschaft nach oben limitiert und auf 8 % beschränkt worden. Die Kapitalbeteiligung habe den Zweck die Bellgesellschaft zu einer im Interesse der

Konsumenten liegenden Preispolitik zu zwingen. Die profitkapitalistische Unternehmung werde durch den Verband schweizerischer Konsumvereine im Sinn profitloser, also genossenschaftlicher Wirtschaft beeinflusst. Das profitlose genossenschaftliche Wirtschaftsprinzip triumphiere über das profitkapitalistische Prinzip. Aus dem rein profitkapitalistischen Betrieb werde ein gemischt profitkapitalistisch-genossenschaftlicher. Unter diesen Umständen führe Kapitalbeteiligung zu einer gewissen Realisierung der Genossenschaftstheorie. Insbesondere dann, wenn sich die Genossenschaft prozentual im gleichen Maß an profitkapitalistischen Unternehmungen mit Kapital beteilige wie am Umsatz. Wenn sich eine Genossenschaft am Kapital einer profitkapitalistischen Fabrik nach Maßgabe des Anteils am Umsatz beteilige, so werde damit ein der genossenschaftlichen Produktion sehr ähnlicher Zustand geschaffen. Bisher habe die Pfeiffersche Richtung der Genossenschaften (auch Hamburger Richtung genannt) das Ziel verfolgt die Volkswirtschaft mit eigenen genossenschaftlichen Betrieben zu durchsetzen, die anders gearteten zu verdrängen und mit der Zeit überflüssig zu machen. Man errichtete einen Eigenbetrieb und mußte für verschiedene Versuche Lehrgeld zahlen, ehe Erfolge sich einstellten. Darum ging man später dazu über profitkapitalistische Betriebe aufzukaufen, die Betriebseinrichtungen zu übernehmen, eventuell auch das eingearbeitete Personal dazu. Wie man das Ziel verfolge die gesamte profitkapitalistische Wirtschaft umzuarbeiten, so müsse man auch das einzelne profitkapitalistische Unternehmen umbilden können. Dies neue Verfahren sei geeignet das Tempo der Vergenossenschaftlichung der Volkswirtschaft erheblich zu beschleunigen. So habe der Verband schweizerischer Konsumvereine durchaus im Sinn der Konsumgenossenschaftstheorie gehandelt.

Zum Schluß findet Vogel in einem Ausblick in die Zukunft es geradezu notwendig den isolierten Genossenschaftsstaat abzulehnen. Organisierte Unternehmer und organisierte Konsumenten müßten zusammenwirken. Als Glieder eines Organismus müßten sich beide in Solidarität in einander fügen, unter Wahrung aller berechtigten Selbstinteressen zum allgemeinen Besten. Der Absolutismus des Kapitals werde, wie Maresch in dem Organ des österreichi-

schen Allgemeinen Verbandes, der Genossenschaft, vom 28. Februar 1914 ausführe, gebrochen durch das Genossenschaftswesen und weiche einem wirtschaftlichen Konstitutionalismus. Wenigstens würden die ersten Schritte zu dessen Verwirklichung getan.

Als bald nach Abschluß des Abkommens zwischen dem Verband schweizerischer Konsumvereine und der Bellaktiengesellschaft ist der Weltkrieg ausgebrochen, und dadurch sind insbesondere für die Fleischversorgung solche abnormen Verhältnisse eingetreten, daß eine Entscheidung über die Vortrefflichkeit der Bellallianz jetzt kaum möglich sein dürfte. Übrigens ist der Streitfall ja auch keineswegs taktischer sondern prinzipieller Natur. Immerhin ist es doch angesichts der heftigen Befehdung, die der Verband wegen der Bellallianz erfahren hat, eine nicht bedeutungslose Tatsache, daß der Umsatz des Verbandes vom Jahr 1915 auf 1916 von 50 193 161,97 auf 74 658 943,01 Franken gestiegen ist. Es ist dies die größte seit Bestehen des Verbandes erzielte Umsatzsteigerung, die auch bei Berücksichtigung der Steigerung der Preise auf alle Fälle beweist, daß die Macht dieses Verbraucherverbands, der schon weit über ein Drittel des schweizerischen Volkes hinter sich hat, noch andauernd gewaltig wächst. Die ungewöhnlich großen Aufgaben, die unserm Wirtschaftsleben nach diesem Krieg gestellt sind, können allen großen konsumgenossenschaftlichen Organisationen Anlaß geben die Bellallianz und ihre Entwicklung sorgsam zu verfolgen. Vielleicht ist hier ein Weg geboten, der die Vergenossenschaftlichung unserer Wirtschaft auf weit schnellerem Weg als bisher herbeiführen kann.

Stadt und Land Am 1. Januar 1917 gab es im Deutschen Reich nicht weniger als 28 967 landwirtschaftliche Genossenschaften, 316 mehr als im Vorjahr. Die meisten sind Spar- und Darlehnskassen, nämlich 17 866, die den landwirtschaftlichen Produzenten vor der Bewucherung durch das Leihkapital schützen und zum Ansammeln von Betriebskapital anhalten. An Molkereigenossenschaften waren 3390 vorhanden, dazu noch 205 Milchverwertungsgenossenschaften; an Bezugs- und Absatzgenossenschaften gab es 2909. Die Vergenossenschaftlichung der ländlichen Produktion schreitet rastlos vorwärts. Ihr muß die Organisation der Konsumenten die Hand reichen.

Der Verband der deutschen ländlichen Genossenschaften hatte am 10. Januar in Berlin seinen Verbandstag, an dem als Vertreter des Zentralverbands deutscher Konsumvereine Bästlein teilnahm. Direktor von Oppen vom Kriegsernährungsamt und Geheimer Oberregierungsrat Krenzlin als Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministers hoben die Bedeutung der Genossenschaften sowohl für die gegenwärtige Kriegszeit als auch für die Zeit nach dem Krieg nachdrücklich hervor. Auch Verbandsdirektor Dr. Nolden (Frankfurt am Main) stellte fest, das Genossenschaftswesen habe sich im Krieg in seinen tiefsten Grundlagen bewährt. Auch wies er auf die Möglichkeit und Notwendigkeit hin mit anderen genossenschaftlichen Richtungen zusammenzuarbeiten. 6000 Genossenschaften des Verbandes haben bei der Zentralkasse Ende Oktober 1916 ein Gesamtguthaben von mehr als 246 Millionen Mark gehabt, die Schulden beliefen sich umgekehrt nur auf 28 1/2 Millionen Mark. 160 Millionen Mark hatte der Verband als entliehenes Kapital bei Gemeinden stehen. Das Aktienkapital der Zentralkasse ist seit Kriegsbeginn von 12,7 auf 18,4 Millionen Mark gestiegen. Das Solidarkapital wächst in der Gesellschaft unaufföhrlich.

Der außerordentlich rührike Ulmer Oberbürgermeister von Wagner hat in Gemeinschaft mit dem Neuulmer Regierungsrat Risch im 5. Heft der Dringlichen Wirtschaftsfragen /Leipzig, Veit/ sich nachdrücklich für die Verbindung der städtischen Gemeinden mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften ausgesprochen, um eine Interessen- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Produzenten und Konsumenten zu schaffen. Besonders die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Schweinefleisch wollen die beiden praktischen Wirtschaftspolitiker durch solche Verbindung sicher und billig herbeigeföhrt wissen. Risch hat mit seiner Genossenschaft für rationelle Schweinezucht im Amtsbezirk Neuulm Schweinefleisch für alle Teile der Bevölkerung besorgt. Natürlich waren die Fleischer und Händler gegen diese Organisation, besonders auch weil sie eine beträchtliche Herabsetzung des Schweinefleischpreises bewirkte. Die großen Konsumvereine und die Städte müssen allenthalben an diese Aufgabe herantreten. Mögen sie sich die Wagner-Rischsche Schrift zum eingehenden Studium angelegen sein lassen! Auch der Krieg darf uns nicht daran

hindern anzuerkennen, daß bei unseren Feinden, den Engländern, die Verbindung der Konsumgenossenschaften mit der Landwirtschaft weiter große Fortschritte macht. Auf einer landwirtschaftlichen Ausstellung im Juni 1916 war auch die englische Großeinkaufsgesellschaft hervorragend vertreten. Diese bezieht monatlich von den landwirtschaftlichen Genossenschaften für 150 000 Mark, während sie ihnen im gleichen Zeitraum für etwa 1 Million Mark Ware vermittelt, darunter besonders Futtermittel aus den Mühlen der Großeinkaufsgesellschaft.

In Dänemark ist das Verhältnis zwischen den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Konsumgenossenschaften bekanntlich schon lange sehr gefördert worden. Jetzt haben die Großeinkaufsgesellschaften dänischer Konsumvereine und die Saatgutgenossenschaft dänischer landwirtschaftlicher Vereine gemeinschaftlich den Oetoflehof gekauft, um auf ihm Versuchs-, Kontroll- und Veredelungsarbeiten mit Saatgut vorzunehmen.

**Beurteilung der Genossenschaftsarbeit** Beachtlich ist, daß die bürgerliche Presse die Konsumgenossenschaften besser zu würdigen beginnt. Die Vossische Zeitung bespricht am 6. Februar 1917 im Handelsblatt das Jahrbuch des Zentralverbands der Konsumvereine Deutschlands und stellt fest, daß »die kommende Friedenswirtschaft weit stärker mit genossenschaftlichen Elementen durchsetzt sein werde als die vergangene«. Und im Berliner Tageblatt durfte Professor Schär am 24. Dezember 1916 feststellen, daß der Kapitalismus weder durch den Staats- noch Kommunalsozialismus sondern nur durch die nach den Grundsätzen der Selbsthilfe organisierten Genossenschaften der Konsumenten überwunden werden könne. Ebenso erfreulich ist es, daß auch in den Kreisen der Beamten und Angestellten sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit genossenschaftlicher Betätigung immer stärker regt. Dem Oberpostassistenten Ridder (Dorsten), der in der Germania vom 30. Dezember 1916 den mittelständlerischen Gedanken unterstützte, die Beamten sollten auf konsumgenossenschaftliche Betätigung verzichten, dafür aber eine Gehaltszulage bewilligt bekommen, war, als er den selben Gedanken auch in der Sozialen Praxis vom 25. Januar 1917 vertreten hatte, die

Redaktion jener Zeitschrift entschieden entgegengetreten. Solch ein Standpunkt sei sozialpolitisch kurzfristig und auch falsch vom Standpunkt der Staatswirtschaft. Es liege im Gesamtinteresse, daß möglichst sparsam gewirtschaftet und unnütze Verteuerung des Lebensbedarfs durch überflüssige (wohlgemerkt: überflüssige) Zwischenhände, wie sie sich vielfach im Kleinhandel finden, vermieden werde, daß vielmehr die dort überflüssigen, ja schädlichen Vermittlungskräfte an anderer Stelle des Volksganzen produktiv und nutzbringend verwendet werden. Der Ausgleich durch höheres Gehalt sei ein *circulus vitiosus*, der schließlich den Parlamenten und Regierungen und vor allem den Steuerzahlern so bedenklich würde, daß sie, zusammen mit den Beamten, die rückständigen Parlamentarier, die solche Entwicklung kurzfristig verschuldeten, aus den Landtagen hinaus wählen dürften. Aber auch in der Neuen Beamtenzeitung vom 4. Februar 1917 wendet sich S. Aufhäuser gegen Ridder und weist dabei auch auf eine Äußerung des Geheimen Admiraltätsrats Danneel hin, daß es im Interesse der Beamten liege durch genossenschaftlichen Zusammenschluß die Kaufkraft ihres Einkommens zu steigern. Eine im Dezember 1915 in Düsseldorf gegründete Vereinigung für Familienwohl, in der höhere Beamte und Unternehmer die Führung hätten, habe am 25. November 1916 eine Resolution angenommen, in der die Konsumvereine für Lebensmittel für Beamte für ebenso berechtigt und nützlich erklärt werden wie die Baugenossenschaften für den Wohnungsbedarf. Auch in der kommenden Friedenszeit müßten die Beamten das Recht haben durch wirtschaftliche Selbsthilfe ihre Lage zu verbessern.

Dagegen begegnet man in manchen sozialdemokratischen Kreisen der genossenschaftlichen Arbeit vielfach noch immer lediglich mit unfruchtbarer Kritik. Es ist immerhin ein bemerkenswertes Symptom, daß B. Jäggi, der Präsident der Verwaltungskommission des Verbandes schweizerischer Konsumvereine, sich veranlaßt gesehen hat seine Ämter in der Sozialdemokratie niederzulegen. Er sagt in einem Schreiben an die sozialdemokratische Partei, um sein Ziel zu erreichen der Arbeiterschaft nach Möglichkeit billige Lebensmittel zu beschaffen, müsse »mehr Gewicht darauf gelegt werden an diesen Fragen [der Lebensmittelversorgung durch

die Genossenschaft] positiv mitzuarbeiten als kleinliche Kritik und Oppositionslust in den Vordergrund zu stellen«. Bekanntlich haben die radikalen sozialdemokratischen Blätter in Basel, Bern und Zürich während des Krieges sich durch heftigen Wortradikalismus besonders hervorzutun gesucht. Erfreulich ist es für die schweizerische Sozialdemokratie nicht gerade, daß ihr im Namen der positiven Arbeit und Sachlichkeit von einem langjährigen Mitglied eine Absage zuteil wird.

**Kurze Chronik** Das Problem des bargeldlosen Verkehrs, das der Krieg so besonders in den Vordergrund gerückt hat, ist damit auch für die Konsumvereine akut geworden. Wegen der besonderen Umstände, unter denen der Einkauf im Konsumverein sich vollzieht, ist die Lösung nicht leicht. In der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 27. Januar 1917 wird aber schon ein Vorschlag gemacht mit einem Wareneinkaufsbuch mit Durchschreibpapier den bargeldlosen Verkehr durchzuführen. Der Vorschlag erscheint durchaus praktikabel. Man sollte in größeren Vereinen durch limitierte Teilversuche die Lösung zu fördern suchen. ◊ Die großstädtische Konsumgenossenschaftsbewegung marschiert nun auch in Kopenhagen. 16 kleine Vereine haben sich zu einem großen Konsumverein Hauptstadt zusammengetan, und schon hob sich der Umsatz von 3½ auf 4½ Millionen Kronen, und im laufenden Jahr werden 6 Millionen daraus werden.

### Frauenbewegung / Gertrud David

**Soziale Hilfsarbeit** Die soziale Hilfstätigkeit ist die einzige Art öffentlicher Tätigkeit, in der man der Frau niemals ihren Platz streitig gemacht hat: das macht, weil diese Tätigkeit schließlich nichts anderes ist als eine Erweiterung der Fürsorge für die engere blutsverwandte Familie auf die große Familie der Gemeinde oder des Volksganzen. Hier konnte sich das mütterliche, hilfsbereite Wesen der Frau recht ausleben; ihr Sinn für das Konkrete, Individuelle fand hier Befriedigung. Wie die Armenpflege in den ersten Zeiten des Christentums, so ruht auch die moderne soziale Hilfstätigkeit zum großen Teil auf den Schultern der Frauen, sie ist ohne sie gar nicht denkbar. Was wäre aus dem Verteidigungs-

willen unseres Volkes geworden, wenn nicht die Frauen hinter der Front zum großen Teil ganz aus eigenen Kräften das große Werk der Fürsorge für Kriegerverwundete, Kriegshinterbliebene und alle sonst durch den Krieg Geschädigten errichtet hätten? Sie haben in dieser schweren Zeit gezeigt, daß sie auf diesen Gebieten nicht nur die Fähigkeit der pflichtgetreuen Helferinnen sondern auch die der Organisatorin, der Leiterin haben, und es heißt nur den hier gemachten Erfahrungen Rechnung tragen, wenn man jetzt immer mehr dazu übergeht ihnen auch in den kommunalen und staatlichen Organisationen höhere, leitende Posten zu übertragen und ihre gleichberechtigte Mitwirkung in den verschiedenen sozialen Deputationen verlangt.

Einen vorzüglichen Überblick über den Umfang der öffentlichen Fürsorgetätigkeit der Frau (also unter Ausschluß der privaten und halböffentlichen Vereinstätigkeit) gibt Hildegard Radomski in ihrer Schrift Die Frau in der öffentlichen Armenfürsorge (Berlin, W. Moeser). Nach einer kurzen historischen Darstellung der Entwicklung der weiblichen Hilfstätigkeit von den ersten Zeiten des Christentums bis zur Einführung des sogenannten Elberfelder Systems schildert sie die Ausbreitung, die diese Hilfstätigkeit auf der Grundlage des genannten sowie des Straßburger Systems gewonnen hat. Das Elberfelder System stellt eine Verbindung der kommunalen Armenpflege mit der Arbeit von Privatpersonen dar, wobei die Verwaltung in den Händen der Gemeinde bleibt, während die Pfllegetätigkeit ausschließlich Ehrenbeamten übertragen wird. Das Straßburger System, das später in Aufnahme kam, sieht dagegen auch die Mitarbeit von Berufsbeamten vor. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß diesem System die Zukunft gehört. Denn wenn auch gerade in der sozialen Hilfstätigkeit die freiwillige Mitarbeit sozialgesinnter Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts nie wird entbehrt werden können, so zeigt es sich doch stets deutlicher, daß die immer größere Gebiete ergreifende und sie immer intensiver bearbeitende soziale Arbeit den nach den verschiedensten Richtungen hin gut durchgebildeten, theoretisch und praktisch geschulten Berufsarbeiter zur notwendigen Voraussetzung hat. In der eigentlichen Armenpflege sind bis jetzt 3 Wege zur Einbeziehung



der Frauen eingeschlagen worden. Der erste sieht die Anstellung von weiblichen Pflegern mit gleichen Rechten wie die männlichen Pfleger vor. Er stellt die glücklichste Lösung dar, und es muß daher mit Befriedigung konstatiert werden, daß gegenwärtig zirka 70 Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern, zum Teil allerdings gegen den anfänglich sehr lebhaften Widerstand der männlichen Kollegen, Frauen als Armenpflegerinnen eingestellt haben. Häufig als Vorstufe zu dieser gleichberechtigten Mitarbeit hat sich in einer Reihe von Städten die Einstellung von Helferinnen herausgebildet, die eine Verbindung zwischen der öffentlichen Armenpflege und den privaten Wohltätigkeitsvereinen herstellen und ein organisches Zusammenarbeiten gewährleisten. Ein solches Zusammenwirken ist natürlich überall wünschenswert, um nicht Kräftevergeudung und Ungerechtigkeiten bei der Zuwendung von Unterstützungen entstehen zu lassen. Die dritte Form der Mitarbeit von Frauen in der öffentlichen Armenpflege, bei der nur eine lose Verbindung zwischen der Armenverwaltung und den einzelnen Frauenvereinen besteht, erfüllt am wenigsten den Zweck einer zweckmäßigen Zusammenarbeit. Sie ist nur als ein Durchgangsstadium zu betrachten. Die Erfahrungen, die mit der Tätigkeit der Frauen in der Armenpflege gemacht worden sind, sind durchweg gut, so daß ihre Heranziehung in immer gesteigertem Maß erfolgt. In einer Anzahl größerer Städte haben die Frauen auch schon Sitz und Stimme in der Armenverwaltung selbst erhalten.

Was die Anstellung von berufsmäßigen Armenpflegerinnen anlangt, so ist hierzu in den letzten Jahren eine Reihe von Städten übergegangen. Die Besoldung dieser, meist Gemeindefrauen genannten Frauen schwankt zwischen 1000 und 3000 Mark; in Stuttgart steigt sie sogar bis auf 4700 Mark. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen, wie sie heute schon in verschiedenen Städten in der Gewerbeinspektion und in der Wohnungspflege angestellt sind, sind bei den städtischen Armenbehörden mit Ausnahme von Straßburg noch nicht eingestellt. Doch ist auch dies nur eine Frage der Zeit.

In enger Beziehung zur Armenpflege steht die vorbeugende soziale Tätigkeit, die verhindern soll, daß eine Familie oder eine Einzelperson der Armenfürsorge anheimfällt. Die Ge-

meinden, besonders die großstädtischen, sehen in der Ausbildung dieser vorbeugenden Armenpflege daher mehr und mehr eine ihrer wichtigsten Aufgaben im Interesse des öffentlichen Wohls. Hierher gehören die Säuglingspflege und Kinderfürsorge, die Tuberkulosenfürsorge, die Trinkerfürsorge, die Arbeitslosenfürsorge usw. Auf allen diesen Gebieten hat sich die Mitarbeit der Frau bewährt. In allen Säuglingsfürsorgestellen, die heute wohl in jeder größeren Stadt bestehen, sind neben den Ärzten oder Ärztinnen regelrecht ausgebildete Säuglingsschwester angestellt. In den Kindergärten und Schülerhorten haben ausgebildete Kindergärtnerinnen die Leitung. Bei der Tuberkulosebekämpfung haben die Schwestern nicht nur dem Arzt in seiner Sprechstunde in den Fürsorgestellen zu assistieren, sondern sie üben auch die ganze Pflegetätigkeit aus, besuchen die Kranken, belehren sie über das Wesen der Krankheit, die Behandlung des Auswurfs, stellen die Wohnungsverhältnisse fest usw. In den größeren Städten werden auf diese Weise alljährlich Tausende von Fällen bewältigt. Bei der Trinkerfürsorge liegt die Tätigkeit der weiblichen Helfer vor allem in der Beeinflussung und Umgestaltung der häuslichen Verhältnisse, in der Fürsorge für die oft schwer leidenden Familien der Trinker. Auch hier sind zum Teil festbesoldete Schwestern angestellt. Endlich sind die Frauen auch in der Arbeitslosenfürsorge tätig. Man hat sie hier als Beamtinnen in den Arbeitsnachweisen für weibliche Personen angestellt und hat hierbei um so größere Erfolge erzielt, je besser die nationalökonomische oder soziale Vorbildung der betreffenden Frauen war.

Die immer größeren Anforderungen, die die soziale Hilfstätigkeit an das Können, Wissen, an die ganze Persönlichkeit der Ausübenden stellt, lassen, wie schon oben angedeutet, auch immer stärker das Bedürfnis nach einer wirklich fachgemäßen Ausbildung hervortreten. Wir brauchen heute gerade auf diesem Gebiet wohl ausgerüstete Berufsmenschen, nicht wohlwollende Dilettanten. Diesem Bedürfnis kommen verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten entgegen. Verschiedene Städte haben Lehrkurse für Armenpflegeorgane eingerichtet, in denen beispielsweise die geschichtliche Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Armengesetzgebung, die Aufgaben des Armenpfle-

gers und -vorstehers, die Fürsorge für Schwangere, Wöchnerinnen, verwaiste oder verwahrloste Kinder gelehrt und ein Einblick in die Arbeiterversicherung gewährt wurde. Auch einige Zeitschriften verfolgen den Zweck die Funktionäre der Armenpflege dauernd weiterzubilden. Vor allem aber sind es die sozialen Frauenschulen, die sich die Ausbildung von Sozialbeamtinnen zur Aufgabe gesetzt haben. Die von Minna Cauer und Jeannette Schwerin schon 1893 in Berlin gegründeten Mädchen- und Frauengruppen für soziale Hilfsarbeit halten regelmäßig theoretische Kurse über Armenpflege, Versicherungswesen, Bürgerkunde, Kinderfürsorge usw. ab. Sie haben starke Nachahmung in anderen Städten gefunden, so daß die Zahl aller bestehenden Gruppen, einschließlich der Jugendgruppen, sich gegenwärtig auf etwa 150 beläuft. Die 1908 von Alice Salomon in Berlin gegründete Soziale Frauenschule will in einer 2- bis 3jährigen Ausbildung ein umfassendes theoretisches und praktisches Wissen auf den verschiedenen sozialen Gebieten vermitteln. Während die Unterstufe der Erweckung eines allgemeinen sozialen Verständnisses und der Erwerbung gewisser grundlegender Kenntnisse dient, ist die Oberstufe in 3 Gebiete gegliedert, von denen jede Schülerin sich für eines entscheiden muß: die Kinder- und Jugendfürsorge, die Armen- und Wohlfahrtspflege und die Volksbildung und Arbeiterinnenfürsorge. Der praktische Unterricht wird hier in Krankenhäusern, Säuglingsheimen, Kinderhorten, Lungenheilstätten usw. erteilt. Ein theoretischer Unterricht, in dem die sozialwissenschaftlichen Fächer gelehrt werden, ist für alle Schülerinnen gemeinsam. Auf die Oberstufe baut sich noch ein Praktikantenjahr mit Fortbildungskursus auf. Das 1913 gegründete Frauenseminar für soziale Berufsarbeit in Frankfurt am Main, die Soziale Frauenschule in Mannheim, die Sozialen Frauenkurse in Dresden und andere verfolgen ganz ähnliche Zwecke. Daneben gibt es eine ganze Anzahl konfessioneller sozialer Frauenschulen und seit März 1915 in Köln eine von kommunaler Seite ins Leben gerufene Wohlfahrtsschule der Stadt Köln. Diese Stadt hat neuerdings auch eine besondere Frauenhochschule für soziale Berufe gegründet, die Frauen für die leitenden Stellen auf diesem Gebiet ausbilden will und daher schon eine breite wissenschaftliche Vorbil-

dung voraussetzt. Das Studium ist auf 4 Semester berechnet und schließt mit einer Diplomprüfung. Auch an einigen Universitäten sind schon soziale Kurse eingerichtet worden. Recht viel versprechen darf man sich von der Sozialen Frauenschule und dem Sozialpädagogischen Institut, die unter der Leitung der tüchtigen Nationalökonominnen Gertrud Bäumer und Marie Baum jetzt in Hamburg eröffnet werden. In beiden Instituten, die einander ergänzen, sollen nicht nur soziale Beamtinnen sondern auch Lehrerinnen für soziale Frauenschulen, an denen zurzeit noch ein großer Mangel besteht, ausgebildet werden.

Ein erster Kongreß der sozialen Frauenschulen fand am 24. Januar in Berlin statt. Es waren die Vertreter von 11 Schulen anwesend; auch das preußische Kultusministerium und das Ministerium des Innern hatten sich vertreten lassen. Die Schulen waren zum guten Teil konfessioneller Art. Alle Schulleiter stimmten darin überein, daß es die Aufgabe der Schulen sei Berufsarbeiter auszubilden, und daß diese Ausbildung alle soziale Hilfe als ein einheitliches Gebiet umfassen müsse. Über das Aufnahmealter gingen die Meinungen übereinstimmend dahin, daß dieses nicht unter 20 und nicht über 35 Jahre liegen solle. Von verschiedenen Seiten, besonders auch von den Vertretern der beiden Ministerien, wurde hervorgehoben, daß auf die praktische Ausbildung ein besonderes Gewicht gelegt werden solle. Die Zukunftsmöglichkeiten der Schülerinnen wurden im allgemeinen für nicht allzu rosig erachtet. Zwar hat der Krieg mit seinem vermehrten Bedarf an weiblichen Sozialbeamtinnen den seitherigen Schülerinnen im allgemeinen eine schnelle und gute Anstellung gebracht. Man müsse aber nach dem Krieg mit einem Rückschlag rechnen, so daß vor einer planlosen Vermehrung der jetzt schon bestehenden Schulen jedenfalls zu warnen sei. Den Schulen wurde empfohlen für ihre Schülerinnen Anfangsgehälter zu normieren, unter denen sie nicht den Wohlfahrtsanstalten und Behörden vermittelt werden sollen. Von einer Verkürzung der normalen Ausbildungsdauer der Schülerinnen mit Rücksicht auf den Kriegsbedarf wurde abgesehen; dagegen sollen fortgeschrittene Schülerinnen für Kriegsarbeit unter der Voraussetzung beurlaubt werden, daß sie später ihre Ausbildung abschließen.

**Soziale Fürsorge**

Angesichts der Notwendigkeit für die durch die Gewerbeordnung verbotene

Nacharbeit der Frauen in höherem Maß als bisher Ausnahmen zuzulassen hat der Reichskanzler Richtlinien für die Zulassung der Frauenarbeit bei Nacht aufgestellt. Danach soll auf den Schutz der Arbeiterinnen (Abwendung von Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit) besonders Bedacht genommen werden. 24stündige Wechselschichten sind nicht zuzulassen; es ist dagegen, allgemein auf eine Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen in Nachtschichten hinzuwirken und in der Regel die Genehmigung hierzu nur unter der Bedingung der Einführung des 8stündigen Schichtwechsels zu erteilen. Die Regelung der Arbeitszeit ist im Einvernehmen mit den örtlich zustehenden Behörden zu erteilen. Das Kriegsamt hat demgegenüber beim Reichskanzler noch eine weitere Ausgestaltung der sozialpflegerischen Maßnahmen angeregt. Dazu gehören unter anderem eine Vermehrung der weiblichen Gewerbeaufsicht, die Anstellung von Fabrikpflegerinnen durch die Betriebe selbst, die den arbeitenden Frauen und Mädchen in allen Fragen der Unterkunft, Ernährung und der Versorgung der Kinder beratend und helfend zur Seite stehen, und sachgemäße Ausbildung der für diese Aufgaben erforderlichen Personen.

Wie notwendig es ist die Nacharbeit der Frauen und insbesondere der Frauen mit kleinen Kindern mit wachsamen Augen zu beobachten und eventuell sogar gegen den Willen der betreffenden Frauen selbst hier einschränkend einzugreifen, ging aus einer Besprechung auf der Mitgliederversammlung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge am 20. März in Berlin hervor. Es wurde dort von verschiedenen Rednern hervorgehoben, daß gerade die Frauen mit Kindern sich besonders zur Nacharbeit drängten, einmal wegen des höheren Verdienstes und ferner, weil sie dann bei Tag sich ihrer Wirtschaft und ihren Kindern widmen könnten(!). Abgesehen von der schweren Gefährdung der so über Nacht allein gelassenen Kinder bedeutet das natürlich nach kurzer Zeit den Zusammenbruch der überlasteten Frau. Der Kriegsausschuß zum Schutz aufsichtsloser Kinder will daher durch eine Eingabe zu erwirken suchen, daß Müttern mit Kindern unter 1 Jahr die Nacharbeit generell zu verbieten sei. Mir würde eine Ausdehnung des Ver-

bots auf alle Mütter mit kleinen Kindern geloten erscheinen.

Eine ausgezeichnete Einrichtung wird in den sogenannten Fürsorgevermittlungsstellen geschaffen werden, die jeder Frauenmeldestelle für Kriegsarbeit angegliedert werden sollen. Danach soll keine weibliche Arbeiterin von den betreffenden Meldestellen Arbeit zugewiesen erhalten, ehe von der Fürsorgevermittlungsstelle ihre häuslichen und sonstigen Verhältnisse genau geprüft sind und festgestellt ist, daß der Schaden für sie und ihre Familie und damit letzten Endes für die Gesamtheit nicht größer ist als der Nutzen, der der Gesellschaft aus ihrer Arbeit erwächst. Des weitern soll die Fürsorgevermittlungsstelle den Arbeitenden mit Rat und Tat zur Seite stehen: bei der Versorgung der Kinder, der Beschaffung geeigneter Wohn- und Schlafgelegenheit, von Nahrung und Kleidung usw. Von einem guten Funktionieren dieser Einrichtungen wird es allerdings in hohem Maß abhängen, ob den nicht unwesentlichen Gefahren, die der Volksgesundheit aus einem so plötzlich starken Anwachsen der Frauenarbeit drohen, begegnet werden kann.

**Wahlrecht**

Die revolutionäre Regierung Rußlands hat beschlossen in ihr Programm der vollständigen Umgestaltung des Reichs auch das Frauenwahlrecht aufzunehmen. Unter allen großen europäischen Reichen ist Rußland also das erste, das diesen entscheidenden Schritt zur politischen Gleichstellung der Geschlechter wagen will. Die wahrhaft demokratische Gesinnung des russischen Volkes läßt dieses in der Tat besonders geeignet erscheinen mit frischem Wagemut Schranken zu beseitigen, die vorläufig in den westlichen Nationen noch respektiert werden. Gleichwohl bleibt es fraglich, ob das Frauenwahlrecht schon jetzt, während des Krieges noch, im russischen Reich wird eingeführt werden können, da zur Bewältigung der rein technischen Schwierigkeiten, die damit verknüpft sind, ein gewisses Maß von Vorarbeit notwendig ist, das sehr schwer geleistet werden kann, bevor der Frieden wieder alle intellektuellen Kräfte freigemacht hat. Immerhin ist schon der erste Entschluß von gewaltiger symptomatischer Bedeutung und eine Tatsache, deren moralische Wirkung nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. Wie weit die übrigen

europäischen Staaten davon einen Impuls erhalten haben, bleibt abzuwarten. Bei der zögernden Art der gesetzgeberischen Routine wird man hier auf allzu schnelle Fortschritte nicht rechnen können. Daß auch hier dem Frauenwahlrecht die Bahn gebrochen ist, steht freilich außer allem Zweifel.

Der Wahlrechtsausschuß des englischen Unterhauses hat sich für ein beschränktes Frauenwahlrecht ausgesprochen. Er empfiehlt das Parlamentswahlrecht denjenigen Frauen zu geben, die jetzt schon für den Gemeinderat wählen dürfen, und denjenigen, deren Männer das Gemeindevahlrecht besitzen. Die Frauen sollen im ersten Fall mindestens 30, im zweiten mindestens 35 Jahre alt sein. Die Regierung hat diesen Vorschlägen zugestimmt; auch soll im Parlament eine Mehrheit für sie vorhanden sein.

In Frankreich wurde von der Wahlrechtskommission der Kammer die Einführung des kommunalen Frauenwahlrechts gegen nur 2 Stimmen beschlossen. Die schwedische Regierung hat eine Eingabe der schwedischen Frauenvereine um Gewährung des politischen Stimmrechts einstweilen noch abgelehnt. In Norwegen ist das Frauenwahlrecht bekanntlich bereits eingeführt. Es sei hier die Tatsache registriert, daß die erste weibliche Abgeordnete Norwegens, die Oberlehrerin Anna Rogstrad, sich von der Fraktion der Linken getrennt und der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen hat.

Im Deutschen Reich ist einstweilen noch kein ernsthafter Versuch zur Einführung des politischen Frauenwahlrechts unternommen worden. Dagegen ist es von symbolischer Bedeutung, daß vor kurzem doch eine Frau auch im deutschen Reichstag in amtlicher Eigenschaft erschienen ist: freilich nicht als Abgeordnete sondern als Regierungsvertreterin. In der Kommission für Bevölkerungspolitik hat bei der Beratung der Arbeiterinnenfrage Marie Elisabeth Lüders als Vertreterin des Kriegsamts an den Verhandlungen teilgenommen: auf besonderen Wunsch der Kommission. Sie hat dort namentlich über den Arbeiterinnenschutz in kriegswirtschaftlichen Betrieben referiert. Immerhin ein erster Schritt zur Beteiligung der Frau am parlamentarischen Leben. Der Bayerische Verein für Frauenstimmrecht hat an den Landtag das Gesuch gerichtet den Frauen nach dem Krieg das Wahlrecht zu verleihen.

Kurze Chronik Der in der vorigen Rundschau (in diesem Band, Seite 209 f.) erwähnte Antrag des Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation: keinen männlichen Beamten einem weiblichen Vorgesetzten zu unterstellen, ist zunächst vom preußischen Herrenhaus durch einstimmig beschlossenen Übergang zur Tagesordnung abgelehnt worden. Der Berichterstatter der Kommission, Oberbürgermeister Matting, betonte in seiner Begründung, daß der Antrag sich der Entwicklung entgegenstemmen wolle, und daß seine Annahme eine schwere Undankbarkeit gegen die Frauen sein würde, die jetzt unser Wirtschaftsleben aufrechterhalten. ◊ Dem Beispiel Badens folgend hat das sächsische Ministerium des Innern »gut beleumundeten ledigen Personen weiblichen Geschlechts« gestattet die Bezeichnung Frau zu führen, wenn sie mit einem Kriegsteilnehmer verlobt waren und die Eheschließung nur deshalb unterblieb, weil der Bräutigam gefallen ist oder vermißt wurde. Diese Erlasse gewähren den Frauen ein Recht, das sie längst besaßen. Kein Gesetz verbietet einem unverheirateten weiblichen Wesen sich den Titel Frau beizulegen; nur darf sie bei amtlichen Schriftstücken wegen der damit verbundenen zivilrechtlichen Folgen sich nicht als verheiratet bezeichnen, wenn sie es nicht ist. ◊ In der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Utrecht wurde Johanna Westerdijk zum außerordentlichen Professor ernannt. Sie wird hauptsächlich über Krankheiten der Pflanzen lesen. Dieser erste weibliche Universitätsprofessor Hollands steht jetzt im Alter von 33 Jahren. ◊ Der Deutsche Juristinnenverein, der im Jahr 1914 gegründet wurde und die berufliche und wissenschaftliche Fortbildung der Juristinnen Deutschlands fördern will, hat sich dem Bund deutscher Frauenvereine angeschlossen. Sein Sitz ist Berlin, seine Vorsitzende Margarete Meseritz. Der Verein steht im Kartellverhältnis mit der 1916 begründeten Vereinigung deutscher Nationalökonominnen.

## WISSENSCHAFT

Psychologie / Max Nachmansohn

Münsterberg † Das plötzliche Ableben Hugo Münsterbergs reißt eine weitere Lücke in die Reihen der bekannten Vertreter der

Psychologie. Münsterberg ist im Alter von 53 Jahren am 17. Dezember 1916 mitten in der Vorlesung an einem Herzschlag gestorben. Seine akademische Laufbahn begann er als Privatdozent in Freiburg. Er ging schon 1892 nach Amerika, das ihm zur zweiten Heimat wurde. Im Semester 1910-1911 kam er als Austauschprofessor nach Deutschland und hielt hier unter anderm seine Vorlesungen über angewandte Psychologie, die einen Teil seines, in dieser Rundschau (1913 II, Seite 761 f.) besprochenen Buches Psychologie und Wirtschaftsleben darstellen.

Münsterberg machte erst im Lauf seiner Entwicklung die Wandlung vom reinen Theoretiker zum politischen und kulturellen Praktiker durch. Seiner Weltanschauung nach, die er in seinem Werk Philosophie der Werte darlegte, vertritt er einen Idealismus Windelband-Rickertscher Richtung. Danach faßt er das Leben nicht als einen mechanischen Naturprozeß sondern als sinnvollen Zusammenhang von Zwecken auf, die keine empirische Erkenntnisquelle haben. Diese Anschauung setzt sich auch in seiner Pädagogik durch, in der er den Standpunkt vertritt, daß sich die Ziele der Erziehung nie aus der Psychologie gewinnen lassen, diese vielmehr bloß die Mittel zur Erreichung der Ziele geben kann.

Neben dem Ausbau einer Wertphilosophie suchte er eine erkenntniskritische Begründung der Psychologie zu geben und bemühte sich das Wesen des Physischen vom Psychischen scharf abzugrenzen. Ob seine Unterscheidung (»Psychisch ist, was nur einem Subjekt erfahrbar ist, physisch, was mehreren Subjekten gemeinsam erfahrbar gedacht werden kann«) stichhaltig ist, will ich hier allerdings dahingestellt sein lassen.

Münsterberg hat es nicht verstanden eine vollkommene Einheit in seiner Weltanschauung herauszubilden. Seine Auffassung vom Wesen und den Aufgaben der Psychologie stand in schroffem Widerspruch zu seiner Philosophie. Er war an den Naturwissenschaften orientiert und sah als Aufgabe der Psychologie die Beschreibung der Bewußtseinsinhalte, ihre Zerlegung in die Elemente und die Zurückführung auf physiologische Begleiterscheinungen an. Das Organische im seelischen Geschehen, worauf auch die neuere allgemeine Psychologie, vor allem die sogenannte Würzburger Schule, immer mehr Rücksicht

nimmt, mußte ihm bei dieser seiner Einstellung ganz entgehen. So erklärt sich auch seine Willenslehre. Er sieht im Willen, wie so viele andere Psychologen der Gegenwart, ein Aggregat von Sinnesempfindungen und Muskelspannungen, verbunden mit gewissen Zielvorstellungen, während er das Streben als besonderes, weiter nicht zurückführbares Element nicht anerkennen kann. Als psychologisches Untersuchungsobjekt ist nach ihm der Mensch ebenso als ein Mechanismus aufzufassen wie jede andere Naturerscheinung. Diese seine Auffassung kommt auch in seiner angewandten Psychologie zum Ausdruck. Dies tut den Ergebnissen seiner Untersuchungen keinen wesentlichen Abbruch, und seine Methoden, die eine psychologische Bearbeitung des Taylorsystems darstellen, können meines Erachtens für die wirtschaftliche Tätigkeit von der größten Bedeutung werden. Der Mensch stellt nämlich auch, wenn nicht ausschließlich, einen seelischen Mechanismus dar, und das Funktionieren dieses Apparats kann durch genaue Studien sehr gefördert werden, wenn man noch zu gleicher Zeit Rücksicht auf die Persönlichkeitsbedürfnisse zu nehmen versteht. Münsterberg sind auf diesem Gebiet entscheidende Anregungen zu verdanken. Für die Feststellung der Berufseignung, die jetzt ja eine ganz besondere Bedeutung gewonnen hat, für die Erzielung höherer und besserer Arbeitsleistungen hat er Methoden ausgearbeitet, die die Grundlage für die weitere Forschung auf diesem so aktuellen Gebiet wurden. Seine Darstellung ist zwar von etwas ermüdender Breite; auch muß man seinen Untersuchungen sowohl in der rechnerischen Verwertung der Resultate als auch in der Ausschaltung von Fehlerquellen, einen gewissen Mangel an wissenschaftlicher Exaktheit vorwerfen, wie ihn die großen Massenuntersuchungen zuweilen mit sich bringen. Seine Kühnheit im Anpacken neuer Probleme und sein zukunftsfröhlicher Optimismus machen ihn aber zum Anreger großen Stils, der seinen Platz in der Psychologie bewahren dürfte.

Staatsbewußt- Die kurze Inaugurations-  
sein rede Zur Psychologie des  
Staates /Wien, Holzhausen/  
des derzeitigen Rektors der Wiener  
Universität Adolf Menzel enthält  
eine Fülle von Fragen, die, durch  
den Krieg angeregt, noch lange und  
nachhaltig die Gemüter beschäftigen

werden. Es handelt sich um die psychologischen Grundlagen des Staates, der Nation, der Klasse usw. und ihre gegenseitigen Beziehungen.

Menzel entwirft neben einigen grundlegenden Bemerkungen vor allem ein Untersuchungsprogramm für die zukünftige Arbeit. Er konstatiert das mächtige Anwachsen des Staatsgedankens, dem gegenüber das Klassenbewußtsein und das Bewußtsein der religiösen und das der nationalen Gemeinschaft zurückgetreten seien und sehr von ihrer Motivationskraft eingebüßt hätten. Mit dem von Menzel formulierten Gesetz der Enge des Bewußtseins in der Volkseele ist nur eine rein formale Erklärung gegeben. Denn, selbst wenn es richtig ist, daß, sobald das Gefühl der Staatszugehörigkeit dominierend ist, sich die anderen sozialpsychischen Erscheinungen nicht mehr zur Geltung bringen können, bleibt die Frage unbeantwortet, weshalb das Staatsbewußtsein eine so dominierende Stellung erhalten hat. Das ist eine auffallende Tatsache, die dringend der Erklärung bedarf. Wir begreifen wohl das Werden und Sein des Gefühls der nationalen, der religiösen und kulturellen Zusammengehörigkeit; daß aber neben (womöglich gar über) diese seelischen Faktoren das Bewußtsein der staatlichen Zusammengehörigkeit tritt, ist ein Problem von welthistorischer Bedeutung, das eine ernste Untersuchung erfordert. Ob die Menzelsche Schrift eine Lösung dieses Problems gibt, ist freilich eine andere Sache. Es scheint, als ob Menzel aus den äußeren Tatsachen des Krieges oder vielfach auch nur aus dem, was ihm als Tatsache erscheint, etwas voreilige Schlüsse gezogen hat.

Die Annahme der Präponderanz des Staatsgedankens vor der nationalen Idee ist bei einem deutschen Professor in Österreich verständlich, freilich nur in den ersten Kriegsmonaten. Da schien es in der Tat so, als ob der Staatsgedanke über alle übrigen sozialpsychischen Kräfte gesiegt hätte; vom Streit der Nationen war, äußerlich wenigstens, nichts zu verspüren. Wer über seine engen Grenzen hinausblickte, dem mußte freilich auch damals schon das Zurücktreten des Nationalbewußtseins höchst zweifelhaft erscheinen. Je länger je mehr hat sich offenbart, daß dieses sich wieder in stärkster Weise geltend machte. Und jetzt geht Rußland daran sein riesiges Reich auf der Grundlage der Nationalitäten neu aufzubauen.

Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß das Staatsbewußtsein als solches nicht vorhanden wäre oder daß es keine genügende Wirksamkeit hätte. Schriften wie die Menzelsche können daher von erheblichem Wert sein. Nicht nur wegen ihres substantiellen Inhalts, der neben Falschem immer auch vieles Richtige in sich schließt, sondern wegen der Notwendigkeit die Keime dieser Vorstellungen zu untersuchen. In dieser Rundschau sei daher der Gedankengang Menzels wiedergegeben.

Der Staat ist nicht nur eine juristische sondern auch eine psychische Einheit. Wodurch wird er zu einer solchen? Auf diese Frage antwortet Menzel: »Die Zusammenfassung aller im Volke schlummernden Energien ist in der Natur der politischen Gemeinschaft tief begründet.« Diese Zusammenfassung macht den Staat »zu einem mächtigen Lebewesen mit selbständigen Zielen, dem sowohl die einzelnen als die gesellschaftlichen Klassen untergeordnet sind«. Diese Tatsache ist geeignet unsere Begriffe von den psychologischen Bedingungen der seelischen Zusammengehörigkeit stark zu modifizieren. Wenn tatsächlich die staatliche Zusammengehörigkeit Bewußtseinszustände schafft, die in der Natur nationale, religiöse und Klassengefühle mehr oder weniger unwirksam zu machen, so darf man darauf schließen, daß im menschlichen Bewußtsein sich diejenigen seelischen Regungen geltend zu machen beginnen, die den Unterschied der Nationen und Religionen aufheben können und die Bildung von Weltreichen ermöglichen. Dann hat also der Krieg nicht die Trennung sondern die Einheit gefördert. Es ist noch hervorzuheben, daß nicht immer das Verhältnis des Bewußtseins der Religions- zu dem der Staatsgemeinschaft so war wie heute, ja, daß es auch umgekehrt war. So bemerkt schon Schiller in seiner Einleitung zum Dreißigjährigen Krieg: »Ein lebhaftes näherliegendes Interesse als der Nationalvorteil oder die Vaterlandsliebe fing an die einzelnen Bürger und ganze Staaten zu beseelen. . . Der französische Calvinist hatte mit dem reformierten Genfer, Engländer oder Holländer einen Berührungspunkt, den er mit seinen eigenen katholischen Mitbürgern nicht hatte.« Daraus ersehen wir, daß sich im Lauf der Entwicklung das Stärkeverhältnis der sozialpsychischen Faktoren sehr zugunsten des Staatsbewußtseins verschoben hat und sich viel-

leicht noch weiter verschoben wird. Darin wäre ein Fortschritt zur Überwindung der nationalen und religiösen Schranken zu sehen. Woraus nun aber durchaus nicht der Schluß gezogen werden darf, daß man jetzt die übrigen psychischen Gegebenheiten nicht mehr zu respektieren brauche.

Noch ist es nicht psychologisch geklärt, wodurch der Staatsgedanke so mächtig geworden ist. Mir will es scheinen, daß er dies gerade durch das Nationalgefühl, das jedem Volk sein eigenes Gepräge gibt, geworden ist. Das Nationalgefühl, das in elementarer Weise zum Ausdruck kam, als die einzelnen Völker sich in ihrer Existenz bedroht fühlten, riß auch diejenigen Glieder des Staates, die nicht Angehörige der Nation waren, hin, erweckte in ihnen ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ließ sie die Klassen- und Religionsunterschiede zum Teil vergessen. Beide Gefühle, das immanente Nationalgefühl und das so erweckte Staatsgefühl, bestanden nun in enger Verbindung neben einander, und man kann nicht sagen, daß das zweite über das erste den Sieg davongetragen hat.

Von diesem Gesichtspunkt aus läßt es sich psychologisch verstehen, wie sich im Staat die genossenschaftlichen und autoritativen Verbindungen haben herausbilden können, und worauf die Differenzen in der Auffassung der psychischen Grundlagen des Staates zwischen Menzel und Tönnies beruhen. Dieser übersieht nämlich im Staat das nationale Bewußtsein, das vielleicht dessen Fundament ist und faßt ihn als eine »gesellschaftliche« Institution auf, in der die Glieder nicht durch den »Wesenswillen« sondern durch verstandesmäßige »Willkür« an einander gebunden sind. In einem solchen Staat können sich nur äußere, mechanische (gesellschaftliche im Sinn Tönnies') Beziehungen entwickeln, nicht aber genossenschaftliche und autoritative, die nur in einer Familien-, Dorf-, Gau- und den daraus entstehenden nationalen und religiösen Gemeinschaften ihre Wurzeln haben können. Der Staat dagegen ist nach ihm ein mechanisches Aggregat von innerlich fremden Individuen, die durch willkürliche festgesetzte Normen eine äußerliche Einheit bilden. Ich glaube hier mit Menzel, daß ein solches Gebilde sich nicht würde halten können. Der Staat scheint auch mir eine auf dem innern Zusammengehörigkeitsgefühl (über dessen Genese ich mich

hier jeder Bemerkung enthalte) aufgebaute politische Gemeinschaft zu sein, und dann folgt schon aus ihrer Definition, daß in ihr genossenschaftliche und autoritative Verbindungen in je nach Zeit und Art wechselnden Proportionen die Elemente der psychischen Struktur bilden. Gerade Tönnies hat ja die psychischen Energieen der Gemeinschaft im Gegensatz zu denen der Gesellschaft herausgestellt.

Das stärkere Hervortreten des Staatsbewußtseins gehört zweifellos zu den bemerkenswertesten Lehren dieses Krieges. Der Sozialismus hat eingesehen, daß der Staat doch mehr ist als eine Institution der herrschenden Klassen, daß er ein Organismus ist, der aus dem Volk selbst herauswächst. Er muß ihn also in seiner organischen Gegebenheit und Notwendigkeit unbedingt anerkennen. Die positive Haltung, die die Sozialisten jetzt mehr und mehr gegenüber dem Staat einnehmen (die freilich nicht zu einer blinden Verehrung der Verstaatlichung aller Dinge führen darf, da diese eine Minderung oder gar Ausschaltung des Selbstverantwortungsgefühls zur Folge hat), ist ein sichtbares Zeichen dieser Entwicklung. Diese Einsicht hat aber eine andere Auffassung vom Wesen des Internationalismus zur Folge. Die Tatsache, daß die Eigengesetzlichkeit des psychischen Volksorganismus der einzelnen Länder sich in stärkster Weise bewährt hat, schließt einen Internationalismus der alten Art, der die nationalen Besonderheiten überhaupt nicht anerkannte, also in Wahrheit ein Anationalismus war, in Zukunft aus. Diese sozialpsychologische Feststellung hat mit der Frage des internationalen Klassenkampfes nichts zu tun; doch kann darauf hier nicht weiter eingegangen werden.

Die Menzelsche Untersuchung des Staatsgedankens ist wegen ihres Gegenstandes und wegen einzelner Feststellungen und Deduktionen von großem Interesse. Es dürfte sich bald Gelegenheit bieten die hier aufgezeigten sozialpsychologischen Phänomene in einem größeren Zusammenhang zu behandeln, die daran geknüpften Theorien kritisch zu untersuchen und das Positive der werdenden Staatspsychologie festzustellen.

Kurze Chronik Der Deutsche Verein für Psychiatrie hat angeregt eine deutsche Forschungsanstalt für Psychia-

trie zu errichten. Eine Anzahl von Mitgliedern der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft will diesen Plan jetzt verwirklichen. Sollten die Mittel nicht ausreichen, um eine selbständige Anstalt zu begründen, so will man ein solches Institut in Verbindung mit der Münchener Psychiatrischen Klinik nach Beendigung des Krieges einrichten. ◊ Der Verein Leipziger Buchdruckereibesitzer hat in einem Zirkular folgendes zur allgemeinen Kenntnis gegeben: »Die nächste Ostern abgehenden Schüler, die noch keinen Beruf ergriffen haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß bezüglich der in den Leipziger Buchdruckereien noch aufzunehmenden Schriftsetzerlehrlinge erstmalig eine nach neu aufgestellten Gesichtspunkten vorzunehmende besonders genaue Auswahl getroffen wird, um festzustellen, ob sie die für den Schriftsetzerberuf erforderlichen Anlagen besitzen.« Die Begabungsuntersuchungen werden von dem Leipziger Universitätsdozenten M. Brahn geleitet werden.

## KUNST

### Dichtkunst / August Döppner

**Kriegsdichtung** Die Zeit der rauschend-haßerfüllten, sich übersteigernden und überschreienden Kriegsdichtung, die Zeit des hemmungslosen Umlernens ist vorüber. Man hat wieder angefangen weiter zu sehen, und das Aufbauen (das vielfach ein Wiederfinden bedeutet) wird allmählich wichtiger, nun, da das Zerstören und Verderben sich in seiner nüchternsten Gestalt zeigt. Hier nur eine kurze Nachlese des Jahres.

Vor fast 1½ Jahrzehnten zeigte Franz Diederich in seinen Heidedichtungen seine versonnen-behagliche, maleisch-feine Art (siehe diese Rundschau, 1905 II, Seite 1075). Vor kurzem brachte er Kampfgedichte heraus: Kriegssaat /Berlin, Vorwärts/. Der Dichter ist wohl der gleiche geblieben, doch die Zeit verlangt einen andern Willen. Diederich, der Sozialdemokrat, hat den Willen zum rechten Flügel der Partei, der das Schaffende und werdende der Bewegung bedeutet. Er findet auch den dichterischen Ausdruck dafür. So in seinem Baumspruch:

»Ich wuchs empor, ich bin ein Baum,  
Will Licht, will Luft, will großen Raum.

Du mußt mir dienen, Gewaltherr du.  
Die Frucht will Weltraum. So hilf zu!

Die Kraft des Neuen und doch Festverwurzelten: das ist Diederichs Ziel. Das ist nicht die Kriegssaat erregter Ungeerechtigkeit. Es ist ein Buch der Besinnung, auf hohe Menschheitswerte gerichtet.

Betrachtbare Verse trägt Alfred Richard Meyer vor (Vor Ypern /Darmstadt, Falkenverlag/). Er hält auf gute Kleidung auch im Schützen-graben. Seine Einstellung zu den faulenden und blutigen Dingen rings um ihn: sympathische Berliner Hundeschnäuzigkeit: »Wenn schon!«. Dann aber auch wieder anerkennend: »Donnerwetter!«. Ein Beispiel:

»Manche Granaten kommen asthmatisch wie alte Tanten, die fürchten den letzten Zug der Kleinbahn nicht zu erreichen.

Manche möchten mit ihrer Musik den schnellsten amerikanischen Flying Cars gleichen.

Manche kommen wie frech pfeifende Lausejungen durch den Wald gerannt.

Manche kommen dunkel orgelnd wie ein Königinschwarm von Bienen.

Aber alle nahen klingend, hoch auf sphärischen Schienen.

Alle wollen mit dem Kopf durch die Wand.«

Der Simplicissimusmann Edgar Steiger bringt einen Band Gedichte, der sich nur in seinem letzten Teil mit dem Krieg beschäftigt (Weltwirbel /Berlin, Fleischel/). Steiger wendet sich mit seinen Versen an ein großes, aufnahmewilliges Publikum. Stärker als seine Zeitgedichte berühren manche seiner lyrischen Stücke. Mitleid mit den Armen ist eins ihrer Themen. Hier der Schluß des Gedichts Auf Tolstoj's Grab:

»Mich aber dünkt fortan die Welt so klein,  
So liebearm und in sich selbst zerrissen;  
Denn unter diesem schlichten Leichenstein  
Entschlummerte für ewig ihr Gewissen.«

Dagegen erfüllt Hans Frank nicht das Motto, das er vor das Werkchen Mein Kriegsbuch /Berlin, Oesterheld/ gesetzt hat: »Verse wollte ich schreiben, die in die Mitte der Zeit fielen.« Ich bin überzeugt, daß Frank um diese Mitte ringt und sich menschlich ihr genähert hat. Seine Kunst aber ist in diesem Buch nicht stark genug sie zu verdeutlichen. Übrigens sind die einzelnen Stücke ungleich an Wert.

Anspruchsloser, weniger gedankenschwer, jugendlicher ist die Kriegspoese Hans Steigers, der seinen Band Gewaffneter des Kaisers, Gedichte vom großen Kriege, nennt /München-Gladbach, Volksvereinsverlag/. Diese Poesie ist aus dem Erlebnis entstanden. Sie bringt nichts Neues, aber sie bringt viel Geschautes in ansprechender Form.



Ein Buch Oden aus dem Krieg, das Hans Reisinger veröffentlicht (Die Totenfeier /Berlin, S. Fischer/), bringt viel Feines, viel gutgesehene Bilder. Aber im ganzen bleibt es in der Erzählung stecken. Zu viel Worte, zu wenig Wort.

Neben seiner Sammlung Der deutsche Krieg im deutschen Gedicht läßt der Verlag Morawe & Scheffelt in Berlin in gleicher Ausstattung von Heinrich Goebel Kriegsromanellen sammeln. Ein paar Gedichte, einige lyrische Prosa-studien gehören zur Kunst; das übrige ist Zeitungsfeuilleton. In der Goebelschen Sammlung steht Besseres, etwa ein starker Versuch wie Der Narr von Fritz Reck-Malleczewer, neben ganz Schlimmem. Man sollte mehr Niveau halten.

Sehr farbige Prosaskizzen in starker Phantastik hat Kurt A. Gerlach geschrieben (Vom Tode, Blätter aus dem Tagebuche eines Sanitätskraftfahrers /Kiel, Mühlau/). »Manche der Blätter sind auf dem Steuer des Kraftwagens niedergeschrieben.« Diese Briefe aus der Dunkelheit, die an niemanden als wiederum an die Dunkelheit gerichtet, sind von hohnerstarrten Sinnen ausgestoßen: »Ein kahler Schädel blinkt. Und nun rollt herauf, goldenaashaft, von kaltem Licht erhellt, der Schädel des Riesen Tod, schwebend auf der Pyramide von Fleisch- und Knochenkot, der fahle Mond, phosphoreszierend im Stank der Verwesung.«

Die europäische Kultur, die diese kalte Furchtbarkeit heraufbeschor, hat ihren Richter noch nicht gefunden. Er wird vielleicht später kommen, wenn die Menschen sich bewußt werden, auf welchem Grund bis jetzt ihr Leben stand. Einstweilen findet sich solch ein Bewußtsein nur schattenhaft, gleichsam wider Willen: nämlich in der Beurteilung des andern. So unternimmt Hans Max in seinem launigen und bitteren Buch Die Abenteuer des Ibrahim /Berlin, Hermann Meyer/ eine Abrechnung mit der angloeuropäischen Kultur an der Hand ihrer Kriegsoffenbarungen. Ein Inder wird von John Bull nach Europa entführt, um die Kultursegnungen der Ungläubigen zu erfahren. Erst bei seiner Ankunft erfährt er, daß er gegen einen in der Mitte Europas wohnenden barbarischen Volksstamm kämpfen soll, und erlebt nun der Entente gehinde Charakterfehler und lebenswürdige Menschlichkeiten energisch am eigenen Leib, bis es ihm gelingt in seine

Heimat zu gelangen, um einige Gliedmaßen ärmer, aber um die Erfahrung reicher, daß die Wilden (hier also: die ältesten Kulturvölker, die der Emporkömmling Europa ganz naiv unter den Begriff der Farbigen subsumiert) doch bessere Menschen sind. Man sieht: Der Autor begreift seinen Gegenstand nicht sonderlich tief. Statt der Ewigkeit Asiens, vor der der europäische Tagesgeist in allen seinen Verkörperungen und Spiegelungen armselig und gewalttätig erscheint, die Einseitigkeit einer Kriegspartei, gemischt mit jener Überheblichkeit des Europäers, die sich am stärksten gerade in der Anerkennung von oben herab äußert. Immerhin, ein kleiner Ausschnitt ist richtig erfaßt, wenn auch die Gesamtproportionen falsch sind. Der Stil ist fließend und lebendig.

Von der Kriegsdichtung unserer Zeit wird schwerlich viel bleiben. Ob sie das Seelendokument dieses Krieges enthält, wird sich erst später zeigen, wenn die Menschen aus dem Feld in ihr altes und nun ganz neues Leben zurückkehren. Vielleicht ergibt sich da etwas, das ganz verschieden ist von all den Worten, die wir jetzt hören, viel einfacher, doch aus der Tiefe des einfachen Menschen kommend.

**Kurze Chronik** Im Alter von 67 Jahren ist Octave Mirbeau am 16. Februar in Paris gestorben. Man kennt in Deutschland vornehmlich wohl nur sein Journal d'une femme de chambre; von seinen Theaterstücken vielleicht noch Le foyer (man erinnert sich der Aufführung in den Kammerspielen des Deutschen Theaters mit Tilla Durieux), Les affaires sont les affaires, Le portefeuille. Mirbeau hat bewirkt, daß Maeterlinck, bis dahin unbekannt, plötzlich als Dichter zu allgemeiner Anerkennung kam. Wichtiger noch war sein Auftreten in der Dreyfusaffäre, in der er, an der Seite Zolas, zusammen mit Séverine, die Sache des Rechts und der Wahrheit führte. Er war ein Dichter von starkem Temperament, ein wahrhafter Vertreter des intellektuellen Frankreichs. **◇** Am 4. März starb in Karlsruhe Hermine Villinger, 74 Jahre alt. Sie war in kleinerem Format eine Ebner-Eschenbach, sie gewann ihre Leser besonders durch die anmutige kleine Idylle ihrer Heimat. Von ihren Arbeiten seien Aus dem Kleinleben, Aus meinem Heim und namentlich Schwarz-

waldgeschichten angeführt. ◊ Der Bauernfeldpreis (5000 Kronen) wurde an R. A. Schröder, A. von Wallpach, Erika Rheinsch, H. von Schullern, H. Fraungruber und A. Matosch verteilt. Der Österreicher A. Petzold (siehe diese Rundschau, 1916 III, Seite 1386) erhält von Wien eine jährliche Ehrengabe von 1500 Kronen. ◊ Eine Neuausgabe seiner Satire Die Blechschmiede bereitet Arno Holz vor. Das Werk soll in besonderer Ausstattung erscheinen und nur an Subskribenten abgegeben werden.

#### Literatur

Eine für die Literaturwissenschaft wertvolle objektive Arbeit über Schiller, entstanden aus Vorlesungen, lieferte Theobald Ziegler für die Teubnersche Sammlung Aus Natur und Geisteswelt. Doch scheint mir die Biographie gerade für den volkstümlichen Zweck der Sammlung oft zu abstrakt. Natürlich hat die ältere Literarphilologie ihre Werte, besonders manchen modernen Erscheinungen eines allzu skrupellosen Subjektivismus gegenüber. Aber an diesem Buch erweist sich wieder, daß es ihr nicht gelingt ihre Dichter der neuen Zeit lebendig zu machen. Die Menschen brauchen den Zusammenhang dieser Klassiker mit ihrem eigenen Empfindungsleben, das Alte muß wieder lebendig werden. Denn das Alte ist viel moderner als man im allgemeinen weiß.

## KULTUR

### Verkehr / Felix Linke

**Eisenbahn und Binnenschiffahrt** Ein Wirtschaftssystem, das nicht auf dem privaten Erwerb fußt sondern ausschließlich die Gesamtinteressen berücksichtigt, müßte alle Verkehrsmittel zu einem einheitlichen Ganzen vereinigen; Bahnen, Straßenbahnen, Schiffahrt und andere Verkehrsmittel müßten auf einander abgestimmt sein. Unter dem Druck des Krieges hat man schärfer als vorher die Notwendigkeit einer allgemeinwirtschaftlichen Regelung erkannt. So nahm eine Genossenschaftsversammlung der Westdeutschen Binnenschiffahrtsberufsgenossenschaft, die in Düsseldorf tagte, einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt: »Die Wirkungen des Weltkrieges haben sich naturgemäß in einer erheblichen Verminderung des Schiffahrtsverkehrs geltend machen müssen. Durch die Einschränkung der Ausfuhr von Kohlen und Ei-

sen werden der Binnenschiffahrt diese ihr noch verbliebenen größeren Verkehrsmengen genommen. Die wenigen Hafenausnahmetarife der Staatseisenbahnen, durch welche die Binnenschiffahrt an dem Verkehrsbereiche der Eisenbahnen beteiligt werden soll, reichen nicht aus, um ihr auch nur einigermaßen Ersatz für den Ausfall des Verkehrs an Kohle, Eisen und sonstigen Gütern zu bieten. Die Westdeutsche Binnenschiffahrtsberufsgenossenschaft hat ein gewichtiges Interesse daran die Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder erhalten zu sehen, weil hiervon die finanzielle Tragfähigkeit der Berufsgenossenschaft abhängt. Wir müssen deshalb die dringende Forderung erheben, daß in irgendeiner Form ein engerer Zusammenschluß von Eisenbahn und Binnenschiffahrt geschaffen wird, der eine ersprießliche Zusammenarbeit beider Verkehrswege noch während des jetzigen Krieges wie auch später im Frieden ermöglicht. Es ist außerdem eine unbedingt notwendige Voraussetzung für ein durchgreifendes Zusammenwirken von Eisenbahn und Schiffahrt im allgemeinen Verkehr, daß das fehlende Stück des Mittellandkanals hergestellt und damit die westlichen und östlichen Wasserstraßen mit einander verbunden werden. Nicht minder notwendig ist es alsbald nach Friedensschluß die bestehenden weiteren Kanal- und Kanalisierungspläne von neuem aufzunehmen und ihrer Verwirklichung zuzuführen.«

### Elektrische Vollbahnen

Die Elektrifizierung der norwegischen Bahnen, die schon seit mehreren Jahren geplant ist, wird nun, nachdem der Storting die erste Baukostenrate bewilligt hat, mit der Bahnstrecke Kristiania-Drammen ihren Anfang nehmen. Zuerst soll das Bahnkraftwerk am Hakavikwasserfall ausgebaut werden, der im Jahr 1914 vom norwegischen Staat angekauft wurde. Seine Wasserkräfte werden noch durch benachbarte Gewässer verstärkt, die ihm durch einen Tunnel von 5,5 Meter Durchmesser zugeführt werden. Nach dem endgültigen Ausbau soll das Kraftwerk insgesamt 172 000 Pferdestärken leisten. Falls später noch größere Kraftmengen nötig werden sollten, können die Wasserkräfte des Narewasserfalls mit herangezogen werden. Im Jahr 1920 will man mit dem elektrischen Betrieb der Bahn beginnen. Vorläufig werden 20 Lokomotiven angeschafft, die 70

Kilometer Geschwindigkeit in der Stunde haben. Die Fahrzeit auf der Strecke Kristiania-Drammen wird nach Eröffnung des elektrischen Betriebs für Personenzüge nur 1 Stunde betragen, gegenüber 1½ Stunden bei Dampftrieb. Die Frage der Elektrifizierung der Ofotenbahn, die die schwedische elektrische Reichsbahn fortsetzt und bei Narvik endet, ist noch nicht gelöst. Der elektrische Betrieb auf der schwedischen Anschlußstrecke Kiruna-Riksgränsen hat sich gut bewährt.

**Welthandelsflotte** Nach dem kürzlich veröffentlichten Lloydregister betrug die gesamte Welthandelstonnage der Schiffe über 100 Tonnen am 30. Juni 1916 45,25 Millionen Tonnen, gegen 45,40 Millionen am 30. Juni 1914; sie hat also während des Krieges kaum abgenommen. Auf die wichtigeren in Betracht kommenden Länder (Amerika zählte damals noch als neutral) verteilt sie sich folgendermaßen (in 1000 Tonnen):

Land	1914	1916
Großbritannien	18 892	18 825
Britische Kolonien	1 631	1 638
Frankreich	1 922	1 851
Japan	1 708	1 847
Italien	1 430	1 685
Rußland	851	875
Portugal	92	303
<b>Ententeländer</b>	<b>26 526</b>	<b>27 024</b>
Deutschland	5 134	3 890
Österreich-Ungarn	1 052	891
Türkei	116	83
<b>Zentralmächte</b>	<b>6 302</b>	<b>4 864</b>
Vereinigte Staaten	2 026	2 852
Norwegen	1 957	2 263
Schweden	1 015	926
Niederlande	1 471	1 486
Dänemark	770	797
<b>Wichtigere Neutrale</b>	<b>7 239</b>	<b>8 324</b>
<b>Alle zusammen</b>	<b>40 067</b>	<b>40 212</b>

**Donauschifffahrt** Besondere Bedeutung für die Organisierung des Verkehrs auf der Donaustraße für die Getreideausfuhr aus Rumänien gewannen die Donauschiffsbauten der Zentraleinkaufsgesellschaft. Es galt ja vor allem genügend Schleppkräfte auf die Donau zu bringen, um den Abtransport des gekauften Getreides zu steigern. Es wurden zunächst 17 kleine Schraubendampfer, deren Breite die Überführung auf dem Wasserweg ge-

stattete, von den nordischen Flüssen nach Regensburg gebracht, dort donaufähig instand gesetzt und donauabwärts nach Rumänien geleitet. Diese kleinen Schiffe haben unter eigenem Dampf durch ganz Deutschland eine Strecke von 3700 Kilometer ohne Unfälle zurückgelegt und konnten nach ihrer Ankunft ihren Dienst sofort antreten. Sie haben auf der rumänischen Donau in dem ihnen zugewiesenen Rahmen Gutes geleistet und den hohen Schlepplöhnen der rumänischen und griechischen Hilfsdampfer entgegengerarbeitet. Da auch stärkere Schiffe gebraucht wurden, mußte man sich als Kriegsmaßnahme zu der Zerlegung von 8 größeren Schraubenschleppdampfern entschließen, die mit der Bahn nach der Donau befördert und dort wieder zusammengebaut wurden. Schließlich wurden 6 neue Raddampfer in der Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst auf einer Donauwerft hergestellt. Insgesamt wurden durch die Zentraleinkaufsgesellschaft rund 10 000 Pferdekkräfte Schleppkraft im Jahr 1916 auf die Donau gebracht.

**Main-Donau-Kanal** Für die Industrialisierung Bayerns, das keine eigene brauchbare Kohle besitzt, ist der Bau einer Wasserstraße, die diese Güter preiswert von den Kohlenbezirken des Rheinlands herbei- sowie die Fertigerzeugnisse wegführt, eine Lebensfrage. Deshalb wurde schon zu Beginn der neunziger Jahre in der Hauptindustriestadt Nürnberg ein Verein zur Hebung der Fluß- und Kanalschifffahrt in Bayern gegründet, der besonders für den Bau der Main-Donau-Wasserstraße eintrat. Durch den Krieg erhielten diese früher nur als rein bayrische Angelegenheit betrachteten Kanalpläne eine auch für ganz Mitteleuropa gesteigerte Bedeutung. Daher wurde jetzt in der bayrischen Abgeordnetenkammer eine Gesetzesvorlage zur Ausarbeitung eines ausführlichen Entwurfs für die Gestaltung einer Großschiffahrtsstraße von Aschaffenburg bis zur Reichsgrenze unterhalb Passau eingebracht und am 22. Februar angenommen. Die Linie der bereits bestehenden Verbindung des Ludwigkanals soll mit Rücksicht auf die schon vorhandenen Umschlageneinrichtungen für die dort angesiedelte Industrie beibehalten werden. Nur die Teilstrecke zwischen Nürnberg und der Donau, wo der bayrische Jura durchzogen werden muß, bedingt wegen der Wasserarmut dieser Gegend eine

veränderte Linienführung, da hier das Wasser der Donau und ihrer südlichen Nebenflüsse mitherangezogen werden muß; der neue Kanal soll daher die Donau bei Steppberg erreichen. Der insgesamt 734 Kilometer lange Wasserweg würde also von Aschaffenburg bis Bamberg den Main benutzen, von hier in einem Kanal über Nürnberg ins Donaunautal bei Steppberg und weiter auf der Donau oder in einem Kanal längs dieses Stromes bis zur Reichsgrenze führen. Nach seiner Kanalisierung können auf dem Main bis Aschaffenburg 1500 Tonnen-Schiffe verkehren, während auf der Donau noch das 650 Tonnen-Schiff üblich ist. Der neue Wasserweg soll durchweg für 1200 Tonnen-Schiffe befahrbar sein. Der Kanalquerschnitt soll nach den neueren Betriebserfahrungen nicht trapez- sondern muldenförmig werden. Da man nicht damit rechnen kann, daß die Donau auf dem österreichisch-ungarischen Staatsgebiet in nächster Zeit so ausgebaut wird, daß sie auch bei niedrigem Wasserstand für vollbelastete 1200 Tonnen-Schiffe befahrbar ist, während 2 Meter Wasserstand erreichbar sind, wird die bayrische Donaustrecke vorläufig auch nur auf 2 Meter Wassertiefe gebracht; erst später soll sie tiefer ausgebaggert werden.

Auf Main und Donau sollen wie bisher die Massengüter durch Schleppzüge befördert werden; auf dem Main-Donau-Kanal dürfte nur das Schleppen mit Dampf- oder elektrischen Treidellokomotiven in Frage kommen. Bei ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb könnten hiernach jährlich bei 270 Schifffahrtstagen 10 bis 12 Millionen Tonnen Güter befördert werden. Für einen größeren Verkehr müßten die Schleusen in Doppelschleusen umgebaut werden. Falls die Treidelei eingeführt werden sollte, kämen als Kraftquellen die Gefällstufen im Zuleitungskanal bei Steppberg in Betracht.

Als Baukosten der 734 Kilometer langen Wasserstraße sind 650 Millionen Mark angenommen worden.

Die Entwürfe könnten nach dem Stand der bisher geleisteten Vorarbeit in etwa 3 Jahren für die ganze Strecke baureif sein; mit dem Bau einzelner Abschnitte jedoch, wie etwa der Donaustrecke und des Mains von Aschaffenburg aufwärts, könnte schon früher begonnen werden. Es wird auch erwogen München und Augsburg durch einen Seitenkanal in dieses Wasserstraßennetz miteinzuziehen. Dieser Stichkanal würde etwa

120 Kilometer lang werden und bei einem Verkehr mit 600 Tonnen-Schiffen 60 Millionen Mark kosten.

Wien

In Wien sind umfangreiche Bahnumbauten in Angriff genommen worden, da die Anlagen dem gesteigerten Verkehr schon in den letzten Friedensjahren nicht mehr entsprachen. Es handelt sich vor allem darum den Güterverkehr durch außerhalb der Stadt zu erbauende Verbindungslinien von den innenstädtischen Bahnanlagen zu trennen, um so für den Personenverkehr mehr Raum zu gewinnen. Der Frachtverkehr wird von der Nord- nach der Ost-, Süd- und Westbahn umgeleitet; zu diesem Zweck müssen zahlreiche Neuanlagen und Verlegungen vorgenommen werden. Der Verkehr von der Franz Joseph-Bahn wird zur Nordbahn umgeleitet. Dazu sind 2,2 Kilometer Viadukt erforderlich. Gleichzeitig wird bei Breitenlee ein Verschiebebahnhof mit 62 Kilometer Gleisen errichtet, der alle Durchgangszüge nach den einzelnen Verkehrswegen umleiten soll. Durch diese Neubauten werden jährlich mindestens 900 000 Wagen abgelenkt. Die Innenstadt wird so entlastet, und ihre Bewohner werden von den starken Rauch- und Rußbelastigungen befreit.

Der ganze Umbau wird 35 000 000 Kronen beanspruchen. Es sind dabei 120 000 Kubikmeter Erde zu bewegen; ferner sind 75 000 Kubikmeter Mauerwerk, 48 eiserne Brückentragwerke im Gewicht von 2 200 Tonnen, 125 Kilometer Gleise, 250 Weichen dazu nötig. An fremden Grundflächen mußten rund 2 Millionen Quadratmeter für 4,5 Millionen Kronen erworben werden. Ein Teil der Anlagen wird bereits in nächster Zeit in Betrieb genommen werden.

**Kurze Chronik** Das Moskauer Industrieviertel soll durch eine Eisenbahn mit dem

Donetzkohlenrevier verbunden werden, die in 3½ Jahren fertiggestellt sein soll.

◊ Die bisher in Spanien gezahlten hohen Schiffsbauprämien sollen eingeschränkt werden, weil sie nur den Bau von kleinen Schiffen gefördert haben. Man will künftig nur für Schiffe von mehr als 500 Tonnen Tragfähigkeit Prämien zahlen. ◊ Die Elektrifizierung der Londoner Vorortbahnen ist durch die Aufnahme des elektrischen Betriebs auf der Strecke Waterloo-Claygate im November 1916 vervollständigt worden.